



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

07 | 2019

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Europawahl 2019

Außenhandel 2018

Pflegebedürftigkeit 2017



Fotonachweis

T i t e l f o t o : VanderWolf Images – stock.adobe.com

Das Europäische Parlament wurde zum neunten Mal direkt gewählt. Zwischen dem 23. und 26. Mai 2019 konnten die Bürgerinnen und Bürger der 28 Mitgliedsstaaten der EU über die Besetzung von 751 Mandaten entscheiden. Nach dem amtlichen Endergebnis entfallen in Rheinland-Pfalz auf die CDU 31,3 Prozent, auf die SPD 21,3 Prozent, auf die GRÜNEN 16,7 Prozent, auf die AfD 9,8 Prozent, auf die FDP 5,8 Prozent und auf die Partei DIE LINKE 3,1 Prozent der gültigen Stimmen.

B e i l a g e : Faltblatt „Landwirtschaft und Weinbau“

07 | 2019

STATISTISCHE MONATSHEFTE

72. Jahrgang

kurz + aktuell	449
Industrie ■ Baugewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Gewerbeanzeigen ■ Insolvenzen ■ Tourismus ■ Handwerk ■ Bevölkerung Konsumausgaben ■ Familien ■ Soziales ■ Bildung ■ Umwelt Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	469
Konjunktur aktuell	471
Verbraucherpreisindex	473
Rheinland-Pfalz in Karten: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer/-innen 2018 nach Verwaltungsbezirken	474
Europawahl 2019 – Das amtliche Endergebnis für Rheinland-Pfalz	475
Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2018 – Außenhandel	486
Pflegebedürftige Menschen 2017 – Immer mehr Menschen in Rheinland-Pfalz erhalten Pflegeleistungen; Ausbau des ambulanten und stationären Angebots schreitet voran	494
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	509
Neuerscheinungen	525

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2019

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrie steigert die Produktion

Der Index der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion ist im April 2019 gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex um 2,8 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Alle drei industriellen Hauptgruppen steigerten im April ihren Güterausstoß. Am kräftigsten fiel der Zuwachs mit +3,3 Prozent in der Konsumgüterindustrie aus, deren Output allerdings in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte. Die Ausbringung der Vorleistungsgüterhersteller erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 2,3 Prozent. In der Investitionsgüterindustrie stieg die bereinigte Produktion um 1,6 Prozent.

Zwei der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes erhöhten ihre Ausbringung: Der Output der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die Industriebranche mit dem höchsten Umsatz ist, legte im April deutlich zu (+6,2 Prozent). Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und unter den Industriebranchen gemessen am Umsatz an dritter Stelle steht, lag der Güterausstoß 5,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die die zweitgrößte Branche ist und ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt, blieb die bereinigte Produktion fast unverändert (-0,2 Prozent).

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	April 2019		Jan. bis April 2019
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	März 2019	April 2018	Jan. bis April 2018
Entwicklung der Produktion			
Industrie	2,8 %	-11,8 %	-10,7 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	2,3 %	2,5 %	1,9 %
Investitionsgüterproduzenten	1,6 %	-1,8 %	-1,9 %
Konsumgüterproduzenten	3,3 %	-42,8 %	-37,6 %
Chemie	6,2 %	8,2 %	4,2 %
Fahrzeugbau	-0,2 %	0,3 %	5,0 %
Maschinenbau	5,1 %	-7,2 %	-11,6 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	1,4 %	-12,4 %	-13,6 %
Inland	-0,8 %	-9,4 %	-7,7 %
Ausland	2,3 %	-15,6 %	-17,4 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,5 %	-4,8 %	-4,1 %
Investitionsgüterproduzenten	4,8 %	-11,8 %	-15,3 %
Konsumgüterproduzenten	-5,9 %	-35,7 %	-35,2 %
Chemie	1,0 %	-3,8 %	-3,5 %
Fahrzeugbau	1,2 %	-18,4 %	-17,8 %
Maschinenbau	8,6 %	-10,9 %	-17,7 %

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

Zugleich war der Güterausstoß der Industrie im April 2019 wesentlich geringer als im Vorjahresmonat (-12 Prozent). Der Output der Konsumgüterindustrie ist – allerdings ausgehend von einem sehr hohen Niveau – stark zurückgegangen. In der Investitionsgüterindustrie gab es leichte Produktionseinbußen. Nur in der Vorleistungsgüterindustrie stieg die Ausbringung. Von den drei größten Industriebranchen steigerten zwei ihren Güterausstoß; den kräf-

tigsten Zuwachs verzeichnete die Chemieindustrie. Im Maschinenbau war die bereinigte Produktion geringer als im April 2018.

Mehr Auftragseingänge der Industrie im April

Im April 2019 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragsein-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



gangsindex um 1,4 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Während aus dem Inland etwas weniger Bestellungen eingingen als im März (-0,8 Prozent), erhöhte sich das Ordervolumen aus dem Ausland um 2,3 Prozent.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen fiel die Nachfrage im April höher aus als im Vormonat. Nach einem deutlichen Rückgang im März verbuchte die Investitionsgüterindustrie nun den kräftigsten Zuwachs (+4,8 Prozent). Die bereinigten Auftragseingänge der Vorleistungsgüterhersteller nahmen leicht um 0,5 Prozent zu. In der Konsumgüterindustrie, deren Ordervolumen in den vergangenen Monaten besonders starken

Schwankungen unterlag, verringerten sich die Bestellungen im April um 5,9 Prozent.

In den drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie stieg die Nachfrage. Das Ordervolumen der Chemieindustrie erhöhte sich im April um ein Prozent. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die zur Investitionsgüterindustrie gehört, gab es einen Zuwachs in ähnlicher Größenordnung (+1,2 Prozent). Besonders stark stiegen die bereinigten Auftragseingänge mit +8,6 Prozent im Maschinenbau.

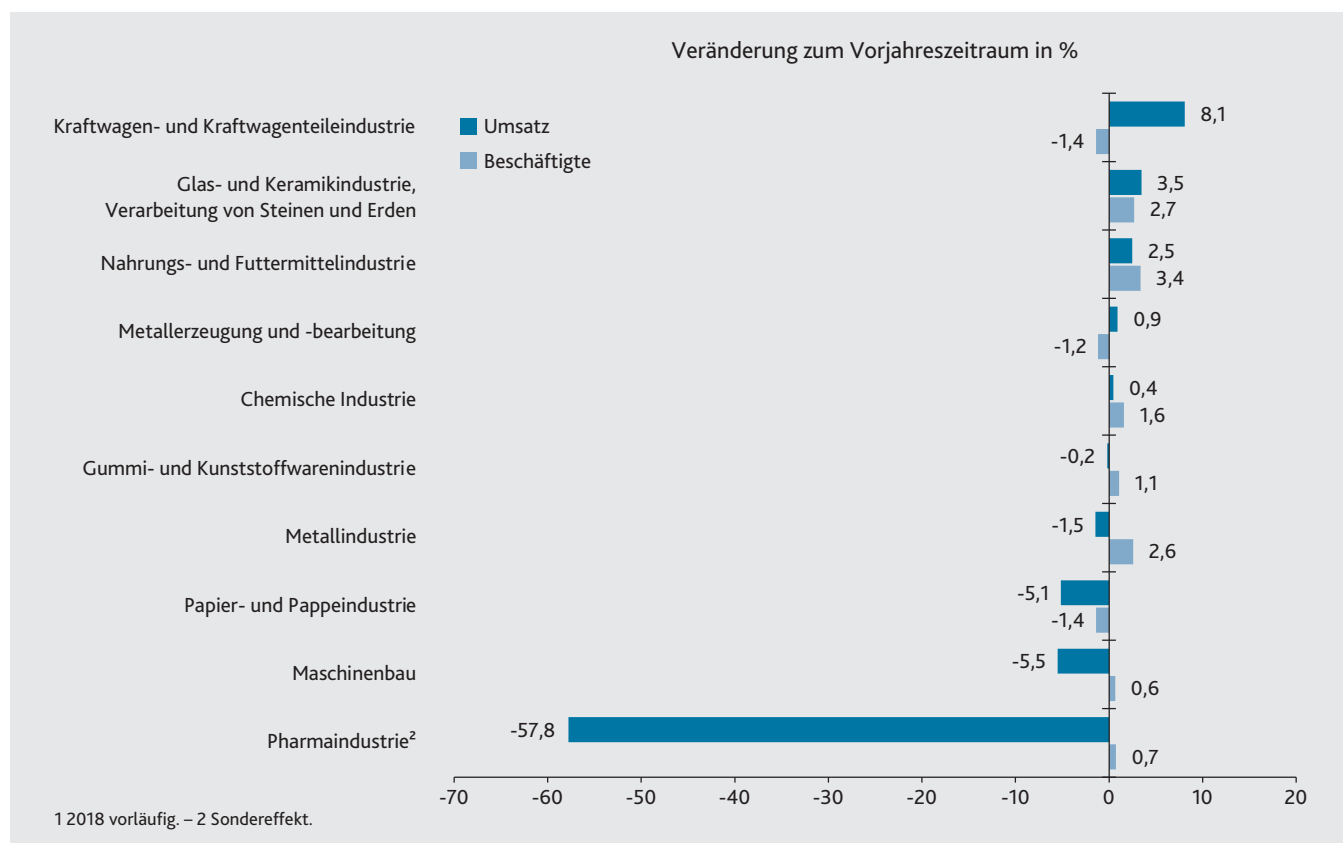
Trotz des Nachfrageanstiegs im April liegen die Bestellungen in der

Industrie weiterhin deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats (-12 Prozent). In- und Auslandsgeschäft liefen schlechter als im April 2018. Die Rückgänge erstreckten sich über alle drei Hauptgruppen. Auch in allen drei großen Industriebranchen fiel das Ordervolumen geringer aus als ein Jahr zuvor.

Positive Beschäftigungsentwicklung in der Industrie hält an

Die Zahl der Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen Industrie ist im April 2019 erneut gestiegen. Die Zahl erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 3 100 bzw. 1,2 Prozent (Deutschland: +1,6 Prozent).

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis April 2019¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Insgesamt waren in den ersten vier Monaten rund 261 800 Personen in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben beschäftigt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2018 erhöhte sich der Beschäftigtenstand um 1,5 Prozent (Deutschland: +1,8 Prozent). Sieben der zehn bedeutendsten Industriezweige wiesen eine positive Entwicklung auf. Das größte Plus verzeichneten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+3,4 Prozent). Die größten Rückgänge bei der Belegschaft gab es in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie in der Papierindustrie (beide –1,4 Prozent).

Die Umsatzerlöse lagen von Januar bis April 2019 mit 32,1 Milliarden Euro um 4,1 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +1 Prozent). Die inländischen Umsätze gingen um 2,2 Prozent und die Auslandsumsätze um 5,5 Prozent zurück. (Deutschland: +0,4 und +1,6 Prozent). Die rheinland-pfälzische Exportquote lag in den ersten vier Monaten mit 57,2 Prozent um 0,9 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

In fünf der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse in den ersten vier Monaten in 2019 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die mit Abstand größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+8,1 Prozent). Dahinter folgte die Glas- und Keramikindustrie (+3,5 Prozent). Den größten Rückgang verzeichnete die Pharmaindustrie (–58 Prozent).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	April 2019		Jan. bis April 2019
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	März 2019	April 2018	Jan. bis April 2018
Auftragseingang	19,6 % ↑	26,3 % ↑	12,2 % ↑
Hochbau insgesamt	6,8 % ↑	9,2 % ↑	8,9 % ↑
Wohnungsbau	1,6 % ↗	9,6 % ↑	2,9 % ↑
gewerblicher Hochbau	13,9 % ↑	23,6 % ↑	17,6 % ↑
öffentlicher Hochbau	23,9 % ↑	-23,6 % ↓	-6,0 % ↓
Tiefbau insgesamt	66,3 % ↑	57,1 % ↑	15,1 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-0,1 % ↘	13,5 % ↑	29,1 % ↑
Straßenbau	40,1 % ↑	65,9 % ↑	11,4 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	18,4 % ↑	62,6 % ↑	9,9 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	3,8 % ↑	15,2 % ↑	12,8 % ↑
Hochbau insgesamt	4,1 % ↑	14,6 % ↑	14,0 % ↑
Wohnungsbau	4,5 % ↑	14,1 % ↑	11,7 % ↑
gewerblicher Hochbau	6,3 % ↑	32,0 % ↑	25,7 % ↑
öffentlicher Hochbau	-6,5 % ↓	-21,3 % ↓	-6,9 % ↓
Tiefbau insgesamt	1,2 % ↗	14,2 % ↑	11,9 % ↑
gewerblicher Tiefbau	7,4 % ↑	6,4 % ↑	2,0 % ↑
Straßenbau	-1,7 % ↘	12,4 % ↑	11,4 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	1,9 % ↗	26,4 % ↑	22,4 % ↑

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

Die gegenwärtige Entwicklung in der Pharmaindustrie wird von Sondereffekten überlagert und spiegelt nicht die allgemeine Entwicklung der Branche wider. Ohne Einbeziehung der Pharmaindustrie stieg der Umsatz der rheinland-pfälzischen Industrie um 0,9 Prozent (Inland: –1,5 bzw. Ausland: +2,8 Prozent). Die Exportquote lag ohne die Pharmaindustrie mit 56,5 Prozent um 1,1 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im April höher als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im April 2019 mehr Aufträge und höhere Umsätze

als im Vormonat. Die Auftragseingänge stiegen im Vergleich zum März 2019 – kalender- und saisonbereinigt – um 20 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich um 3,8 Prozent. Gegenüber den ersten vier Monaten 2018 verbesserte sich das Ordervolumen um zwölf Prozent und der Umsatz um 13 Prozent.

Im Vergleich zum März 2019 zogen die bereinigten Auftragseingänge im Tiefbau gegenüber dem Vormonatsergebnis kräftig an (+66 Prozent). Im Hochbau gab es eine Verbesserung um 6,8 Prozent. Die höchsten Auftragszuwächse verzeichneten der Straßenbau sowie der öffentliche Hochbau (+40 bzw. +24 Prozent). Lediglich für den gewerblichen Tiefbau errech-

net sich ein geringfügiger Rückgang (–0,1 Prozent). Gegenüber den ersten vier Monaten 2018 wurde sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau eine deutliche Nachfragesteigerung registriert (+15 bzw. +8,9 Prozent).

Im Vergleich zum März 2019 erhöhten sich die bereinigten Erlöse im Hochbau um 4,1 Prozent. Für den Tiefbau errechnet sich eine leichte Umsatzsteigerung (+1,2 Prozent). Die stärksten Zuwächse gab es im gewerblichen Tiefbau (+7,4 Prozent). Der gewerbliche Hochbau sowie der Wohnungsbau übertrafen den Vormonatsumsatz ebenfalls deutlich (+6,3 bzw. +4,5 Prozent). Im öffentlichen Hochbau und im Straßenbau blieben die Erlöse hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–6,5 bzw. –1,7 Prozent). Gegenüber den ersten

vier Monaten 2018 zogen die bauseitigen Umsätze sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau kräftig an (+14 bzw. +12 Prozent).

Erwerbstätigkeit steigt im ersten Quartal um 0,7 Prozent

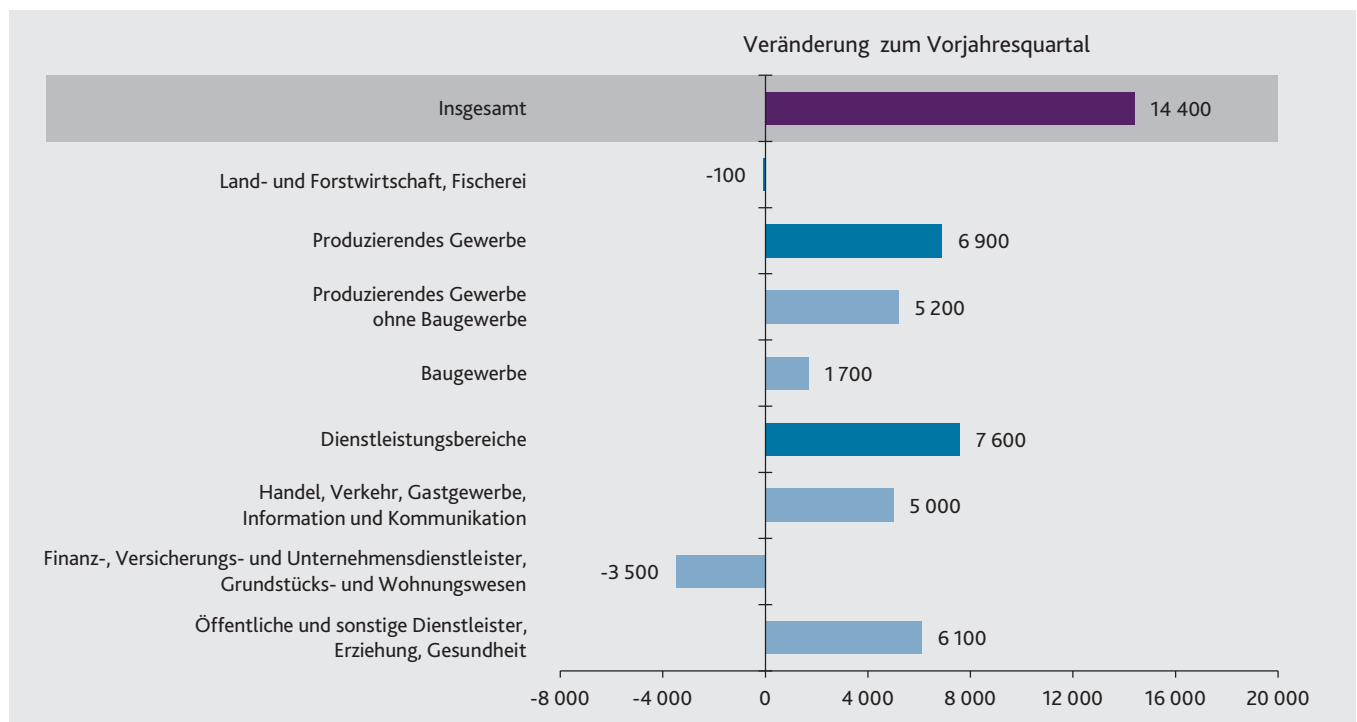
Die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz nahm im ersten Quartal 2019 erneut zu. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem ersten Quartal 2018 um rund 14 400 bzw. 0,7 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent).

Damit setzt sich der Beschäftigungsaufbau weiter fort; im vierten sowie im dritten Quartal 2018 hatte der

Zuwachs jeweils 0,8 Prozent betragen. Im Durchschnitt des ersten Quartals 2019 hatten 2,03 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz, dies war der höchste Wert in einem ersten Quartal seit Einführung der vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnung.

Der Dienstleistungssektor trug wesentlich zum Wachstum der Erwerbstätigkeit bei. Im ersten Quartal 2019 waren hier 7 600 Personen mehr beschäftigt als im Vorjahreszeitraum. Das entspricht einem Anstieg um 0,5 Prozent (Deutschland: +0,9 Prozent). Insgesamt arbeiteten 1,47 Millionen Menschen im tertiären Sektor (72 Prozent aller Erwerbstätigen). Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienst-

Erwerbstätige am Arbeitsort im 1. Quartal 2019 nach Wirtschaftsbereichen

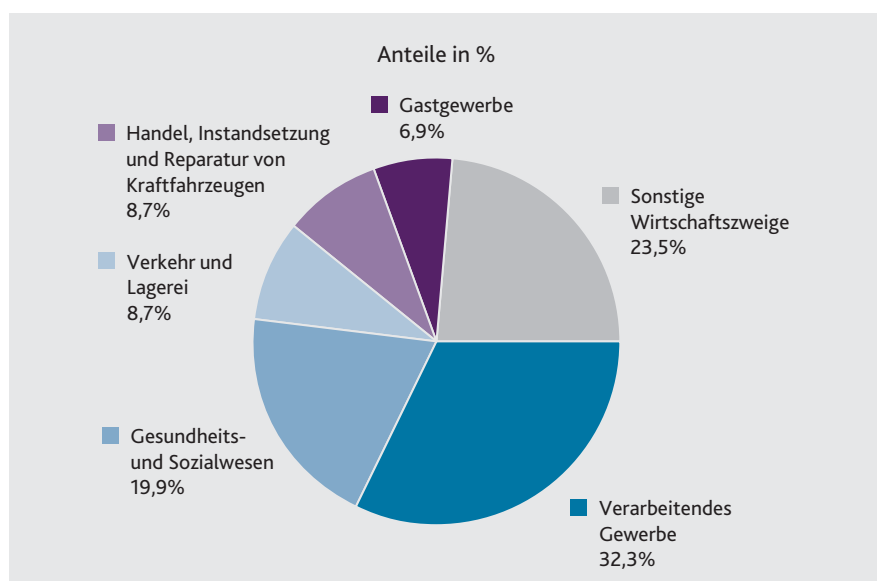


leister, Erziehung, Gesundheit", dem größten Teilbereich des Dienstleistungssektors. Hier stieg die Erwerbstätigenzahl um 6 100 bzw. 0,9 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent). Im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ nahm die Erwerbstätigkeit um 5 000 Personen bzw. ein Prozent zu (Deutschland: +1,1 Prozent). Der Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“ musste einen Beschäftigungsrückgang um 3 500 Personen bzw. –1,3 Prozent hinnehmen (Deutschland: –0,2 Prozent).

Auch im Produzierenden Gewerbe, in dem 521 900 Personen bzw. knapp 26 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiteten, stieg die Erwerbstätigkeit (Rheinland-Pfalz: +6 900 Personen bzw. +1,3 Prozent; Deutschland: +1,7 Prozent). Im größten Teilbereich, dem Verarbeitenden Gewerbe, erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 4 500 Personen bzw. 1,2 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent). Das Baugewerbe verzeichnete erneut einen starken Beschäftigungsgewinn von 1 700 Personen bzw. 1,4 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent).

In der Land- und Forstwirtschaft verringerte sich die Beschäftigung. Die Zahl der Erwerbstätigen ging im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal geringfügig um 100 Personen bzw. 0,3 Prozent zurück (Deutschland: ebenfalls –0,3 Prozent).

Nachtarbeiter/-innen 2017 nach Wirtschaftszweigen



Mehr als 223 000 Erwerbstätige arbeiten, während andere schlafen

Jede bzw. jeder neunte Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz arbeitet nachts. Im Jahr 2017 gingen gut 223 200 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer an mindestens einem Arbeitstag zwischen 23 und 6 Uhr einer Erwerbstätigkeit nach. Das waren knapp elf Prozent aller Beschäftigten.

Die meisten Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter übten 2017 einen Beruf im Verarbeitenden Gewerbe aus. Fast jeder Dritte, der in den Nachtstunden aktiv war, gehörte diesem Wirtschaftszweig an (72 100 Erwerbstätige bzw. 32 Prozent). Es folgten das Gesundheits- und Sozialwesen (44 400 bzw. 20 Prozent) sowie der Bereich „Verkehr und Lagerei“ (19 400 bzw. 8,7 Prozent). Auch in den Berufen des Handels und der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (19 400 bzw.

8,7 Prozent) sowie im Gastgewerbe (15 500 bzw. 6,9 Prozent) arbeiteten zahlreiche Beschäftigte zu den sonst üblichen Schlafenszeiten. Insgesamt gehörten mehr als drei Viertel aller Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter einem dieser fünf Wirtschaftszweige an (76,5 Prozent).

Vor allem im Gastgewerbe waren 2017 Arbeitszeiten zwischen 23 und 6 Uhr keine Seltenheit. Mehr als jede bzw. jeder Fünfte, der in dieser Branche beschäftigt war, arbeitete nachts. Ähnliches galt für Erwerbstätige im Bereich „Verkehr und Lagerei“ (20 Prozent). Auch wer einen Beruf im Verarbeitenden Gewerbe ausübte, musste sich auf ungewöhnliche Arbeitszeiten einstellen. Hier waren 2017 rund 18 Prozent aller Erwerbstätigen nachts aktiv.

Nachtarbeit ist unter Männern sehr viel weiter verbreitet als unter Frauen. Gut 156 100 Männer, aber nur etwa

67 000 Frauen arbeiteten 2017 in den Nachtstunden. Damit waren nur drei von zehn Nachtarbeitern weiblich. Auch Jüngere zeigten sich mit Blick auf die nächtlichen Arbeitszeiten flexibler. Rund 45 Prozent aller Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter waren zwischen 25 und 44 Jahre alt. Gemessen an allen Erwerbstätigen betrug der Anteil dieser Altersgruppe hingegen nur etwas mehr als 38 Prozent.

Im Durchschnitt verbrachten die knapp 170 000 Erwerbstätigen, die zusätzlich Angaben zum Umfang ihrer nächtlichen Arbeitszeit machten, etwa fünf Stunden an ihrem Arbeitsplatz. Etwas mehr als die Hälfte gab an, für gewöhnlich die vollen sieben Stunden zwischen 23 und 6 Uhr beschäftigt gewesen zu sein (54 Prozent). Gut jede bzw. jeder Neunte fügte ihrem bzw. seinem Arbeitszeitkonto im Mittel hingegen nicht mehr als eine Stunde hinzu (11,5 Prozent). Insgesamt waren gut zwei Drittel aller Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter wenigstens vier Stunden im Zeitraum der üblichen Ruhezeiten aktiv (69 Prozent).

Aufgrund einer Umstellung in der Erhebungsmethodik im Rahmen der Mikrozensusbefragung sind keine direkten Aussagen zur Entwicklung der Nachtarbeit im Zeitverlauf möglich. Denn während die Erwerbstätigen 2017 nur danach gefragt wurden, ob und wie häufig sie in den vergangenen vier Wochen vor dem Zeitpunkt der Befragung nachts gearbeitet hatten, bezog sich die Frage

in den Vorjahren stets auf den Zeitraum der vergangenen drei Monate. Werden vor diesem Hintergrund nur die Berichtsjahre 2012 bis 2016 verglichen, erweist sich der Anteil der Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter an allen Erwerbstätigen als sehr stabil.

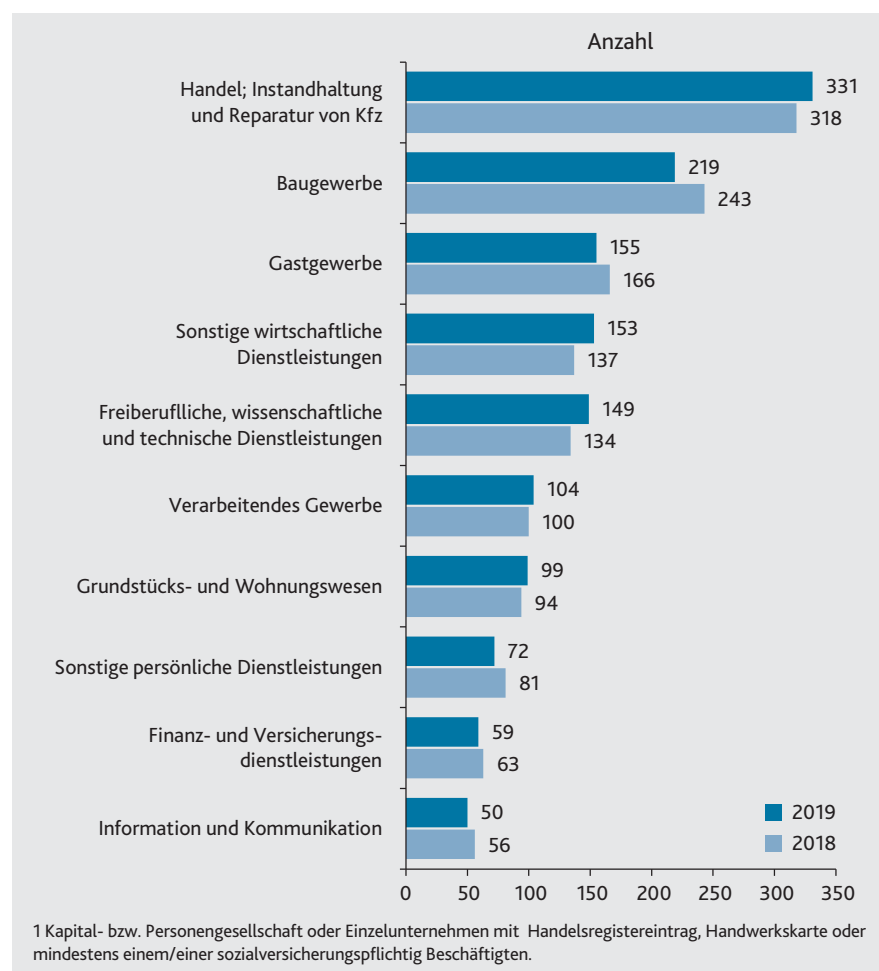
Weniger Betriebsgründungen und Betriebsaufgaben im ersten Quartal

In Rheinland-Pfalz gab es im ersten Quartal 2019 etwas weniger Betriebsgründungen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl ging im Ver-

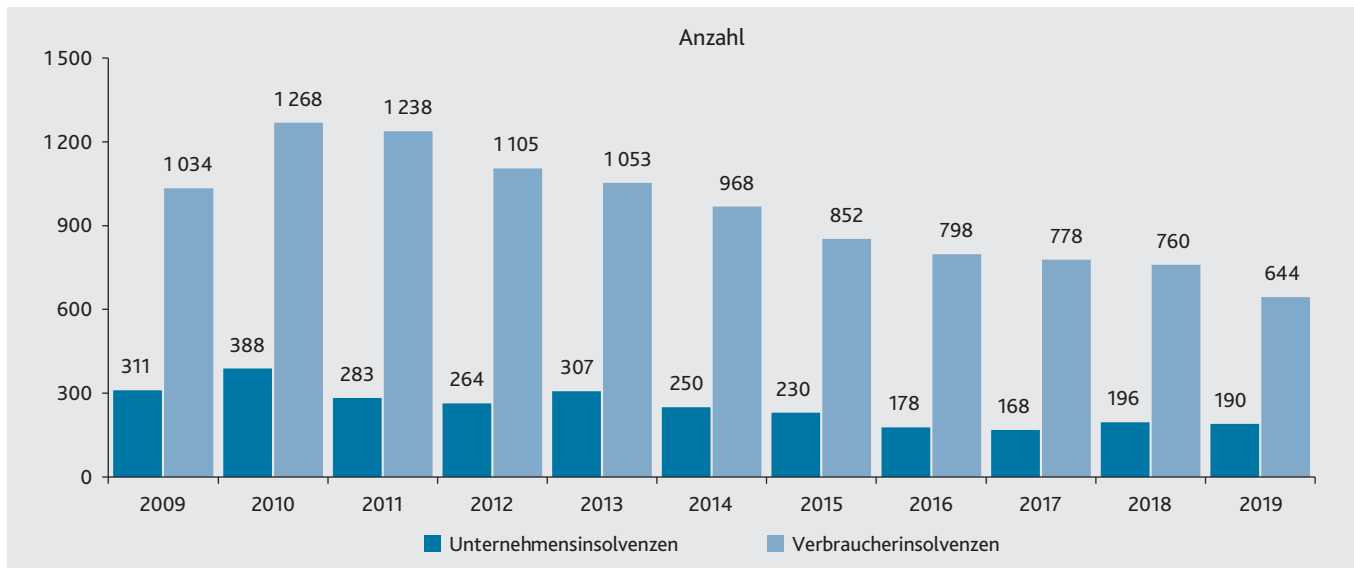
gleich zum ersten Quartal 2018 um 0,8 Prozent auf 1 529 zurück.

Betrachtet werden hierbei Gründungen von Unternehmen, bei denen sich in Anbetracht ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermuten lässt. Hierzu zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, die in das Handelsregister oder in die Handwerksrolle eingetragen sind oder die mindestens eine sozialversi-

Betriebsgründungen¹ im 1. Quartal 2019 und 2018 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Quartal 2009–2019



cherungspflichtig Beschäftigte bzw. einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte der Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (22 Prozent). Es folgten das Baugewerbe mit einem Anteil von 14 Prozent, das Gastgewerbe mit einem Anteil von gut zehn Prozent, die „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit einem Anteil von zehn Prozent sowie der Bereich der „Freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ mit einem Anteil von 9,7 Prozent.

Während landesweit 3,8 Betriebe je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner gegründet wurden, zeigten sich in regionaler Hinsicht deutliche Unterschiede. Für die kreisfreien Städte errechneten sich mit 5,4 Gründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Ein-

wohner deutlich höhere Werte als für die Landkreise (3,2). Die kreisfreien Städte wiesen mit jeweils vier Gründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner die niedrigsten Werte auf. Der höchste Wert errechnete sich für Zweibrücken (7,9). Bei den Landkreisen lag die Spannweite zwischen 1,8 (Kusel) und fünf (Ahrweiler).

Die Zahl der sonstigen Neugründungen lag in den ersten drei Monaten des Jahres 2019 mit 5 893 um drei Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Als sonstige Neugründungen gelten Einzelunternehmen ohne Handelsregistereintrag, Handwerkskarte und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Im Rahmen der sonstigen Neugründungen erfolgten 3 378 Gründungen im Nebenerwerb.

Im ersten Quartal 2019 wurden insgesamt 8 685 Gewerbe abgemeldet und damit 4,6 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der

Betriebsaufgaben, die das Pendant zu den Betriebsgründungen darstellen, ging um 0,4 Prozent auf 1 381 zurück. Die sonstigen Stilllegungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,8 Prozent auf 5 685.

Weniger Insolvenzen im ersten Quartal

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im ersten Quartal 2019 in Rheinland-Pfalz leicht gesunken. Bei den Verbraucherinsolvenzen setzte sich der seit Jahren zu beobachtende Rückgang fort. Einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellten 190 Unternehmen, das waren drei Prozent weniger als im ersten Quartal des vorigen Jahres. Die Zahl der Anträge von Verbraucherinnen und Verbrauchern lag mit 644 um 15 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Mit dem Rückgang der insolvent gewordenen Unternehmen verminderte sich auch die Anzahl der durch die Insolvenzen in Gefahr geratenen Arbeitsplätze. Insgesamt waren die Arbeitsplätze von rund 1 500 Beschäftigten betroffen – fast fünf Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Demgegenüber erhöhte sich das Volumen der voraussichtlichen Forderungen auf insgesamt gut 99 Millionen Euro – eine Steigerung um knapp neun Prozent. Durchschnittlich hatte damit jedes im ersten Quartal 2019 insolvent gewordene Unternehmen zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrags gut 522 900 Euro Schulden. Im ersten Quartal 2018 hatte dieser Wert bei 465 500 Euro gelegen.

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt den Wirtschaftsabschnitten „Baugewerbe“ (35 Anträge) und „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (32 Anträge) zuzurechnen ist. In diesen Wirtschaftsabschnitten sank jeweils die Anzahl der insolvent gewordenen Unternehmen um 27 bzw. elf Prozent. Danach folgten Unternehmen mit Schwerpunkt im Gastgewerbe (28 Anträge). Hier nahm die Anzahl um mehr als die Hälfte zu (56 Prozent).

Die Insolvenzhäufigkeit der Unternehmen, definiert als die Anzahl der insolvent gegangenen Unternehmen je 1 000 wirtschaftlich aktive Unternehmen, war in der kreisfreien Stadt Zweibrücken und im Landkreis Ahr-

weiler mit Werten von 3,6 bzw. 2,3 am höchsten. Aus den kreisfreien Städten Frankenthal und Pirmasens gingen keine Insolvenzanträge bei den Insolvenzgerichten ein.

Entsprechend dem Rückgang der Anzahl der insolvent gewordenen Verbraucherinnen und Verbraucher ergab sich auch ein Rückgang der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger. Die Höhe der Forderungen belief sich in der Summe auf weniger als 29 Millionen Euro. Dies entspricht einem Rückgang von fast 24 Prozent. Die durchschnittliche Verschuldung lag mit rund 44 300 Euro gleichfalls niedriger als im ersten Quartal 2018 (49 100 Euro).

Die Insolvenzhäufigkeit bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, war in der kreisfreien Stadt Pirmasens mit 10,4 Fällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit Abstand am höchsten und im Landkreis Germersheim mit 0,4 am niedrigsten.

Tourismus von Januar bis April 2019: Weniger Gäste, etwas mehr Übernachtungen

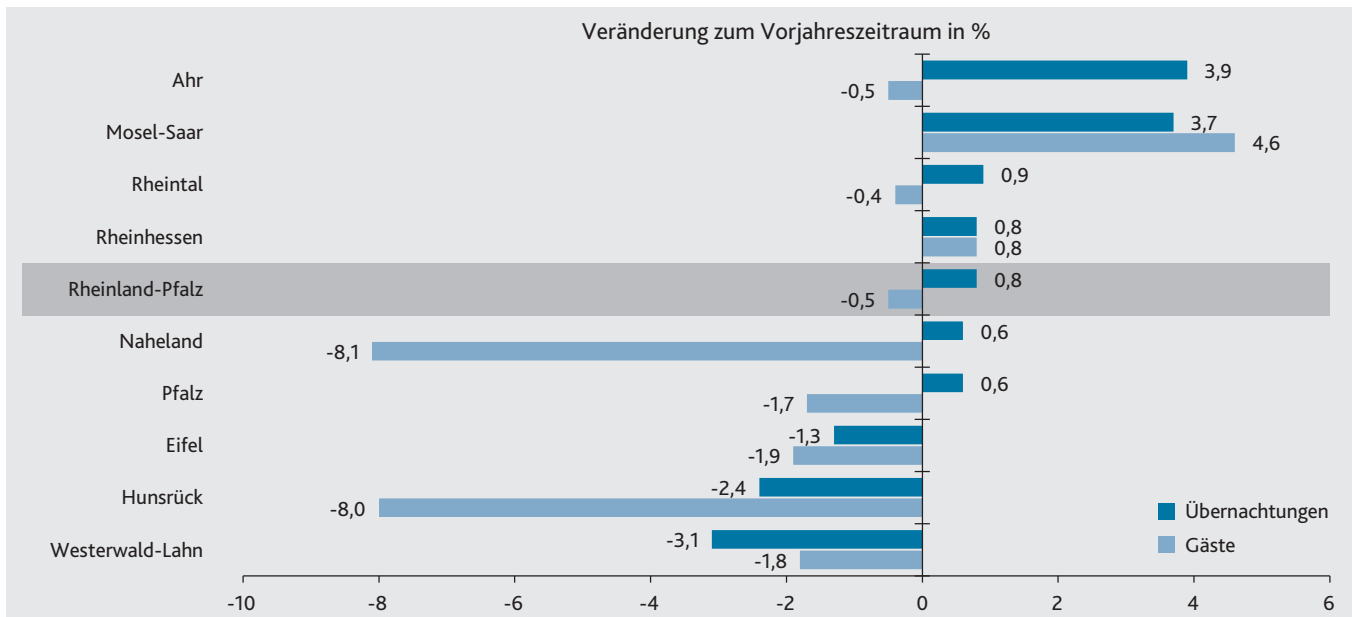
Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten im Zeitraum von Januar bis April 2019 ein leichtes Minus bei den Gästezahlen und einen moderaten Anstieg der Übernachtungen. Von Januar bis April übernachteten 2,25 Millionen Gäste im Land, was einem Minus von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Gleichzeitig nahmen die Übernachtungen um 0,8 Prozent auf 5,7 Millionen zu.

In sechs der neun Tourismusregionen lag das Übernachtungsaufkommen über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, wobei die Region Ahr mit einem Zuwachs von 3,9 Prozent den vordersten Platz einnahm, gefolgt von der Region Mosel-Saar mit einem Plus von 3,7 Prozent. In der Mehrzahl der Regionen entwickelte sich die Zahl der Gäste rückläufig. Einen Anstieg konnten die Regionen Mosel-Saar und Rheinhessen verbuchen.

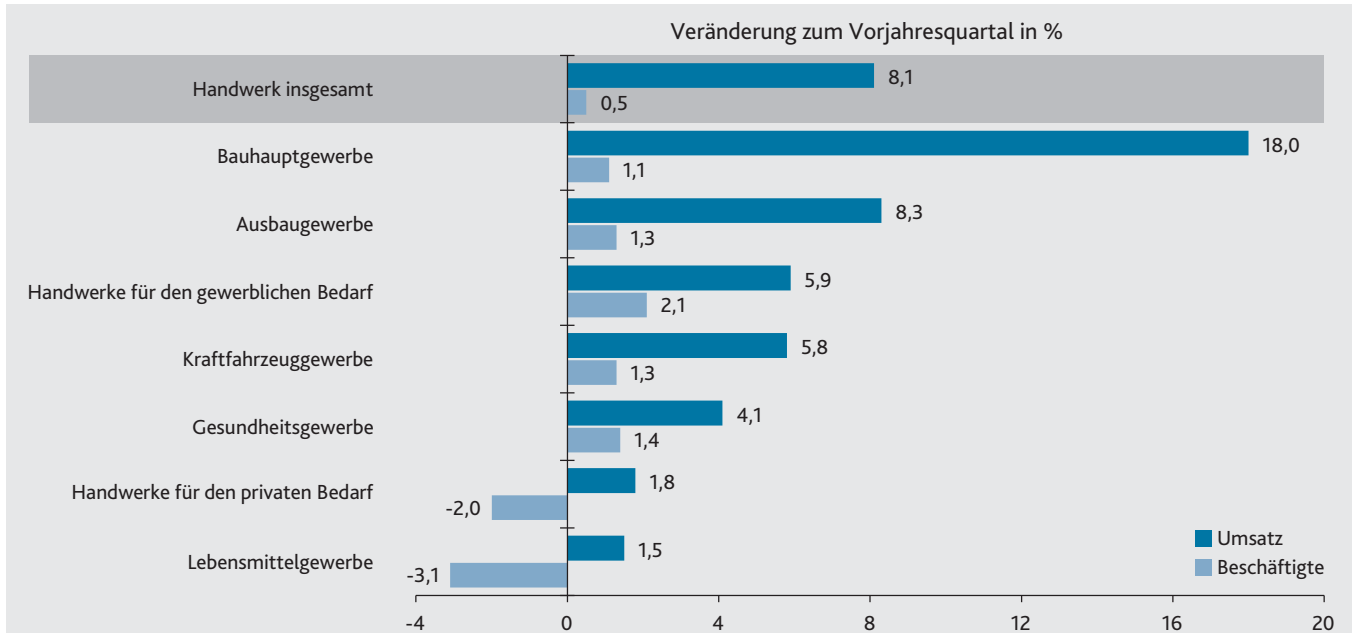
Vier der elf touristischen Betriebsarten verbuchten in den ersten vier Monaten 2019 höhere Gäste- und Übernachtungszahlen als im Vorjahreszeitraum. Um ein Viertel stiegen die Übernachtungen auf den Camping- und Reisemobilplätzen. Ferienzentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen sowie die Hotels garnis konnten ebenfalls von einem deutlich gestiegenen Gäste- und Übernachtungsaufkommen profitieren. In den anderen Betriebsarten sanken die Gäste- und Übernachtungszahlen. Die größten Rückgänge verzeichneten die Erholungs-, Ferien-, und Schulungsheime sowie die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken.

Von Januar bis April 2019 übernachteten 1,83 Millionen Gäste aus dem Inland in Rheinland-Pfalz. Auf sie entfielen 4,62 Millionen Übernachtungen. Das waren 0,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig wurden 1,08 Millionen Übernachtungen von Besucherinnen und Besuchern aus dem Ausland gezählt, was einer Zunahme um 3,2 Prozent entspricht.

Übernachtungen und Gäste von Januar bis April 2019 nach Tourismusregionen



Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 1. Quartal 2019 nach Gewerbegruppen



Handwerk erzielt im ersten Quartal Umsatzplus

Das zulassungspflichtige Handwerk in Rheinland-Pfalz erzielte im ersten

Quartal 2019 gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Umsatzanstieg. Nach vorläufigen Angaben lagen die Erlöse in den Monaten Januar bis März um 8,1 Prozent über dem Niveau des

ersten Quartals 2018 (Deutschland: +6,4 Prozent).

Die Umsätze stiegen in allen Gewerbegruppen. Das Bauhauptgewerbe

verbuchte mit einem Plus von 18 Prozent die größte Steigerung. Dahinter folgte das Ausbaugewerbe mit +8,3 Prozent. An geringsten stiegen die Umsätze im Lebensmittelgewerbe (+1,5 Prozent).

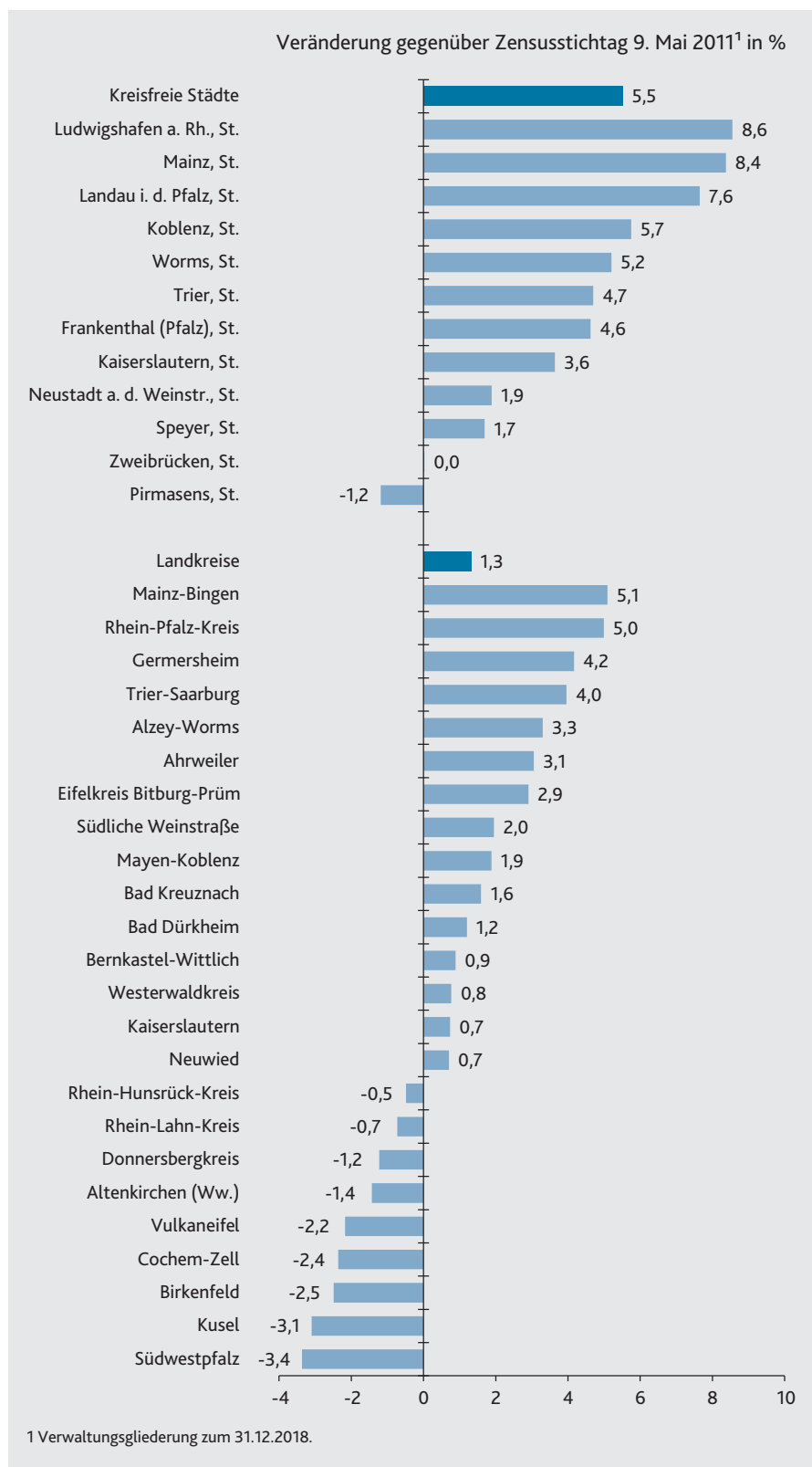
Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich gegenüber dem ersten Quartal 2018 leicht (+0,5 Prozent; Deutschland: +0,7 Prozent). In fünf der sieben Gewerbegruppen lag die Beschäftigtenzahl über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Den stärksten Anstieg verzeichneten die Handwerke für den gewerblichen Bedarf mit +2,1 Prozent. Den größten Rückgang musste das Lebensmittelgewerbe hinnehmen (-3,1 Prozent).

Bevölkerungswachstum 2018

Im Jahr 2018 ist die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz im siebten Jahr in Folge gestiegen. Am 31. Dezember 2018 lebten 4 084 844 Menschen im Land, rund 11 200 mehr als ein Jahr zuvor und damit die höchste Zahl in der mehr als 70-jährigen Landesgeschichte.

Grund für den erneuten Anstieg ist, dass auch im vergangenen Jahr deutlich mehr Menschen nach Rheinland-Pfalz zu- als fortzogen. Der Zuzugsüberschuss lag bei 22 500 Personen, davon entfielen etwa 20 800 auf Auslands- und rund 1 700 auf innerdeutsche Wanderungen. Die Zahl der Gestorbenen (48 300) überstieg hingegen wie in den Vorjahren deutlich die Geborenenzahl (37 600).

Bevölkerung am 31. Dezember 2018 nach Verwaltungsbezirken



Die Anzahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländer stieg gegenüber dem 31. Dezember 2017 um rund 20 900 und gegenüber dem Stichtag der Volkszählung im Mai 2011 um 180 700 auf nunmehr etwa 452 700. Ihr Anteil an der Bevölkerung lag Ende 2018 bei elf Prozent und damit um 0,5 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Gegenüber dem Stichtag der Volkszählung am 9. Mai 2011 ist der Ausländeranteil um rund 4,3 Prozentpunkte gestiegen.

Auch die Altersstruktur der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hat sich zum Teil deutlich verändert. Gegenüber dem 9. Mai 2011 sank die Zahl der unter 20-Jährigen um 1,4 Prozent auf rund 746 400. Rund 2 451 000 Personen entfallen aktuell auf die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen; das sind 1,2 Prozent mehr als zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung. 65 Jahre und älter sind rund 887 500 Menschen, 9,3 Prozent mehr als am 9. Mai 2011.

Die Bevölkerungszahl der kreisfreien Städte wuchs in Summe gesehen seit dem Zensus 2011 um rund 5,5 Prozent. In Ludwigshafen und Mainz waren die seitdem zu beobachtenden Bevölkerungszuwächse mit 8,6 Prozent bzw. 8,4 Prozent am stärksten ausgeprägt. Rückläufig war die Einwohnerentwicklung hingegen in der kreisfreien Stadt Pirmasens, die 1,2 Prozent der Einwohner verlor. In den Landkreisen lag die Einwohnerzahl im Durchschnitt um 1,3 Prozent höher als am Zensusstichtag. Den

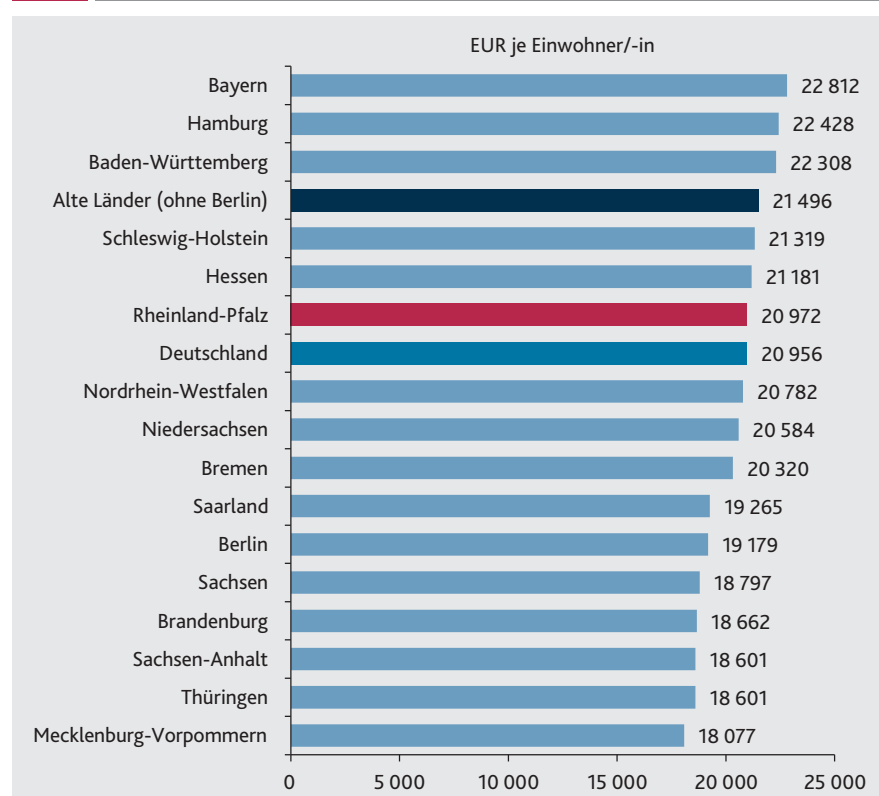
stärksten Bevölkerungsgewinn gab es in den Landkreisen Mainz-Bingen und im Rhein-Pfalz-Kreis (5,1 bzw. fünf Prozent), der höchste Rückgang war im Landkreis Südwestpfalz zu verzeichnen (–3,4 Prozent).

Durchschnittlich 20 972 Euro pro Kopf für Konsumausgaben

Im Jahr 2017 gaben die privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz 85,4 Milliarden Euro bzw. 92,3 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für den privaten Konsum aus, der Rest wurde gespart. Die Konsumausgaben stiegen damit gegenüber 2016 preisbereinigt um 2,6 Prozent. Im Bundesdurchschnitt nahmen die privaten Konsumausgaben um 3,4 Prozent zu.

Jede Einwohnerin bzw. jeder Einwohner in Rheinland-Pfalz gab 2017 durchschnittlich 20 972 Euro für Konsumzwecke aus. Der private Konsum je Einwohnerin bzw. Einwohner war damit geringfügig höher als in Deutschland (20 956 Euro). Deutliche Unterschiede zeigen sich zwischen den alten Bundesländern (ohne Berlin) mit einem Pro-Kopf-Konsum von 21 496 Euro und den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit Konsumausgaben von 18 736 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Gegenüber dem Jahr zuvor nahmen die Pro-Kopf-Ausgaben in Rheinland-Pfalz preisbereinigt um 0,8 Prozent zu. Deutschlandweit betrug der Anstieg 1,4 Prozent.

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2017 nach Bundesländern



Das Sparvolumen, also der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht für den Konsum verwendet wird, ist 2017 deutlich gestiegen. Wie in den vorangegangenen drei Jahren erhöhte sich das Sparen mit einem Plus von 4,6 Prozent in jeweiligen Preisen kräftig (Deutschland: +4,3 Prozent). Insgesamt sparten die privaten Haushalte zehn Milliarden Euro. Der Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen, vermehrt um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, betrug auch 2017 10,5 Prozent. Deutschlandweit war die Sparquote mit 9,9 Prozent etwas niedriger. Dabei lag die Sparquote in den alten Ländern (ohne Berlin) mit 10,3 Prozent wesentlich höher als in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit 7,7 Prozent.

Je Einwohnerin bzw. Einwohner belief sich die Ersparnis auf 2 449 Euro,

und somit auf 153 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt (2 296 Euro). Im Vergleich zu 2016 nahm das Sparen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz um 101 Euro zu (Deutschland: +87 Euro).

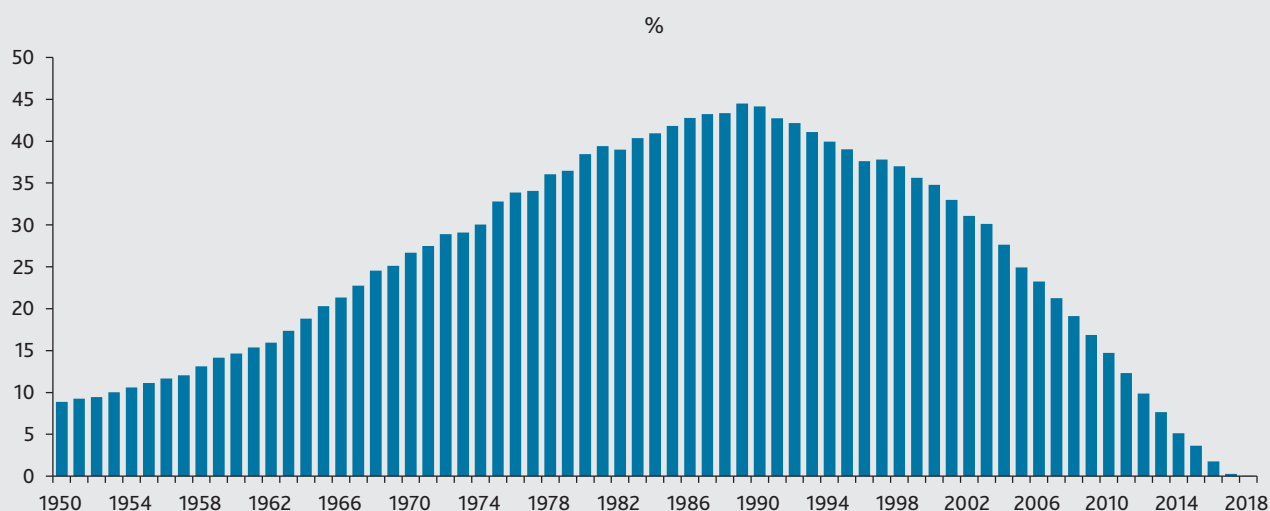
Scheidungszahlen weiter rückläufig

Im Jahr 2018 wurden von den rheinland-pfälzischen Familienrichterinnen und -richtern 8 025 Ehen geschieden; das war gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um vier Prozent. Damit setzt sich der Trend rückläufiger Scheidungszahlen weiter fort. Zu Beginn der 2000er-Jahre wurden noch mehr als 10 000 Scheidungen registriert. Gegenüber dem Jahr 2003, in dem mit 11 567 Scheidungen der bisherige Höhepunkt seit Landesgründung registriert wurde, ergibt sich ein Rückgang um 30 Prozent.

Trotz insgesamt sinkender Scheidungszahlen ist die Trennungsbereitschaft nach relativ kurzer Ehedauer weiterhin groß. Von den 2018 beendeten Ehen sind die meisten (438 bzw. 439) erst in den Jahren 2012 und 2011 geschlossen worden. Aber auch „alte Liebe rostet“. Insgesamt 1 349 Paare hatten zum Zeitpunkt der Scheidung bereits die silberne Hochzeit gefeiert. Bis Ende 2018 wurden von den in den 80er- und 90er-Jahren geschlossenen Ehen mehr als jede dritte geschieden. Die höchste Gesamtscheidungsquote weist dabei der Heiratsjahrgang 1989 auf. Rund 45 Prozent der Paare, die in diesem Jahr heirateten, gehen wieder getrennte Wege.

Im vergangenen Jahr wurden landesweit neun von 1 000 bestehenden Ehen geschieden. Innerhalb des Landes zeigen sich deutliche regionale Unterschiede. Da die Scheidungszah-

Gesamtscheidungsquote¹ der Heiratsjahrgänge 1950–2018



¹ Bislang geschiedene Ehen je 100 Eheschließungen des entsprechenden Heiratsjahrgangs.

len auf Kreisebene zum Teil deutlichen jährlichen Schwankungen unterliegen, können Mehrjahresdurchschnitte verlässlichere Aussagen zum Scheidungsrisiko liefern. Im Fünfjahresdurchschnitt lag die Scheidungsziffer in den kreisfreien Städten mit 8,7 niedriger als in den Landkreisen (9,4). Die höchsten Scheidungsziffern ergeben sich für die Städte Zweibrücken (11,6) und Kaiserslautern (elf) sowie den Landkreis Kaiserslautern (11,3). Im Landkreis Kusel scheinen dagegen die besten Voraussetzungen für eine lebenslange Ehedauer gegeben zu sein. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre lassen sich dort landesweit die wenigsten Paare scheiden (6,3).

Im Jahr 2018 wurden außerdem 70 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften durch gerichtlichen Beschluss aufgehoben. In der Mehr-

zahl der Fälle waren weibliche Partnerschaften betroffen (60 Prozent).

Immer weniger Menschen erhalten Asylbewerberleistungen

Am Jahresende 2018 erhielten in Rheinland-Pfalz 16 538 Personen Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; knapp zwei Drittel davon waren Männer. Die Anzahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger ist gegenüber dem Vorjahr um 2 587 Personen bzw. 14 Prozent zurückgegangen.

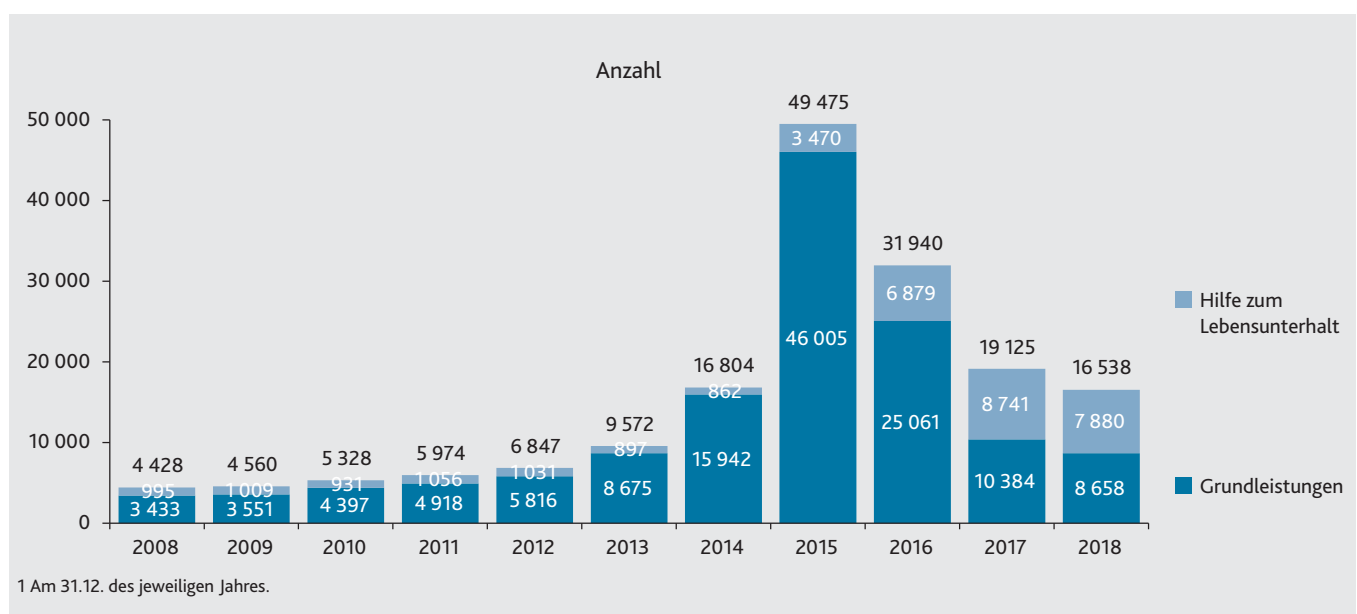
Die rückläufigen Fallzahlen seit dem Jahr 2015 sind auf die sinkende Anzahl einreisender Asylsuchender sowie den fortschreitenden Abschluss bestehender Asylverfahren zurückzuführen, was den Wegfall der Leistungsberechtigung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zur Folge hat.

Das Durchschnittsalter der Leistungsempfängerinnen und -empfänger lag Ende 2018 bei rund 25 Jahren.

Häufigstes Herkunftsland ist mit rund 2 900 Personen Afghanistan; aus diesem Land kamen 18 Prozent aller Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Als weitere bedeutende Herkunftsländer folgen Pakistan, Armenien und Syrien mit jeweils rund 1 200 Schutzsuchenden bzw. einem Anteil von je sieben Prozent.

Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen rund 8 700 bzw. 52 Prozent der Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Diese werden in Form von Sachleistungen, Wertgutscheinen und Geldleistungen gewährt und sind dazu bestimmt, den täglichen Lebensunterhalt zu decken, das heißt unter anderem Ernährung, Kleidung,

Empfänger/-innen von Regelleistungen 2008–2018¹ nach dem Asylbewerberleistungsgesetz



Unterkunft, Gesundheits- und Körperpflege. Von den Empfängerinnen und Empfängern der Grundleistungen lebten rund 4 600 dezentral in Wohnungen, 3 000 in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA) und 1 150 in Gemeinschaftsunterkünften.

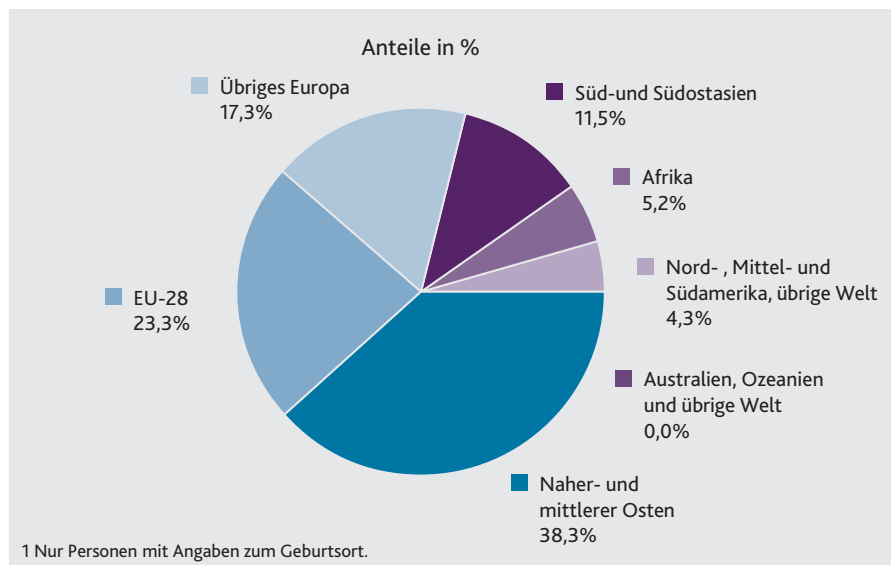
Mehr als 7 800 Asylbewerberinnen und -bewerber (48 Prozent) erhielten hingegen erhöhte Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt – die sogenannten Analogleistungen. Diese üblicherweise als Geldleistungen gewährten Zuwendungen werden in der Regel nach 15-monatiger Aufenthaltssdauer in Deutschland gezahlt und bewirken, dass die Leistungsberechtigten denjenigen Personen gleichgestellt werden, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) erhalten.

115 000 Menschen ziehen wegen Flucht, Vertreibung, Verfolgung und Asyl zu

In Rheinland-Pfalz lebten im Jahr 2017 gut 115 000 Personen, die Flucht, Verfolgung, Vertreibung und Asyl als wichtigstes Motiv für ihren Zuzug nach Deutschland nannten. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von knapp 2,9 Prozent. Von den Geflüchteten und Vertriebenen sind etwa 66 000 Männer und rund 49 000 Frauen, 15 000 sind jünger als 18 Jahre.

Nach der Zusammenführung von Familien (33 Prozent) war Flucht, Ver-

Geburtsort der Bevölkerung¹ 2017, die hauptsächlich wegen Flucht, Vertreibung, Verfolgung oder Asyl nach Deutschland zugewandert ist



folgung, Vertreibung und Asyl mit 17 Prozent damit das zweitwichtigste Zuzugsmotiv für diejenigen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, deren Geburtsort außerhalb des heutigen Gebietes der Bundesrepublik Deutschland liegt. Werden nur Personen betrachtet, die seit 2013 nach Deutschland eingereist sind, ist dies mit rund 32 Prozent das mit Abstand wichtigste Einwanderungsmotiv.

Der überwiegende Teil der rund 115 000 Personen stammt aus dem Nahen und Mittleren Osten (38 Prozent). Etwa ein Viertel (24,5 Prozent) – und damit die größte Einzelgruppe – wurde in Syrien geboren. Es folgen Polen (16 Prozent) und Afghanistan (sieben Prozent). Etwas weniger als die Hälfte der Personen (46 Prozent) verfügt heute über die deutsche Staatsangehörigkeit. Darunter sind etwa 5 900 Zuwanderer, die zusätzlich noch einen weiteren

Pass vorweisen können (Doppelstaatlerinnen und Doppelstaatler).

Etwas mehr als 42 Prozent der Eingewanderten gaben an, in ihrem Haushalt vorwiegend Deutsch zu sprechen. Neben Arabisch (22 Prozent) wurde seltener auch eine sonstige europäische (zehn Prozent), asiatische (6,3 Prozent) oder afrikanische Sprache (5,1 Prozent) genannt. Gut 42 Prozent der Befragten erklärten zudem, innerhalb der vergangenen fünf Jahre nach Deutschland gekommen zu sein. Fast ein Fünftel (18 Prozent) lebt bereits seit den 1940er Jahren in Deutschland. Weitere 17 Prozent nannten die 90er-Jahre als erstmaliges Einreisedatum.

2 100 Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Im Jahr 2018 bearbeiteten die Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Berufsqualifikations-

feststellungsgesetzes (BQFG) rund 2 100 Anträge auf die Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation. Das waren etwa 100 Anträge bzw. 4,6 Prozent weniger als im Vorjahr.

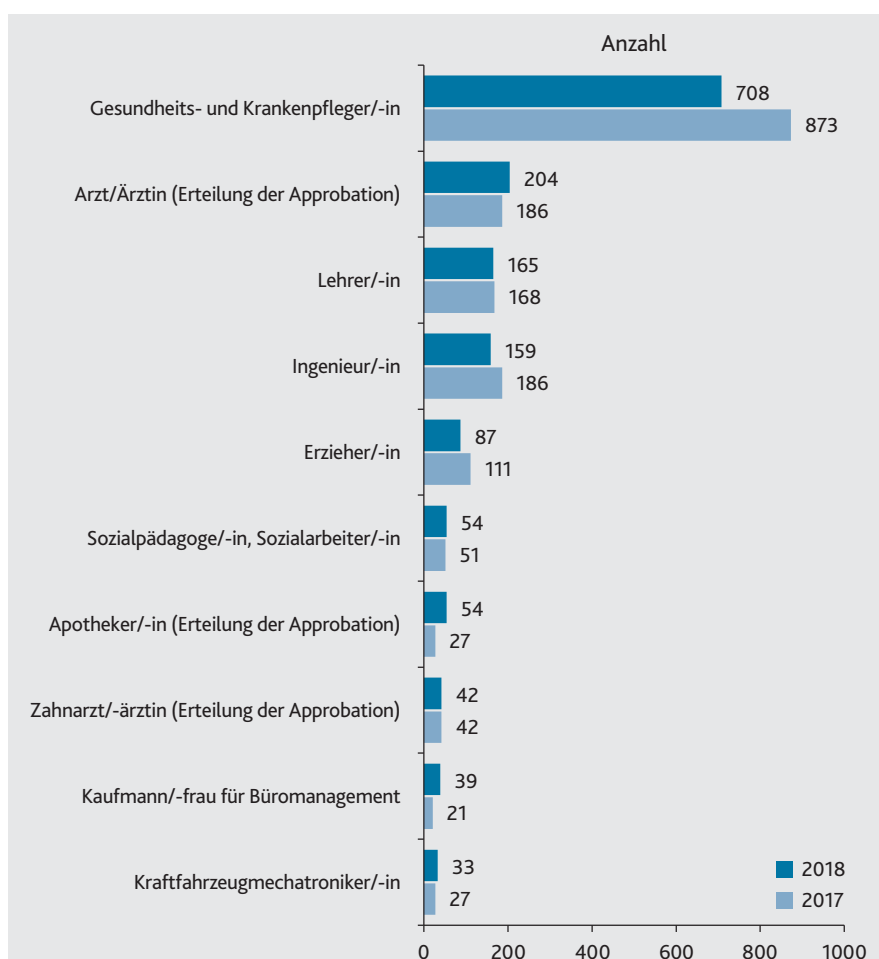
Das Feststellungsverfahren bietet die Möglichkeit, die Berufsabschlüsse qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland bzw. Rheinland-Pfalz anzuerkennen. Davon profitiert insbesondere die Gesundheitsversorgung: Im Jahr 2018 wurden mehr als 700 Ausbildungsabschlüsse zur

Gesundheits- und Krankenpflege und rund 200 Approbationen zur Ausübung des Arztberufs in den Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz bearbeitet. Gegenüber dem Vorjahr sank allerdings die Zahl der Anerkennungsanträge zur Ausübung der Gesundheits- und Krankenpflege deutlich (–19 Prozent). Dies ist ein wesentlicher Grund für den Rückgang der Gesamtzahl der Anträge auf Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation in Rheinland-Pfalz.

Am häufigsten wurden Anträge eingereicht, die die Anerkennung einer in Syrien (321) oder den Philippinen (240) erworbenen Ausbildung beantragten. Dies ist im Wesentlichen auf die zugewanderten Schutz- und Asylsuchenden aus Syrien und auf das Projekt „Triple Win“ der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit zurückzuführen, in dessen Rahmen Pflegefachkräfte aus den Philippinen, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Tunesien gewonnen werden. Während die Zahl der Anträge für die Anerkennung der Pflegefachkräfte aus Serbien (+21 Anträge) und Bosnien-Herzegowina (+3) gegenüber dem Vorjahr leicht stieg, sank sie insbesondere bei denjenigen, die auf den Philippinen (–57) die Ausbildung abgeschlossen haben. Der Anstieg der Antragsstellerinnen und Antragssteller aus den beiden Balkanländern ist im Rahmen des Projekts „Triple Win“ womöglich auf die räumliche Nähe zu Deutschland und die vergleichsweise geringeren sprachlich-kulturellen Barrieren zurückzuführen.

Von allen knapp 1 500 abgeschlossenen oder beendeten Anerkennungsverfahren wurden 55 Prozent der beruflichen Qualifikationen als voll gleichwertig mit den jeweiligen deutschen Referenzberufen bewertet. Hinzu kommen 14 Prozent, die eine Ausgleichsmaßnahme, beispielsweise eine Weiterbildung, auferlegt bekamen, damit ihre Qualifikation anerkannt wird. Abgelehnt, nur in Teilen anerkannt oder abgebrochen wurden rund 31 Prozent der Anträge bzw. Antragsverfahren.

Anträge BQFG-Bund und -Rheinland-Pfalz 2017 und 2018 nach den zehn häufigsten Referenzberufen¹



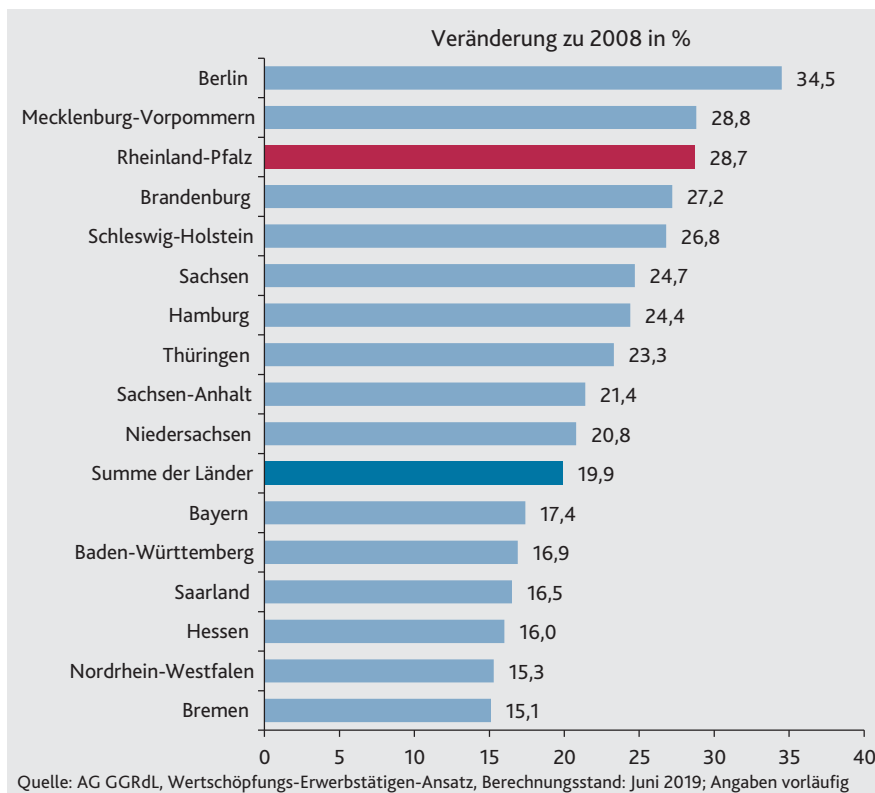
¹ BQFG: §17 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz des Bundes; BQFG-RP: §17 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz; aus Gründen der Geheimhaltung auf ein Vielfaches von drei gerundet.

Das 2012 in Kraft getretene BQFG, auch „Anerkennungsgesetz“ genannt, ist ein Gesetz zur Feststellung und Anerkennung von beruflichen Qualifikationen und Abschlüssen, die im Ausland erworben wurden. Ziel ist es, die Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland zu unterstützen und eine gesellschaftliche, berufliche und arbeitsmarktorientierte Integration von Migrantinnen und Migranten zu fördern. Das Anerkennungsgesetz bezieht sich im Wesentlichen auf mehr als 600 bundesrechtlich geregelte Berufe. Dazu zählen insbesondere alle Ausbildungsberufe des dualen Berufsbildungssystems und reglementierte akademische Berufe (z. B. Ärzte). Zudem wird seit Oktober 2013 im Rahmen des Landesgesetzes (BQFG-RP) die Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen mit landesrechtlich reglementierten Berufen individuell überprüft. Beispielsweise fällt hierunter die berufliche Ausübung des Lehramts an rheinland-pfälzischen Schulen.

Wertschöpfung der Gesundheitswirtschaft steigt

Die Gesundheitswirtschaft wächst mit hoher Dynamik. Ihre Bruttowertschöpfung erhöhte sich in Rheinland-Pfalz 2018 preisbereinigt um 4,2 Prozent. In jeweiligen Preisen erzielte dieser Wirtschaftsbe- reich eine Bruttowertschöpfung von 15,4 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anteil von elf Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung, die im Land erzielt wird.

Preisbereinigte Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft 2018 nach Bundesländern



Auch längerfristig ist die Gesundheitswirtschaft überdurchschnittlich gewachsen. Zwischen 2008 und 2018 stieg ihre Wertschöpfung nach derzeitigem Berechnungsstand preisbereinigt um 29 Prozent, während die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in diesem Zeitraum lediglich um 13 Prozent zulegte. Mit dieser Wachstumsdynamik lag Rheinland-Pfalz im Vergleich der Länder an dritter Stelle hinter Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Die Gesundheitswirtschaft ist sehr personalintensiv. Daher ist ihre Bedeutung für den Arbeitsmarkt noch größer als ihr Wertschöpfungsanteil. Im Jahr 2018 waren 301 600 Personen in der rheinland-pfälzischen

Gesundheitswirtschaft tätig, was einem Anteil von 15 Prozent an allen Erwerbstätigen entspricht.

Gegenüber 2017 ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft um 1,8 Prozent gewachsen. Zugleich lag die Erwerbstätigenzahl um 22 Prozent über dem Niveau von 2008. Dieser Anstieg bedeutet Rang acht unter den Bundesländern. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen erhöhte sich in diesem Zeitraum in Rheinland-Pfalz nur um 6,9 Prozent.

Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen gibt Auskunft über die Produktivität der Gesundheitswirtschaft. Im Jahr 2018 erwirtschaftete jede erwerbstätige Person in der

rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft im Durchschnitt eine Bruttowertschöpfung von knapp 51 100 Euro. Damit liegt die Produktivität um rund 2 000 Euro über dem Durchschnitt aller Bundesländer; im Ländervergleich belegt Rheinland-Pfalz den sechsten Platz. Aufgrund der hohen Personalintensität ist die Produktivität in der Gesundheitswirtschaft allerdings wesentlich niedriger als in der Gesamtwirtschaft (2018: 65 900 Euro).

Umweltbranche erzielt 5,7 Milliarden Euro Umsatz

Die rheinland-pfälzische Umweltbranche erzielte 2017 rund 5,7 Milliarden Euro Jahresumsatz. Klimaschutzmaßnahmen brachten knapp 55 Prozent des gesamten Umsatzes ein. Von den insgesamt 3,1 Milliarden Euro Umsatz mit Waren und Dienstleistungen für den Klimaschutz entfielen allein 2,4 Milliarden auf Maßnahmen zur Verbesserung der

Energieeffizienz (z. B. durch Gebäudedämmung). Hinzu kamen insbesondere Waren und Dienstleistungen im Bereich der Nutzung von Wind- und Solarenergie.

Auf Maßnahmen für die Luftreinhaltung entfielen knapp eine Milliarde Euro bzw. 17,5 Prozent des Gesamtumsatzes in der Umweltbranche, wobei es sich hauptsächlich um Filter- und Katalysatorsysteme für Abgase handelt. Weitere Angebote, mit denen die Umweltbranche nennenswerte Umsätze erzielt, gehören zu den Bereichen Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Lärmbekämpfung (z. B. Maßnahmen zur Verminderung der Abwassermenge, Verwertung von Abfällen oder Geräte zur Schalldämpfung).

Es ist zu beachten, dass umweltschutzbezogene wirtschaftliche Aktivitäten üblicherweise sektorübergreifend stattfinden und sich nicht genau abgrenzen lassen. Bei

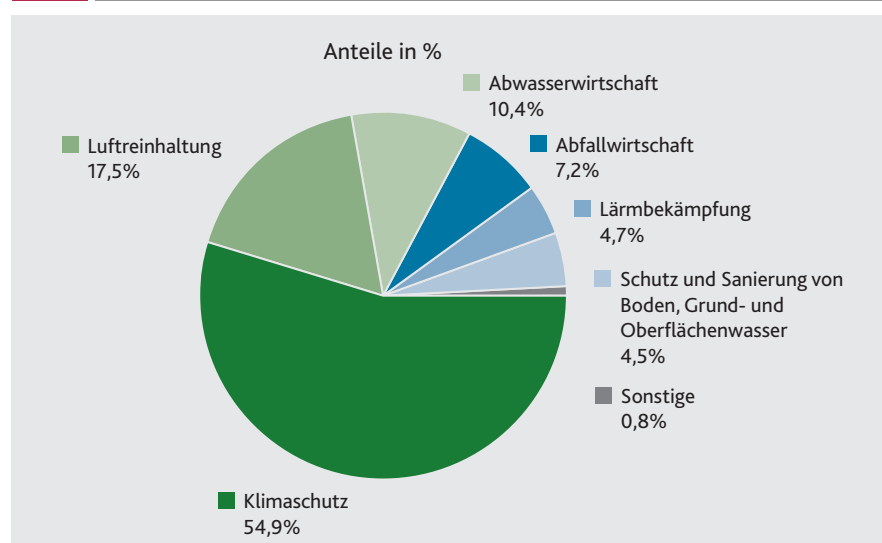
der Umweltbranche handelt es sich um einen sogenannten Querschnittssektor. Im Jahr 2016 führte die Einführung einer bundesweit geltenden einheitlichen unteren Abschneidegrenze bei den befragten Betrieben dazu, dass die zeitliche Vergleichbarkeit mit den Vorjahren eingeschränkt ist. In der üblichen Unterteilung der Wirtschaftszweige ist „der Umweltsektor“ gar nicht enthalten. Der sektorübergreifend erwirtschaftete Umsatz entsprach 2017 allerdings mit rund 5,7 Milliarden Euro in der Größenordnung etwa dem Umsatz eines mittelgroßen Wirtschaftszweiges der Industrie in Rheinland-Pfalz, wie z. B. der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (Jahresumsatz 2017: 5,6 Milliarden Euro). Die Arbeitsleistung der in der Umweltbranche tätigen Personen entsprach 2017 rund 19 400 Vollzeitäquivalenten.

Güterumschlag in Binnenhäfen steigt im ersten Quartal leicht

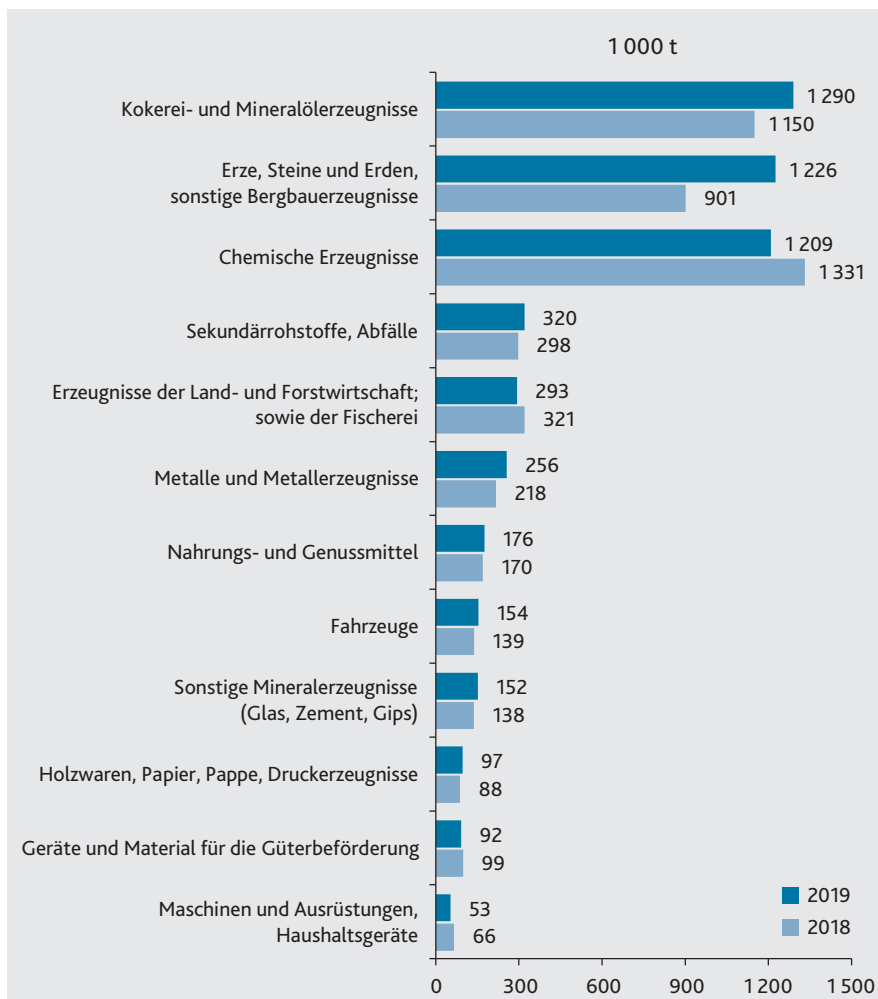
Im ersten Quartal 2019 wurden in den rheinland-pfälzischen Häfen mehr Güter umgeschlagen als im ersten Quartal 2018. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten für die Monate Januar bis März 2019 einen Güterumschlag von mehr als 5,8 Millionen Tonnen. Dies waren 329 000 Tonnen bzw. sechs Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Jahres 2018.

Der Versand erhöhte sich um zehn Prozent auf 2,5 Millionen Tonnen. Der Empfang stieg um 2,9 Prozent auf 3,3 Millionen Tonnen.

Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2017 nach Umweltbereichen



Güterumschlag in Häfen von Januar bis März 2018 und 2019 nach Güterabteilungen



Die höchste Umschlagmenge entfiel mit 1,29 Millionen Tonnen (+12 Prozent) auf die Abteilung „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“. An zweiter Stelle folgt die Güterabteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit 1,23 Millionen Tonnen, deren Umschlagsplus von 325 000 Tonnen (+36 Prozent) die Gesamtentwicklung der Umschlagszahlen des ersten Quartals 2019 stark beeinflusst hat. Danach folgt die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“ mit einem Umschlag von 1,21 Millionen Tonnen (–9,2).

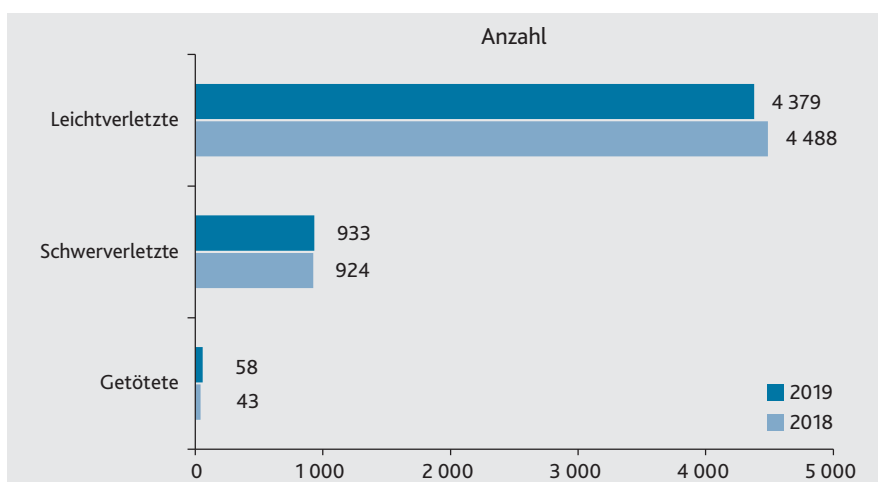
In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden 6,8 Prozent weniger Güter umgeschlagen als im Vorjahreszeitraum. Im zweitgrößten Hafen Mainz wurde ein Umschlagsplus von 8,7 Prozent ermittelt. Die Schifffahrt wurde aufgrund niedriger Wasserstände zeitweise behindert.

Mehr Todesopfer bei Straßenverkehrsunfällen

Von Januar bis April 2019 verloren in Rheinland-Pfalz 58 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren das 15 Todesopfer mehr als von Januar bis April 2018. Die Zahl der Schwerverletzten stieg um ein Prozent auf 933.

Die Zahl der Leichtverletzten verringerte sich gegenüber den ersten vier Monaten des Vorjahres auf 4 379 Personen (–2,4 Prozent). Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten vier Monaten 45 294 Straßenverkehrsunfälle und damit 1,8 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis April 2018 und 2019



Darunter waren 41 212 Unfälle, bei denen nur Sachschaden entstand. Dies waren zwei Prozent weniger als in den ersten vier Monaten 2018.

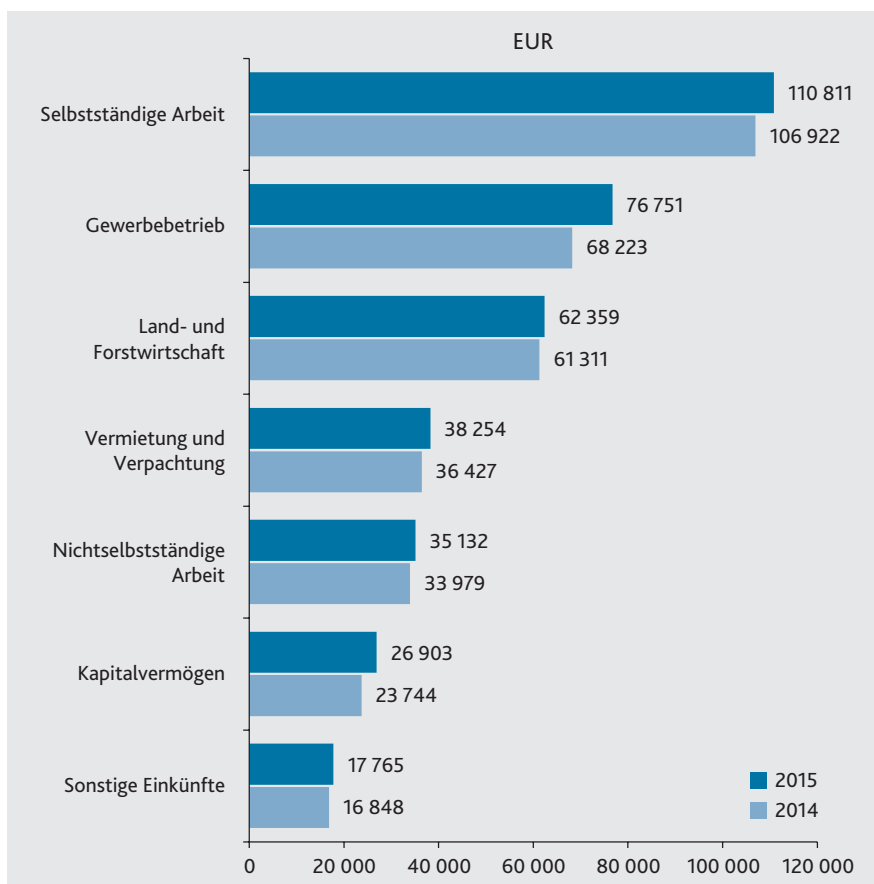
Einkommensteuer: 65 Prozent liegen unter dem Durchschnitt

Die knapp zwei Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz erzielten 2015 im Durchschnitt einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 37 338 Euro. Das entspricht einem Plus von 3,9 Prozent bzw. 1 404 Euro gegenüber dem Jahr 2014. Die festgesetzte Einkommensteuer betrug im Durchschnitt 6 380 Euro je Steuerpflichtigem und legte damit um 5,6 Prozent zu.

Die Einkünfte weisen eine Ungleichverteilung auf. Rund zwei Drittel der Steuerpflichtigen (65 Prozent) lagen unter dem Durchschnitt von 37 338 Euro. Die auf diese Steuerpflichtigen entfallende Steuer machte aber in der Summe nur rund 14 Prozent der festgesetzten Einkommensteuer aller Steuerpflichtigen aus. Demgegenüber trugen die 732 Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr – die sogenannten Einkommensmillionäre – 5,8 Prozent zur festgesetzten Steuer bei, obwohl sie nur knapp 0,04 Prozent aller Steuerpflichtigen repräsentieren.

Der Großteil der Steuerpflichtigen (85 Prozent) hatte überwiegend Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit. Der Gesamtbetrag der Ein-

Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen/-er 2015 und 2014 nach überwiegender Einkunftsart



künfte lag hier bei durchschnittlich rund 35 000 Euro je Steuerpflichtigem. Steuerpflichtige mit anderen überwiegenden Einkunftsarten verdienten zum Teil deutlich mehr. An der Spitze standen die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus selbstständiger Arbeit mit einem durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte von 111 000 Euro pro Kopf.

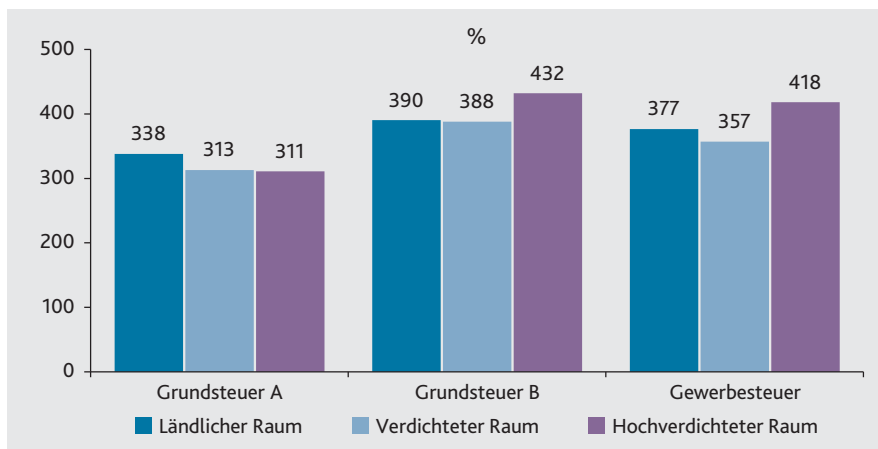
Die im Durchschnitt höchsten Gesamtbeträge der Einkünfte je Steuerpflichtigem wurden im Südosten des Landes gelegenen Gebietskörperschaften erreicht. Spitzenreiter war nach wie vor der Landkreis Mainz-Bingen mit knapp 46 800 Euro, gefolgt

von dem Landkreis Bad Dürkheim (43 200 Euro) und der kreisfreien Stadt Speyer (42 200 Euro). Schlusslichter waren die kreisfreie Stadt Pirmasens (30 100 Euro) und der Eifelkreis Bitburg-Prüm (31 700 Euro). Der Durchschnittswert des Gesamtbetrags der Einkünfte lag in den Landkreisen um 5,2 Prozent höher als in den kreisfreien Städten.

Wenige Kommunen erhöhen 2019 die Hebesätze

Die Hebesätze für die Realsteuern steigen 2019 im Durchschnitt aller rheinland-pfälzischen Kommunen nur gering an. Anhand von aktuel-

Hebesätze der Realsteuern 2019 nach Raumstrukturtypen



len Vorabmeldungen der Gemeinden errechnet sich ein landesdurchschnittlicher Hebesatz für die Gewerbesteuer in Höhe von 379 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr wächst er um einen Prozentpunkt. Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A erhöht sich voraussichtlich ebenfalls um einen Prozentpunkt auf 323 Prozent. Gleiches gilt für die Grundsteuer B; sie steigt um einen Prozentpunkt auf 403 Prozent.

Die Grundsteuer A wird von den Kommunen auf land- und forstwirtschaftliche Flächen, die Grundsteuer B auf bebaute bzw. bebaubare Grundstücke erhoben.

Sowohl bei der Gewerbesteuer als auch bei der Grundsteuer A heben 2019 rund vier Prozent der Städte und Gemeinden den Hebesatz an, ebenfalls vier Prozent senken den Hebesatz. Fast das Gleiche gilt für die Grundsteuer B. Hier erhöhen rund fünf Prozent den Hebesatz, während vier Prozent ihn reduzieren. Somit ist auch das Gesamtbild rela-

tiv ausgeglichen: Knapp fünf Prozent der Kommunen senken im Jahr 2019 mindestens einen der Realsteuerhebesätze während gut fünf Prozent der Kommunen mindestens einen Hebesatz anheben.

Die kreisfreien Städte veranschlagen bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B im Durchschnitt einen deutlich höheren Hebesatz als die kreisangehörigen Gemeinden: Bei der Gewerbesteuer liegt der durchschnittliche Hebesatz in den kreisfreien Städten – nach leichtem Anstieg – bei 424 Prozent, bei den kreisangehörigen Gemeinden hingegen unverändert bei 359 Prozent. Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer B beträgt bei den kreisfreien Städten 448 Prozent (+4 Prozentpunkte), bei den kreisangehörigen Gemeinden hingegen nahezu unverändert 383 Prozent (+1 Prozentpunkt).

Dabei gibt es teilweise große Unterschiede: So reichen die Hebesätze bei der Grundsteuer A von 0 bis 900 Pro-

zent; bei der Grundsteuer B von 0 bis 700 Prozent und bei der Gewerbesteuer von 310 bis 600 Prozent.

Die rheinland-pfälzische Landesplanung ordnet die Kommunen verschiedenen Raumstrukturtypen zu. Hierbei wird zwischen ländlichen, verdichteten sowie hoch verdichteten Siedlungsräumen unterschieden.

Eine Auswertung der aktuellen Hebesätze nach Raumstrukturtypen zeigt spürbare Unterschiede. Die hoch verdichteten Siedlungsräume weisen im Durchschnitt die höchsten Hebesätze bei der Grundsteuer B (432 Prozent) und der Gewerbesteuer (418 Prozent) auf. Im ländlichen Siedlungsraum sind hingegen die Hebesätze der Grundsteuer A im Durchschnitt am höchsten (338 Prozent).

Die Zahlen sind vorläufig. Erfahrungsgemäß erfolgen nahezu alle Hebesatzänderungen bis Mai des laufenden Jahres. Die Kommunen dürfen ihre Hebesätze im laufenden Haushaltsjahr jedoch noch bis zum 30. Juni erhöhen und bis zum 31. Dezember senken. Im Jahr 2018 machten hiervon einige wenige Kommunen Gebrauch.

Bundesweite Vergleichswerte für 2019 und 2018 liegen noch nicht vor. Mit den moderaten Erhöhungen im Jahr 2019 liegen die durchschnittlichen Hebesätze in Rheinland-Pfalz noch immer niedriger als im Bundesdurchschnitt des Jahres 2017. Besonders groß ist der Unterschied bei der Grundsteuer B.

Statistischer Landesausschuss befasst sich mit Zensus 2021 und neuen Daten

Der Zensus 2021 war ein Schwerpunktthema der 53. Tagung des Statistischen Landesausschusses in Bad Ems. Das Gremium begrüßte, dass Bundestag und Bundesrat sich auf Erweiterungen des Erhebungskatalogs unter anderem um die Gründe und die Dauer für Wohnungsleerstände sowie zur Nettokaltmiete geeinigt haben. Die zwischen Bund und Ländern umstrittenen Punkte, insbesondere zu Finanzierungsfragen, müssten allerdings zeitnah geklärt werden, um Planungssicherheit für die in zwei Jahren anstehende Großerhebung zu bekommen.

Der Auf- und Ausbau eines Steuerungsregisters, in das unter anderem Daten von Melde- und Vermessungsbehörden einfließen, bestimmt aktuell die Arbeiten zur Vorbereitung des Zensus. Die Planung für die Einrichtung der kommunalen Erhebungsstellen sowie eine Vorberatung der Leitungen von Wohnheimen und ähnlichen Einrichtungen (sogenannte Sonderbereiche) sind weitere Aufgabenschwerpunkte im laufenden Jahr.

Breiten Raum nahm bei der Tagung das Thema statistische Geheimhaltung ein. Die amtliche Statistik sichert die im Bundesstatistikgesetz verankerte Geheimhaltung, d. h., Daten werden so dargestellt, dass Rückschlüsse auf einzelne Personen oder Unternehmen nicht möglich sind. Zugleich sollen aber die Informationen umfassend und regional tief gegliedert sein. Gerade in Rheinland-Pfalz mit seinen vielen kleinen Gemeinden ergeben sich häufig Schwierigkeiten bei Angeboten wie Meine Heimat und Kommunaldatenprofil oder bei regionalisierten Auswertungen und Datenanfragen. Im Landesausschuss wurden unterschiedliche Methoden der Geheimhaltung präsentiert und die Mitglieder um Rückmeldungen zu den Vorzügen und Nachteilen gebeten. Ein Beitrag zur Verringerung der Probleme könnte sein, Merkmale von der Geheimhaltung auszunehmen, die aufgrund gesetzlicher Normen ohnehin veröffentlicht werden müssen oder die offenkundig sind, etwa Jahresabschlüsse von Aktiengesellschaften oder das Geschlecht und das Alter in der Bevölkerungsstatistik.

Ideen für die Fortentwicklung des Datenangebots aus Nutzersicht brachte Marc Ferder für den Deutschen Gewerkschaftsbund ein. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Wohnungsnot besteht aus Sicht des DGB Bedarf an kleinräumigen Informationen zum Wohnungsmarkt möglichst auf Gemeindeebene. Angaben zu Wohnungen liegen derzeit aus verschiedenen Statistiken vor, etwa aus dem Mikrozensus, dem Zensus 2011, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie der Wohnungsfortschreibung. Das Statistische Landesamt wird den Wunsch der Datennutzer nach einer Erhebung auf einheitlicher Grundlage und nach Auswertbarkeit bis auf Gemeindeebene im Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vortragen.

Bei der Weiterentwicklung des Erhebungsspektrums der amtlichen Statistik spielen digitale Daten eine wichtige Rolle. Martin Beck vom Statistischen Bundesamt präsentierte verschiedene Ansätze zur Datengewinnung, die in Pilotprojekten vorangetrieben werden, etwa die Nutzung von Mobilfunkdaten für die Pendlerstatistik oder die Heranziehung von Daten aus Scannerkassen für die Verbraucherpreisstatistik.

Kartenbasierte Darstellungen gewinnen in der amtlichen Statistik immer stärker an Bedeutung. Das Statistische Landesamt möchte daher zusammen mit dem Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation einen innovativen Kartenviewer auf der Grundlage einer in Hamburg entwickelten Open-Source-Anwendung schaffen. Mit diesem Viewer werden die bestehenden Karten in ein zeitgemäßes Design gebracht und zu einem Bestandteil eines integrierten Regionaldatenangebots weiterentwickelt.

Eine praxisorientierte Anwendung des Landesinformationssystems, der Datenbank des Statistischen Landesamtes, präsentierte Sandra Illner vom Rechnungshof Rheinland-Pfalz. Ein weiterer Punkt war die Nachlese zu den Kommunalwahlen und zur Europawahl.

Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen der Statistik. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, des Rechnungshofes, des Landesbeauftrag-

ten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, der Gewerkschaften sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr.

Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal unverändert

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft stagnierte im ersten Quartal 2019. Nach vorläufigen, indikatorgestützten Berechnungen des Statistischen Landesamtes lag das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2019 preis-, kalender- und saisonbereinigt auf dem Niveau des Vorquartals. Im Vergleich zum ersten Quartal 2018 wuchs die Wirtschaftsleistung um 0,7 Prozent.

Die Stagnation der Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz im ersten Quartal 2019 ist auf die schwache Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen. Die Bruttowertschöpfung in diesem Bereich reduzierte sich gegenüber dem Vorquartal deutlich um zwei Prozent. Die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes wuchs mit 1,1 Prozent weiter kräftig, aber weniger stark als in den vorangegangenen Quartalen. In den Dienstleistungsbereichen nahm die Wertschöpfung um 0,6 Prozent zu.

Wie ein Blick auf die kalender- und saisonbereinigten Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe zeigt, dürfte die Entwicklung in diesem Wirtschaftsbereich

weiterhin durch Sondereffekte in der Konsumgüterindustrie beeinflusst sein. Aber auch in der Vorleistungsgüter- und in der Investitionsgüterindustrie macht sich die abflauende Konjunktur in den Umsätzen bemerkbar. In der Vorleistungsgüterindustrie gingen die kalender- und saisonbereinigten nominalen Umsätze leicht zurück; in der Investitionsgüterindustrie ließ das Umsatzwachstum merklich nach.

Das rheinland-pfälzische Baugewerbe befindet sich weiter in der Hochkonjunktur. Im Bauhauptgewerbe sanken allerdings nach einem außergewöhnlich starken Vorquartal die bereinigten Umsätze im ersten Quartal 2019.

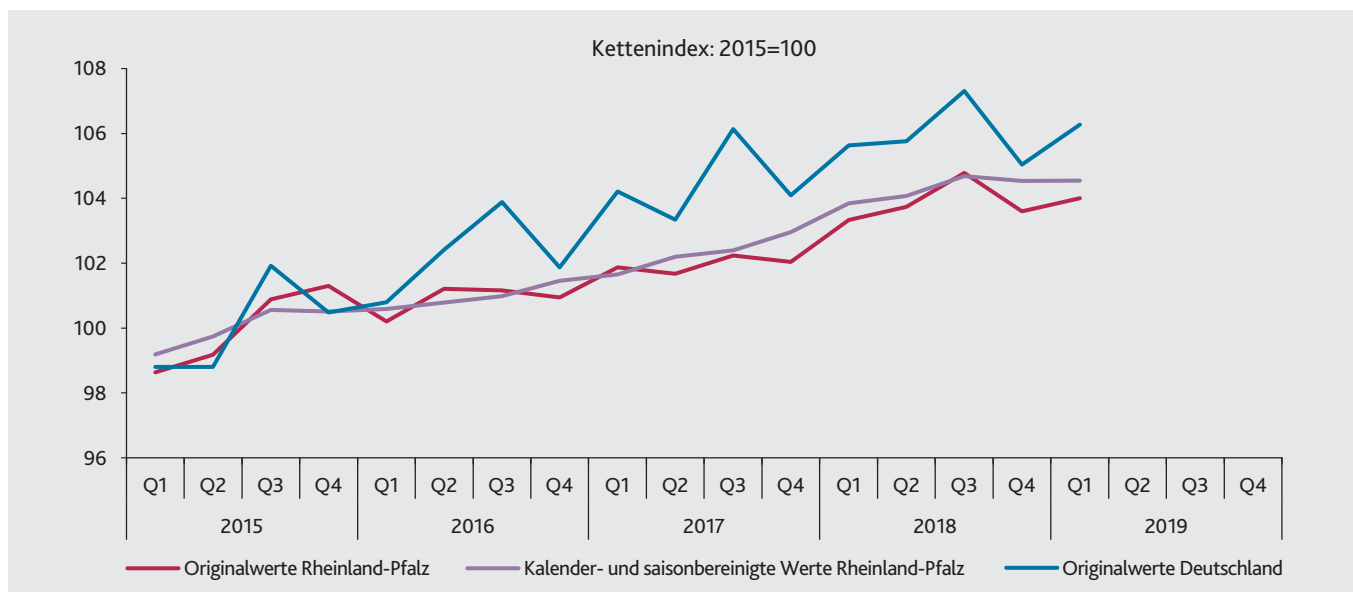
In den Dienstleistungsbereichen nahm die Konjunktur nach einem schwachen Vorquartal im ersten Quartal 2019 wieder Fahrt auf. Besonders stark erhöhten sich die bereinigten Erlöse im Großhandel, in der Lagerei sowie bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistern. Leichte Umsatzrückgänge verzeichnete demgegenüber das Gastgewerbe.

Konjunkturberichterstattung

Kern der Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ berechnet. Die Quartalsergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) auf die Quartale verteilt werden.

Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell“. Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/de/gesamtwirtschaft-umwelt/konjunktur-aktuell/konjunkturanalyse/ kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2015–2019 nach Quartalen



Daten zur Konjunktur

Indikator	Q3 2018	Q4 2018	Q1 2019	Q3 2018	Q4 2018	Q1 2019
	Veränderung zum Vorquartal in %			Veränderung zum Vorjahresquartal in %		
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	0,6	-0,1	0,0	2,2	1,5	0,7
Erwerbstätige	0,1	0,2	0,2	0,8	0,8	0,7
Originalwerte						
Arbeitsmarkt ^{1,2}						
Arbeitslose	-3,5	-1,8	6,9	-6,4	-6,1	-4,1
Gemeldete Stellen	3,6	-4,5	-1,9	4,3	2,3	-0,9
Verbraucherpreisindex ²						
Insgesamt	0,8	-0,5	-0,1	2,1	1,6	1,2
Kerninflation ³	0,6	-0,4	0,1	1,3	1,3	1,0
Betriebe und Unternehmen						
Betriebsgründungen	-9,0	1,4	17,6	-2,3	3,6	-0,8
Betriebsaufgaben	13,4	11,8	10,7	-0,1	-7,8	-0,4
Unternehmensinsolvenzen	-25,7	2,6	18,8	-20,4	-3,6	-3,1
Außenhandel ⁴						
Ausfuhr	4,7	-16,1	6,3	16,5	-0,6	-5,2
Einfuhr	0,5	-16,9	4,6	21,8	-3,3	-3,5
Gästeübernachtungen ⁵	21,9	-32,9	-32,6	-0,5	-0,9	-1,9
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Auftragseingänge (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	0,9	-4,8	-6,1	6,7	0,4	-14,6
Inland	-0,3	-2,1	-1,4	-0,1	-4,1	-5,4
Ausland	1,6	-6,3	-8,9	11,0	3,3	-19,4
Chemische Industrie	-4,0	-1,2	-1,0	-5,8	-7,1	-6,9
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	8,9	-9,6	-9,1	17,8	2,2	-11,0
Maschinenbau	-2,8	-1,1	-7,3	-3,7	-7,2	-19,2
Bauhauptgewerbe ⁶	1,6	0,9	-1,6	12,1	8,3	4,1
Produktionsindex (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	0,4	-7,7	-8,7	17,4	2,7	-12,2
Chemische Industrie	-5,3	0,5	1,6	-5,4	-6,3	-2,4
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-2,7	6,5	4,4	4,7	6,4	12,6
Maschinenbau	-3,4	-2,4	-4,5	-3,1	-7,1	-11,9
Umsatz (nominal)						
Bauhauptgewerbe	3,6	12,9	-7,4	9,4	25,1	13,3
Ausbaugewerbe	3,8	1,0	4,9	.	.	9,9
Sonstige Dienstleistungsbereiche ⁴	1,9	0,3	1,6	2,2	1,9	2,9
Umsatz (preisbereinigt) ⁴						
Großhandel	2,8	1,0	0,8	4,6	8,5	6,9
Einzelhandel	0,6	-0,1	0,5	-0,3	0,0	0,4
Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	0,1	0,5	0,6	3,6	3,0	2,9

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 Veränderung am Quartalsende. – 3 Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie. – 4 Vorläufige Ergebnisse. – 5 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 6 Nominale Auftragseingänge.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr () , zwischen 0 und 2% () , zwischen -2 und 0% () , mehr als -2% () oder 0 () .

Stand der Daten: 24. Juni 2019

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Juni 2019

Die Teuerungsrate blieb im Juni 2019 unverändert; sie lag um 1,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Mai hatte die Inflationsrate ebenfalls +1,5 Prozent betragen.

Die Energiepreise waren 1,7 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Insbesondere die Heizölpreise legten deutlich zu (+4,3 Prozent). Mehr bezahlen mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher auch für Fernwärme (+4,8 Prozent) und Strom (+3,3 Prozent). Die Preise für Gas blieben fast unverändert (-0,1 Prozent).

Die Nahrungsmittelpreise stiegen im Vergleich zum Juni 2018 um 0,6 Prozent. Am kräftigsten erhöhten sich die Preise für Gemüse (+6 Prozent). Wesentlich billiger wurden dagegen Speisefette und Speiseöle (-12 Prozent) sowie Obst (-6,3 Prozent).

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, erhöhte sich im Juni auf +1,7 Prozent.

Elf der zwölf Hauptgruppen verzeichneten Preissteigerungen. Die stärksten Zuwächse gab es in der Hauptgruppe „Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen“ (+2,3 Prozent). Nur im Bereich „Post und Telekommunikation“ sank das Preisniveau (-1,2 Prozent).

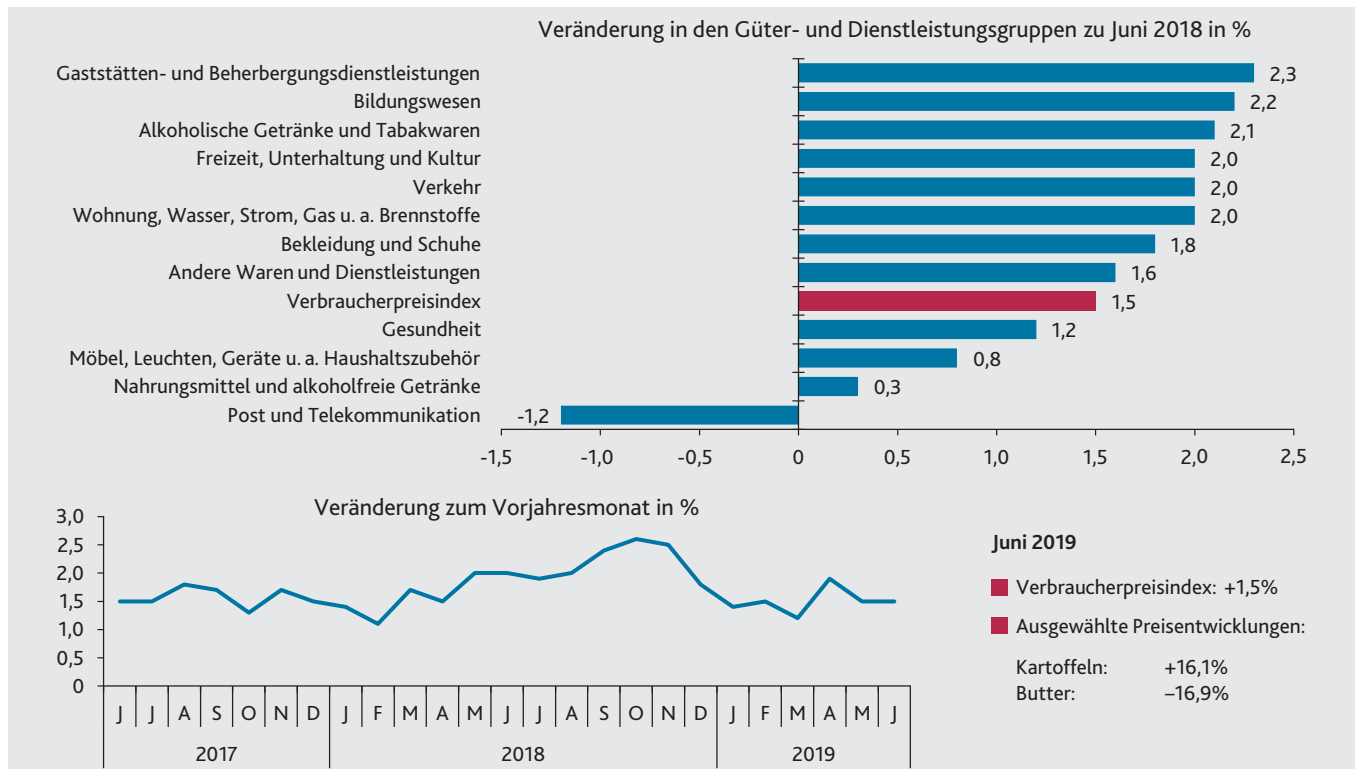
Gegenüber dem Vormonat legte der Verbraucherpreisindex im Juni 2019 um 0,2 Prozent zu. Die stärksten Zuwächse waren in der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ zu beobachten (+4,2 Prozent, darunter Pauschalreisen +19 Prozent). In den Hauptgruppen „Bekleidung und Schuhe“ sowie „Verkehr“ sank das Preisniveau merklich (jeweils -1,1 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juni 2019

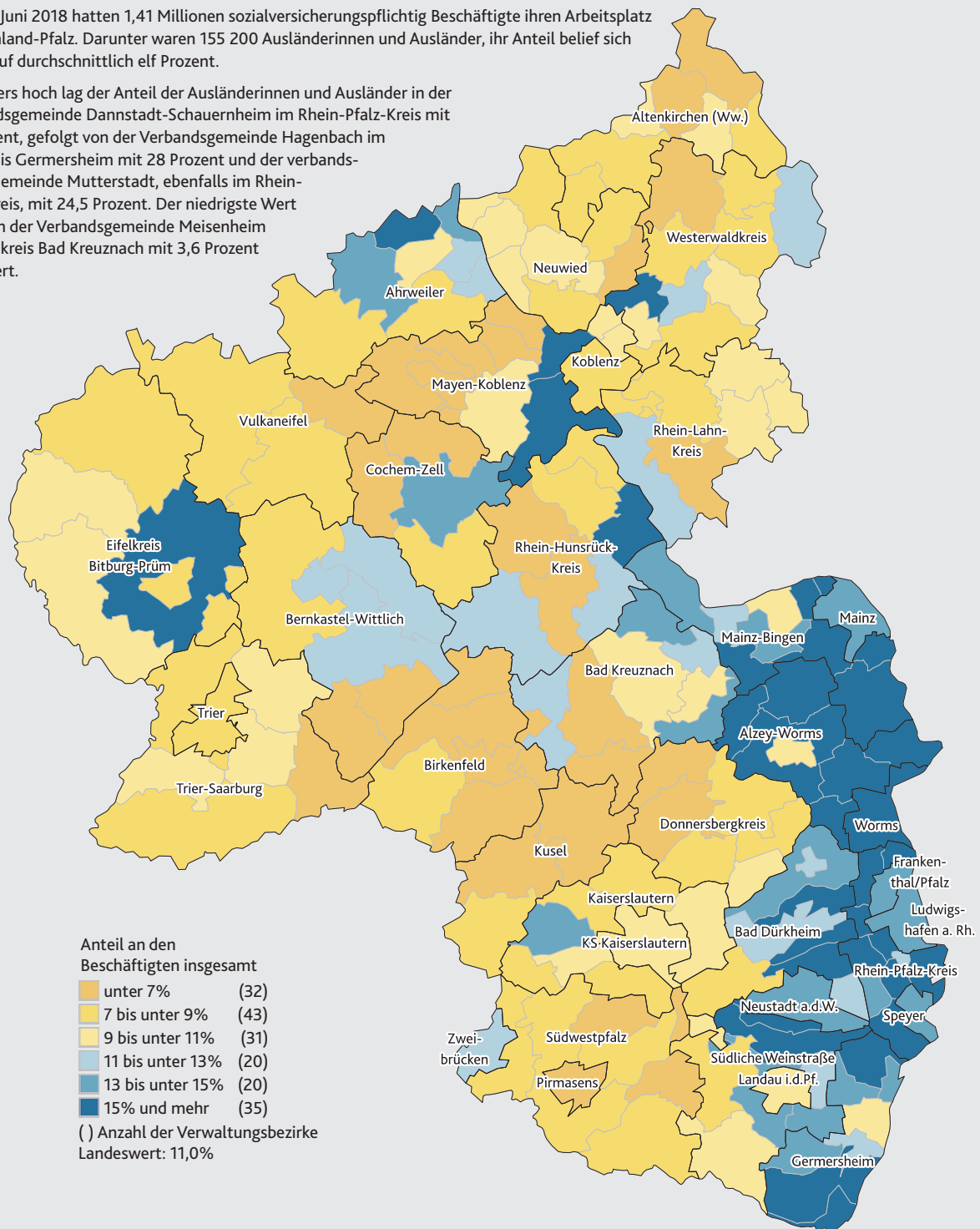


Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer/-innen 2018 nach Verwaltungsbezirken

155 200 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer

Am 30. Juni 2018 hatten 1,41 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz. Darunter waren 155 200 Ausländerinnen und Ausländer, ihr Anteil belief sich damit auf durchschnittlich elf Prozent.

Besonders hoch lag der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer in der Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim im Rhein-Pfalz-Kreis mit 31 Prozent, gefolgt von der Verbandsgemeinde Hagenbach im Landkreis Germersheim mit 28 Prozent und der verbandsfreien Gemeinde Mutterstadt, ebenfalls im Rhein-Pfalz-Kreis, mit 24,5 Prozent. Der niedrigste Wert wurde in der Verbandsgemeinde Meisenheim im Landkreis Bad Kreuznach mit 3,6 Prozent registriert.



Europawahl 2019

Das amtliche Endergebnis für Rheinland-Pfalz

Von Simone Emmerichs und Dr. Martin Jacobs

Das Europäische Parlament wurde zum neunten Mal direkt gewählt. Zwischen dem 23. und 26. Mai 2019 konnten die Bürgerinnen und Bürger der 28 Mitgliedsstaaten der EU über die Besetzung von 751 Mandaten entscheiden. Um die 96 Mandate, die von den Wählerinnen und Wählern in Deutschland vergeben werden durften, bewarben sich 41 Parteien. Nur zwei der Parteien reichten Listen für einzelne Länder ein: Die CDU in allen Bundesländern außer Bayern, die CSU in Bayern.

Nach dem amtlichen Endergebnis entfallen in Rheinland-Pfalz auf die CDU 31,3 Prozent, auf die SPD 21,3 Prozent, auf die GRÜNEN 16,7 Prozent, auf die AfD 9,8 Prozent, auf die FDP 5,8 Prozent und auf die Partei DIE LINKE 3,1 Prozent der gültigen Stimmen. Die übrigen Parteien kommen zusammen auf 11,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung stieg auf 64,8 Prozent.

Rheinland-Pfalz mit zweithöchster Wahlbeteiligung unter den Bundesländern

64,8 Prozent
der Wahlbe-
rechtigten
gaben ihre
Stimme ab

Zur Europawahl 2019 waren in Rheinland-Pfalz rund 3,07 Millionen Personen wahlberechtigt und damit etwas weniger als 2014 (–21 129 Personen bzw. –0,7 Prozent). Von ihrem Wahlrecht machten 1,99 Millionen Personen Gebrauch. Die Zahl der Wählerinnen und Wähler erhöhte sich gegenüber 2014 um 229 039 Personen bzw. 13 Prozent. Die Wahlbeteiligung stieg um 7,8 Prozentpunkte auf 64,8 Prozent. In Rheinland-Pfalz ist das Wahlinteresse damit zum zweiten Mal in Folge gestiegen und erreicht den höchsten Wert seit 1994.

Rheinland-Pfalz weist im Vergleich der Bundesländer die zweithöchste Wahlbeteiligung auf. Im Bundesdurchschnitt lag die Beteiligung mit 61,4 Prozent niedriger, nahm aber

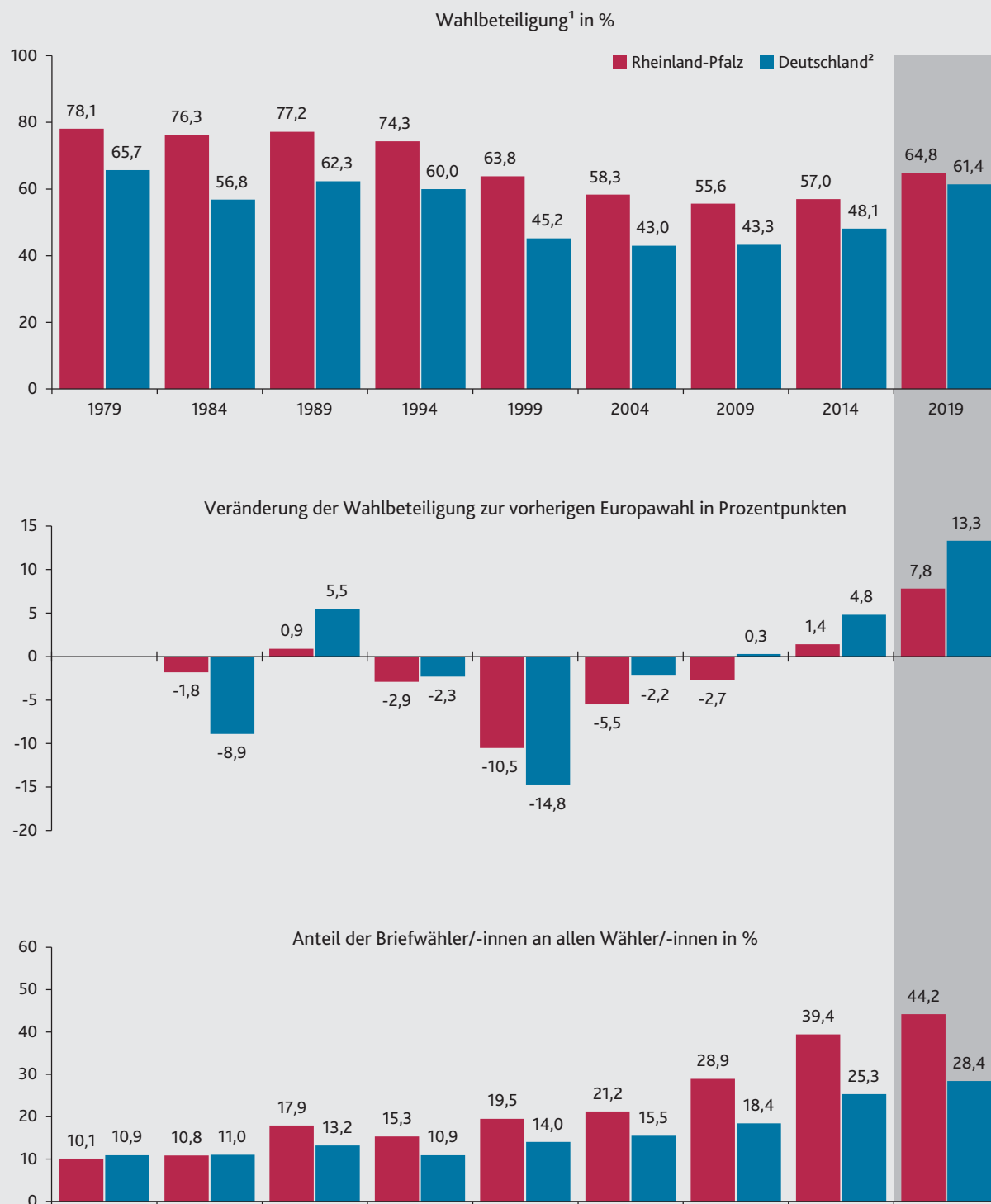
stärker zu (+13,3 Prozentpunkte). Während die rheinland-pfälzischen Wahlberechtigten bei der Europawahl 2014 noch das größte Wahlinteresse im Vergleich der Bundesländer zeigten, musste das Land seinen Spitzenplatz bei dieser Wahl an das Saarland abtreten. Am stärksten nahm die Beteiligung in Bremen zu, wo zeitgleich die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft stattfand. In Rheinland-Pfalz und in zahlreichen weiteren Bundesländern wurde parallel zur Europawahl auf kommunaler Ebene gewählt.

Der Anteil der Briefwählerinnen und Briefwähler ist ausgehend von seinem Rekordwert 2014 nochmals deutlich gestiegen. Von allen Wählerinnen und Wählern nutzten 44,2 Prozent die Möglichkeit, ihre Stimme per Briefwahl abzugeben. Das waren 4,8 Prozentpunkte mehr als bei der Europawahl 2014.

Briefwahlanteil
erreicht neuen
Rekord

G 1

Wahlbeteiligung und Briefwahl in Rheinland-Pfalz und in Deutschland bei den Europawahlen 1979–2019



¹ Anteil der Wähler/-innen an den Wahlberechtigten. – ² Bis 1989: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West.

T 1

Wahlberechtigte, Wähler/-innen, ungültige und gültige Stimmen ausgewählter Parteien¹ bei den Europawahlen 2014 und 2019

Merkmal	Anzahl			Anteil in %		
	2019	2014	Veränderung Anzahl	2019	2014	Veränderung Prozentpunkte
Wahlberechtigte	3 072 765	3 093 894	-21 129	x	x	x
Wähler/-innen	1 992 205	1 763 166	229 039	64,8	57,0	7,8
Ungültige Stimmen	33 810	41 702	-7 892	1,7	2,4	-0,7
Gültige Stimmen	1 958 395	1 721 464	236 931	98,3	97,6	0,7
CDU	613 470	661 339	-47 869	31,3	38,4	-7,1
SPD	417 183	529 232	-112 049	21,3	30,7	-9,4
GRÜNE	327 704	139 047	188 657	16,7	8,1	8,6
AfD	192 851	114 602	78 249	9,8	6,7	3,1
FDP	114 371	63 988	50 383	5,8	3,7	2,1
DIE LINKE	59 835	62 977	-3 142	3,1	3,7	-0,6
FREIE WÄHLER	56 239	34 400	21 839	2,9	2,0	0,9
Tierschutzpartei	29 415	28 981	434	1,5	1,7	-0,2
PIRATEN	11 627	21 433	-9 806	0,6	1,2	-0,6
NPD	3 535	12 556	-9 021	0,2	0,7	-0,5
FAMILIE	11 972	9 741	2 231	0,6	0,6	-
Die PARTEI	40 214	8 573	31 641	2,1	0,5	1,6
Volksabstimmung	3 346	7 162	-3 816	0,2	0,4	-0,2
ÖDP	11 848	6 852	4 996	0,6	0,4	0,2
BP	2 080	1 041	1 039	0,1	0,1	-
DKP	479	662	-183	0,0	0,0	-
MLPD	363	546	-183	0,0	0,0	-

¹ 2019 und 2014 angetretene Parteien.

Wahlbeteiligung in Landkreisen höher als in Städten

Das Wahlinteresse war in den Landkreisen (66,4 Prozent) höher als in den kreisfreien Städten (59,9 Prozent). Allerdings hat es in den kreisfreien Städten deutlich stärker zugenommen als in den Landkreisen (+10,6 bzw. +6,9 Prozentpunkte). Am höchsten war die Wahlbeteiligung im Landkreis Südliche Weinstraße (71,5 Prozent). Das geringste Wahlinteresse im Vergleich der Landkreise gab es in Birkenfeld (58,6 Prozent). Im Vergleich der kreisfreien Städte war die Beteiligung in Mainz am höchsten (68,2 Prozent) und in Pirmasens am niedrigsten (49,8 Prozent).

Von den 1,99 Millionen abgegebenen Stimmen waren 98,3 Prozent gültig und demnach

1,7 Prozent ungültig. Damit erhöhte sich der Anteil der gültigen Stimmen gegenüber 2014 um 0,7 Prozentpunkte. In den kreisfreien Städten wurden seltener ungültige Stimmen abgegeben (1,3 Prozent) als in den Landkreisen (1,8 Prozent).

CDU trotz deutlicher Verluste wieder stärkste Partei





















Die CDU musste bei der Europawahl 2019 starke Verluste hinnehmen, bleibt aber in Rheinland-Pfalz dennoch deutlich vor der SPD stärkste Partei. Die Christdemokraten erhielten 613 470 der abgegebenen gültigen Stimmen und damit 47 869 Stimmen weniger als vor fünf Jahren (-7,2 Prozent).

Anteil ungültiger Stimmen niedriger

Stimmenanteil sinkt zum vierten Mal in Folge

T 2

Stimmenanteile der Parteien in Rheinland-Pfalz bei der Europawahl 2019

Partei	Anteil in %	Veränderung zu 2014 in Prozentpunkten	Partei	Anteil in %
CDU	31,3 	-7,1	Bündnis C*	0,2
SPD	21,3 	-9,4	BIG*	0,1
GRÜNE	16,7 	8,6	BGE*	0,1
AfD	9,8 	3,1	DIE DIREKTE!*	0,0
FDP	5,8 	2,1	DiEM25*	0,2
DIE LINKE	3,1 	-0,6	III. Weg*	0,0
FREIE WÄHLER	2,9 	0,9	Die Grauen*	0,1
Tierschutzpartei	1,5 	-0,2	DIE RECHTE*	0,0
PIRATEN	0,6 	-0,6	DIE VIOLETTEN*	0,1
NPD	0,2 	-0,5	LIEBE*	0,1
FAMILIE	0,6 	-	DIE FRAUEN*	0,1
Die PARTEI	2,1 	1,6	Graue Panther*	0,2
Volksabstimmung	0,2 	-0,2	LKR*	0,1
ÖDP	0,6 	0,2	MENSCHLICHE WELT*	0,1
BP	0,1 	-	NL*	0,0
DKP	0,0 	-	ÖkoLinX*	0,1
MLPD	0,0 	-	Die Humanisten*	0,1
SGP*	0,0 	-	PARTEI FÜR DIE TIERE*	0,3
TIERSCHUTZ hier!*	0,3 	-	Gesundheitsforschung*	0,1
Tierschutzallianz*	0,2 	-	Volt*	0,6

*2014 nicht angetreten.

Ihr Stimmenanteil sank – bereits zum vierten Mal in Folge – und lag bei 31,3 Prozent (–7,1 Prozentpunkte). Das war das bisher schlechteste Ergebnis der CDU bei einer Landtags-, Bundestags- oder Europawahl in Rheinland-Pfalz.

Deutlich stärkeres CDU-Ergebnis in den Landkreisen

Die CDU schneidet traditionell in den Landkreisen stärker ab als in den kreisfreien Städten. Dies war auch bei der Europawahl 2019 der Fall. Das Stimmenergebnis der Christdemokraten beläuft sich in den Landkreisen auf 33 Prozent und in den kreisfreien Städten auf 25,7 Prozent. Da der Stimmenanteil in den kreisfreien Städten etwas stärker sank als in den Landkreisen (–7,3 bzw. –6,9 Prozentpunkte), hat sich der Abstand

gegenüber 2014 leicht vergrößert. Ihr bestes Ergebnis erzielte die CDU – wie bei allen Europawahlen seit 1989 – im Landkreis Cochem-Zell; hier konnte sie 42,6 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinen. Im Landkreis Kusel erreichte die CDU 25,6 Prozent Stimmenanteil. Kusel ist der einzige Landkreis in Rheinland-Pfalz, in dem die CDU nicht stärkste Partei wurde. Bei allen vorangegangenen Europawahlen brachte der Landkreis Kusel den Christdemokraten auch das landesweit niedrigste Ergebnis. Dieses Mal schnitt sie allerdings in fünf kreisfreien Städten noch schlechter ab als in Kusel. Den geringsten Stimmenanteil erhielt die Partei mit 22,4 Prozent aus der Stadt Kaiserslautern. Dieses Ergebnis reichte dennoch aus,

um die CDU dort zur stärksten politischen Kraft zu machen. In insgesamt neun der zwölf kreisfreien Städte im Land erhielten die Christdemokraten unter allen Parteien die meisten Stimmen.

SPD bleibt trotz hoher Verluste zweitstärkste Partei

Historischer Tiefstand

Die SPD verzeichnete erhebliche Stimmenverluste. Sie konnte nur noch 417 183 der abgegebenen gültigen Stimmen verbuchen. Das war ein Rückgang um 112 049 Stimmen (–21 Prozent). Der Stimmenanteil der Sozialdemokraten sank um 9,4 Prozentpunkte auf 21,3 Prozent und erreichte damit ebenso wie der Anteil der CDU einen historischen Tiefstand in Rheinland-Pfalz. Der Rückstand der SPD auf die CDU hat sich dadurch vergrößert. Er liegt bei zehn Prozentpunkten; vor fünf Jahren hatte er noch 7,7 Prozentpunkte betragen.

SPD nur noch in einem Landkreis stärkste Partei

Die Sozialdemokraten erhielten in den kreisfreien Städten 20,3 Prozent und in den Landkreisen 21,6 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Wie auch die CDU musste die SPD in allen rheinland-pfälzischen kreisfreien Städten und Landkreisen Einbußen hinnehmen. In sieben kreisfreien Städten und in 14 Landkreisen ging der Stimmenanteil der Sozialdemokraten um mehr als zehn Prozentpunkte zurück; am größten waren die Verluste im Landkreis Kusel (–13,7 Prozentpunkte) und in Landau (–13,1 Prozentpunkte). Im Kreis Trier-Saarburg verschlechterte sich das SPD-Ergebnis hingegen am wenigsten (–1,1 Prozentpunkte). Obwohl gerade hier die größten Verluste zu Buche standen, erreichte die SPD ihr bestes Ergebnis – wie bei allen bisherigen Europawahlen – im Landkreis Kusel (27,9 Prozent). Nur noch hier wurden die Sozialdemokraten

stärkste Partei. Am geringsten war der SPD-Stimmenanteil im Kreis Ahrweiler (16,4 Prozent). In den kreisfreien Städten reichten die SPD-Ergebnisse von 16,9 Prozent in Neustadt bis 26,2 Prozent in Zweibrücken. In sechs kreisfreien Städten und im Landkreis Ahrweiler blieb für die SPD hinter CDU und GRÜNEN nur der dritte Rang.

Große Stimmengewinne für die GRÜNEN – bisher bestes Ergebnis in Rheinland-Pfalz

Die GRÜNEN konnten die größten Stimmengewinne verbuchen: Sie kamen auf 327 704 Stimmen, das waren 188 657 mehr als vor fünf Jahren (+136 Prozent). Ihr Stimmenanteil erhöhte sich um 8,6 Prozentpunkte auf 16,7 Prozent. Damit sind die GRÜNEN – wie bei der Europawahl 2014 – drittstärkste Partei in Rheinland-Pfalz. Während der Abstand zur SPD vor fünf Jahren jedoch 22,6 Prozentpunkte betragen hatte, liegt er jetzt nur noch bei 4,6 Prozentpunkten. Nachdem die GRÜNEN vor fünf Jahren Stimmenverluste hinnehmen mussten, erzielten sie bei dieser Wahl ihr bisher bestes Ergebnis in Rheinland-Pfalz.

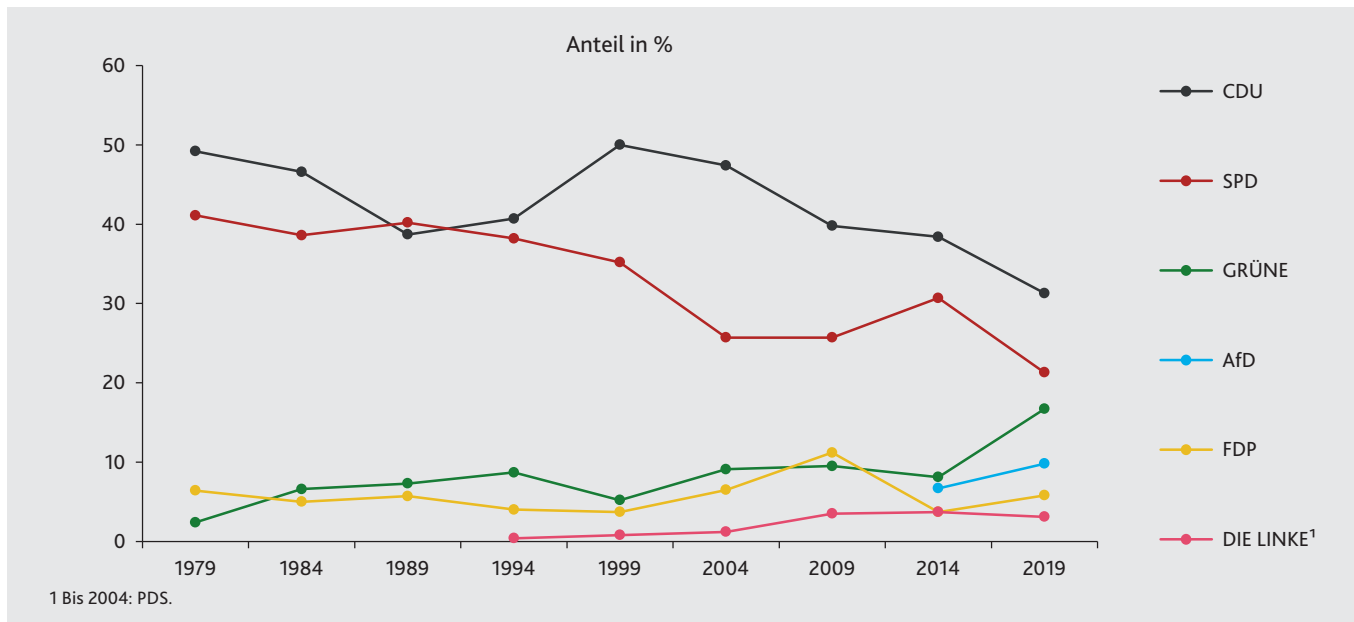
Drittstärkste Partei

In den kreisfreien Städten konnten die GRÜNEN im zweistelligen Bereich Stimmenanteile hinzugewinnen (+10,2 Prozentpunkte). In den Landkreisen belief sich das Plus auf 8,1 Prozentpunkte. Damit hat sich das schon bei allen bisherigen Europawahlen zu beobachtende Muster, dass die GRÜNEN in den kreisfreien Städten – und hier vor allem an den Hochschulstandorten – bessere Ergebnisse erzielen als in den Landkreisen, noch verstärkt. In den kreisfreien Städten wurden die GRÜNEN mit 22,3 Prozent Stimmenanteil zweitstärkste Kraft, während sie in den Landkreisen mit 15,1 Prozent den

GRÜNE werden in Landau, Mainz und Trier stärkste Kraft

G 2

Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei den Europawahlen 1979–2019



T 3

Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei den Europawahlen 1979–2019

Wahljahr	CDU	SPD	GRÜNE	AfD	FDP	DIE LINKE¹	Sonstige
	Anteil in %						
1979	49,2	41,1	2,4	-	6,4	-	0,9
1984	46,6	38,6	6,6	-	5,0	-	3,2
1989	38,7	40,2	7,3	-	5,7	-	8,0
1994	40,7	38,2	8,7	-	4,0	0,4	8,0
1999	50,0	35,2	5,2	-	3,7	0,8	5,2
2004	47,4	25,7	9,1	-	6,5	1,2	10,2
2009	39,8	25,7	9,5	-	11,2	3,5	10,3
2014	38,4	30,7	8,1	6,7	3,7	3,7	8,7
2019	31,3	21,3	16,7	9,8	5,8	3,1	11,9

Veränderung zur vorherigen Europawahl in Prozentpunkten

1979	x	x	x	x	x	x	x
1984	-2,6	-2,5	4,2	x	-1,4	x	2,3
1989	-7,9	1,6	0,7	x	0,7	x	4,8
1994	2,0	-2,0	1,4	x	-1,7	x	-
1999	9,3	-3,0	-3,5	x	-0,3	0,4	-2,8
2004	-2,6	-9,5	3,9	x	2,8	0,4	5,0
2009	-7,6	-	0,4	x	4,7	2,3	0,1
2014	-1,4	5,0	-1,4	x	-7,5	0,2	-1,6
2019	-7,1	-9,4	8,6	3,1	2,1	-0,6	3,2

1 Bis 2004: PDS.

dritten Rang erreichten. Auf Ebene der einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise liegen die Anteilsgewinne der Partei in einer Spannweite von 5,3 Prozentpunkten im Kreis Südwestpfalz bis 12,8 Prozentpunkte in Landau. In den drei Universitätsstädten Mainz (29,1 Prozent), Landau (27,8 Prozent) und Trier (25,7 Prozent) konnten die GRÜNEN mehr als ein Viertel aller Wählerstimmen auf sich vereinen. Hier wurde die Partei jeweils vor der CDU stärkste Kraft. In Pirmasens (9,4 Prozent) und im Landkreis Südwestpfalz (9,9 Prozent) blieben die Ergebnisse der GRÜNEN demgegenüber unter der Zehn-Prozent-Marke.

AfD-Ergebnis bleibt trotz deutlichem Zugewinn einstellig

Stimmenanteil steigt auf 9,8 Prozent

Zu den Gewinnern der Europawahl zählt auch die AfD. Sie erhielt 192 851 der abgegebenen Stimmen, 78 249 mehr als 2014 (+68 Prozent). Damit erhöhte sich ihr Stimmenanteil um 3,1 Prozentpunkte auf 9,8 Prozent. Die Anfang 2013 gegründete AfD bewarb sich zum zweiten Mal um Mandate im Europaparlament. Sowohl bei der Landtagswahl 2016 als auch bei der Bundestagswahl 2017 erzielte die Partei in Rheinland-Pfalz zweistellige Stimmenanteile.

AfD-Stimmenanteil sinkt nur in Mainz

Die AfD schnitt in den Landkreisen mit einem Stimmenanteil von 9,9 Prozent etwas besser ab als in den kreisfreien Städten, wo 9,5 Prozent der gültigen Stimmen auf sie entfielen. War die Partei bei der Europawahl 2014 noch in den kreisfreien Städten stärker gewesen als in den Landkreisen, so hat sich das Bild nun infolge stärkerer Zugewinne in den Landkreisen gewandelt (+3,3 gegenüber +2,5 Prozentpunkte). Nur in Mainz fiel der Stimmenanteil der AfD etwas geringer aus als bei der Europawahl 2014 (−0,1 Prozent-

punkte). In allen anderen kreisfreien Städten sowie in allen Landkreisen konnte die Partei hinzugewinnen; am stärksten profitierte die AfD in Pirmasens und im Kreis Kusel (+8,6 bzw. +7,5 Prozentpunkte). In den kreisfreien Städten ist die Spannweite der AfD-Ergebnisse größer; sie reicht von 5,9 Prozent in Mainz bis 14,9 Prozent in Pirmasens. In den Landkreisen erzielte die AfD Anteile zwischen 6,9 Prozent im Eifelkreis Bitburg-Prüm sowie im Kreis Trier-Saarburg und 14,2 Prozent im Kreis Germersheim. In acht kreisfreien Städten und in elf Landkreisen erreichte die AfD Stimmenanteile im zweistelligen Bereich. In Pirmasens sowie in vier Landkreisen wurde sie die drittstärkste Partei.

FDP legt zu

Die FDP konnte ebenfalls Gewinne verzeichnen. Sie erhält bei dieser Wahl 114 371 Stimmen, das sind 50 383 mehr als bei der letzten Europawahl (+79 Prozent). Dadurch erhöht sich der Stimmenanteil der Liberalen um 2,1 Prozentpunkte auf 5,8 Prozent. Fünf Jahre zuvor musste die Partei noch starke Verluste hinnehmen (−7,5 Prozentpunkte), nachdem sie 2009 ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Europawahl in Rheinland-Pfalz erzielt hatte (11,2 Prozent).

Deutliche Stimmengewinne

Die Liberalen bekamen in den kreisfreien Städten 5,2 Prozent und in den Landkreisen sechs Prozent der gültigen Stimmen. Das waren 1,3 bzw. 2,3 Prozentpunkte mehr als bei der Europawahl 2014. Wie bei der AfD hat sich auch bei der FDP das Ergebnis zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen seit der letzten Europawahl gedreht. In sämtlichen kreisfreien Städten und Landkreisen stieg der Stimmenanteil der Liberalen; das größte Plus gab es im Westerwaldkreis (+3,1 Prozent). Ihr bestes Ergebnis erreichte die FDP

FDP in den Landkreisen stärker

T 4

Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Europawahl 2019 in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Land	CDU		SPD		GRÜNE		AfD		FDP		DIE LINKE	
	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung
	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte
Frankenthal (Pfalz), St.	32,0	-7,9	19,6	-9,8	15,3	+8,5	13,5	+5,3	5,3	+2,1	3,5	-1,1
Kaiserslautern, St.	22,4	-6,9	21,5	-11,4	19,7	+9,4	12,0	+5,4	5,6	+1,5	4,3	-2,0
Koblenz, St.	28,9	-9,2	17,9	-9,5	24,0	+12,0	7,4	+0,8	5,6	+1,3	4,0	-0,8
Landau i. d. Pfalz, St.	25,5	-5,1	17,3	-13,1	27,8	+12,8	7,9	+0,6	4,6	+1,0	4,2	+0,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	23,8	-6,4	23,4	-11,8	16,6	+8,7	14,2	+4,6	5,0	+1,9	4,0	-0,4
Mainz, St.	23,0	-7,0	17,8	-11,1	29,1	+11,7	5,9	-0,1	5,3	+1,0	4,5	-0,7
Neustadt a. d. Weinstr., St.	29,8	-7,5	16,9	-10,6	20,4	+9,2	10,0	+3,8	5,9	+1,3	2,5	-0,9
Pirmasens, St.	32,8	-5,7	22,3	-8,9	9,4	+5,4	14,9	+8,6	5,2	+1,6	3,4	-1,6
Speyer, St.	27,0	-6,0	20,9	-8,5	22,1	+9,0	10,5	+3,5	4,8	+1,1	3,7	-1,3
Trier, St.	23,7	-11,0	22,5	-5,4	25,7	+10,9	6,7	+0,8	5,0	+1,7	5,1	-0,4
Worms, St.	28,0	-5,2	23,1	-10,5	16,7	+7,7	12,5	+4,7	5,1	+1,0	2,8	-0,9
Zweibrücken, St.	26,7	-2,6	26,2	-11,1	13,8	+6,5	11,7	+4,5	4,7	+1,1	4,0	-1,7
Ahrweiler	37,1	-8,4	16,4	-7,9	18,1	+10,2	7,9	+0,7	6,8	+2,1	2,6	-0,4
Altenkirchen (W.w.)	35,2	-6,2	21,9	-10,3	13,6	+7,6	9,7	+3,5	6,2	+2,9	3,1	-0,3
Alzey-Worms	26,7	-6,3	24,1	-10,0	15,2	+7,3	12,5	+4,7	6,3	+2,1	2,6	-1,0
Bad Dürkheim	29,8	-6,3	20,4	-10,7	16,5	+8,6	11,4	+4,2	6,4	+2,1	2,4	-0,5
Bad Kreuznach	29,9	-5,5	23,7	-11,5	15,8	+8,7	10,2	+3,6	6,4	+2,2	3,1	-0,5
Bernkastel-Wittlich	37,1	-9,6	21,1	-4,5	13,4	+7,1	7,7	+2,5	6,7	+2,1	2,8	-0,3
Birkenfeld	30,5	-4,9	26,7	-9,4	11,6	+6,5	10,8	+4,3	6,6	+2,1	3,2	-1,4
Cochem-Zell ¹	42,6	-10,1	18,8	-4,1	12,6	+7,7	7,7	+0,8	6,4	+2,9	2,2	-0,7
Donnersbergkreis	25,7	-4,6	25,4	-10,5	13,0	+6,1	12,5	+5,5	5,8	+2,0	3,0	-0,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	38,5	-9,5	21,4	-4,8	14,0	+7,1	6,9	+2,4	5,9	+2,5	2,6	+0,2
Germersheim	31,8	-6,7	19,1	-10,7	14,0	+7,3	14,2	+6,5	6,0	+2,5	2,5	-0,6
Kaiserslautern	30,8	-4,5	22,9	-11,1	11,9	+6,2	12,9	+6,6	4,5	+1,9	3,1	-0,9
Kusel	25,6	-2,1	27,9	-13,7	11,1	+5,5	13,6	+7,5	4,4	+2,1	3,5	-1,5
Mainz-Bingen	29,2	-7,5	21,2	-10,2	20,4	+10,0	8,4	+2,1	6,1	+1,9	2,9	-0,3
Mayen-Koblenz	36,0	-8,6	20,5	-9,2	16,2	+9,5	8,5	+2,5	5,8	+2,7	2,5	-0,5
Neuwied	33,0	-6,5	21,2	-10,4	16,7	+9,8	9,1	+1,7	6,1	+2,5	3,1	-0,4
Rhein-Hunsrück-Kreis ¹	34,6	-7,4	22,0	-8,5	13,9	+8,0	8,8	+3,2	7,0	+2,7	2,9	-0,8
Rhein-Lahn-Kreis	28,6	-6,4	25,3	-10,8	15,5	+8,8	9,4	+1,9	5,9	+2,9	2,9	-0,7
Rhein-Pfalz-Kreis	31,3	-6,5	20,2	-10,4	16,5	+8,7	12,0	+3,6	6,1	+2,4	2,4	-0,4
Südliche Weinstraße	33,7	-4,2	18,9	-10,7	16,5	+8,1	10,7	+3,7	5,5	+1,5	2,4	-0,5
Südwestpfalz	35,2	-5,7	20,6	-9,2	9,9	+5,3	12,5	+6,6	5,9	+2,4	2,5	-0,9
Trier-Saarburg	34,1	-10,6	26,6	-1,1	14,8	+7,3	6,9	+1,3	4,5	+1,8	2,8	-0,2
Vulkaneifel	41,6	-7,0	19,5	-6,2	13,0	+7,5	7,2	+1,8	6,3	+2,7	2,9	-0,6
Westerwaldkreis	36,8	-7,0	18,6	-10,4	14,5	+8,1	9,5	+3,2	6,5	+3,1	2,9	-0,5
Rheinland-Pfalz	31,3	-7,1	21,3	-9,4	16,7	+8,6	9,8	+3,1	5,8	+2,1	3,1	-0,6
kreisfreie Städte	25,7	-7,3	20,3	-10,2	22,3	+10,2	9,5	+2,5	5,2	+1,3	4,0	-0,9
Landkreise	33,0	-6,9	21,6	-9,2	15,1	+8,1	9,9	+3,3	6,0	+2,3	2,8	-0,5

¹ Geänderter Zuschnitt des Verwaltungsbezirks gegenüber der Europawahl 2014 (Ergebnisse umgerechnet).

mit sieben Prozent im Rhein-Hunsrück-Kreis. Am schwächsten schnitt die Partei, wie bereits bei den beiden vorangegangenen Europawahlen, im Kreis Kusel ab (4,4 Prozent). In drei kreisfreien Städten und in drei Landkreisen blieb das FDP-Ergebnis unter fünf Prozent. In keiner einzigen kreisfreien Stadt, aber in 15 Landkreisen erreichten oder übertrafen die Liberalen einen Stimmenanteil von sechs Prozent.

DIE LINKE verliert Stimmen

Die Partei DIE LINKE erhielt 59 835 der gültigen Stimmen. Das waren 3 142 Stimmen bzw. fünf Prozent weniger als fünf Jahre zuvor. Ihr Stimmenanteil geht leicht um 0,6 Prozentpunkte auf 3,1 Prozent zurück. Vor fünf Jahren erzielte die Partei ihr bisher bestes Ergebnis im Land (3,7 Prozent).

Stärkere
Verluste für
DIE LINKE in
den kreisfreien
Städten

DIE LINKE verliert in den kreisfreien Städten mehr Stimmenanteile als in den Landkreisen (–0,9 bzw. –0,5 Prozentpunkte). Dennoch ist das Ergebnis der Partei, wie bereits bei vorangegangenen Europawahlen, in den kreisfreien Städten deutlich besser. Hier erzielte sie vier Prozent, in den Landkreisen dagegen nur 2,8 Prozent. Nur in zwei Verwaltungsbezirken hat sich das Ergebnis der Partei DIE LINKE gegenüber der Europawahl 2014 leicht verbessert. In Landau und im Eifelkreis Bitburg-Prüm, aus dem 2014 noch das schlechteste Ergebnis für die Partei kam, erhöhte sich der Stimmenanteil jeweils um 0,2 Prozentpunkte. Ihr bestes Ergebnis erhält DIE LINKE aus Trier (5,1 Prozent). Trier ist des Weiteren der einzige Verwaltungsbezirk in Rheinland-Pfalz, in dem DIE LINKE stärker als die FDP abschneidet. Das schlechteste Resultat für DIE LINKE kommt mit 2,2 Prozent aus dem Landkreis Cochem-Zell.

Weitere Beiträge Europawahl 2019 in den Statistischen Monatsheften

Zur Europawahl 2019 werden noch Beiträge zu folgenden Themen erscheinen:

- Aggregatdatenanalyse
- Repräsentative Wahlstatistik

Drei weitere Parteien erhalten mehr als ein Prozent der Stimmen

Auf die 34 sonstigen Parteien, die in Rheinland-Pfalz zur Wahl standen, entfielen zusammen 11,9 Prozent der gültigen Stimmen. Drei dieser Parteien konnten jeweils mehr als ein Prozent der Stimmen auf sich vereinen: die FREIEN WÄHLER (2,9 Prozent), Die PARTEI (2,1 Prozent) und die Tierschutzpartei (1,5 Prozent).

Deutschland: GRÜNE sind zweitstärkste Partei hinter CDU/CSU

CDU und CSU kamen bei der Europawahl 2019 deutschlandweit zusammen auf 28,9 Prozent der Stimmen. Die GRÜNEN lagen mit 20,5 Prozent vor der SPD mit 15,8 Prozent. Die AfD erhielt elf Prozent, DIE LINKE 5,5 Prozent und die FDP 5,4 Prozent der Wählerstimmen.

SPD rutscht
auf Platz drei

CDU und CSU wurden – wie bei allen bisherigen Europawahlen – stärkste Partei in Deutschland. Der Stimmenanteil der CDU sank allerdings in allen Bundesländern, in denen sie antrat. Die Verluste lagen zwischen 11,5 und 0,5 Prozentpunkten. Die CSU erzielte in Bayern ein leichtes Plus von 0,2 Prozentpunkten. Mit einem Stimmenanteil von 40,7 Prozent wurde hier auch das beste Unionsergebnis erreicht. Den niedrigsten Stimmenanteil hatte die CDU in Berlin (15,2 Prozent).

CDU/CSU in
zehn Bundes-
ländern
stärkste Kraft

T 5

Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei der Europawahl 2019 nach Bundesländern

	CDU/CSU		SPD		GRÜNE		AfD		FDP		DIE LINKE	
Land	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung
	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte
Baden-Württemberg	30,8	-8,5	13,3	-9,7	23,3	+10,1	10,0	+2,1	6,8	+2,7	3,1	-0,5
Bayern	40,7	+0,2	9,3	-10,8	19,1	+7,0	8,5	+0,4	3,4	+0,3	2,4	-0,5
Berlin	15,2	-4,8	14,0	-10,0	27,8	+8,7	9,9	+2,0	4,7	+1,9	11,9	-4,3
Brandenburg	18,0	-7,0	17,2	-9,7	12,3	+6,2	19,9	+11,4	4,4	+2,3	12,3	-7,4
Bremen	21,9	-0,5	24,5	-9,9	22,7	+5,1	7,7	+1,9	4,7	+1,4	7,8	-1,7
Hamburg	17,7	-6,9	19,8	-14,0	31,1	+13,9	6,5	+0,5	5,6	+1,9	7,0	-1,6
Hessen	25,8	-4,8	18,4	-11,9	23,4	+10,5	9,9	+0,8	6,4	+2,3	4,4	-1,2
Mecklenburg-Vorpommern	24,5	-10,1	15,6	-5,6	10,8	+5,7	17,7	+10,7	3,9	+2,0	13,9	-5,7
Niedersachsen	29,9	-9,5	20,9	-11,6	22,6	+11,7	7,9	+2,5	5,0	+2,5	3,8	-0,2
Nordrhein-Westfalen	27,9	-7,7	19,2	-14,5	23,2	+13,1	8,5	+3,1	6,7	+2,7	4,2	-0,5
Rheinland-Pfalz	31,3	-7,1	21,3	-9,4	16,7	+8,6	9,8	+3,1	5,8	+2,1	3,1	-0,6
Saarland	32,5	-2,4	23,1	-11,3	13,2	+7,2	9,6	+2,8	3,7	+1,5	6,0	-0,6
Sachsen	23,0	-11,5	8,6	-7,0	10,3	+4,3	25,3	+15,2	4,7	+2,1	11,7	-6,6
Sachsen-Anhalt	23,2	-7,5	12,6	-9,1	9,2	+4,4	20,4	+14,1	4,9	+2,3	14,4	-7,4
Schleswig-Holstein	26,2	-8,2	17,1	-14,8	29,1	+16,7	7,5	+0,6	5,9	+2,1	3,7	-0,8
Thüringen	24,7	-7,1	11,0	-7,4	8,6	+3,6	22,5	+15,1	4,4	+2,3	13,8	-8,7
Deutschland	28,9	-6,5	15,8	-11,5	20,5	+9,8	11,0	+3,9	5,4	+2,0	5,5	-1,9

SPD nur noch
in Bremen auf
Platz eins

Die SPD verlor in allen Bundesländern Stimmenanteile. Die Verluste lagen zwischen 14,8 und 5,6 Prozentpunkten. Ihr bestes Ergebnis erzielte die SPD in Bremen. Mit einem Stimmenanteil von 24,5 Prozent wurde sie hier stärkste Partei. Der niedrigste Stimmenanteil ergab sich mit 8,6 Prozent in Sachsen.

GRÜNE sind
stärkste Partei
in Hamburg,
Schleswig-
Holstein und
Berlin

Die GRÜNEN konnten in allen Bundesländern Gewinne verbuchen. Der höchste Anstieg wurde mit +16,7 Prozentpunkten in Schleswig-Holstein verzeichnet. Ihr bestes Ergebnis erreichten die GRÜNEN in Hamburg mit 31,1 Prozent. In Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin wurden die GRÜNEN bei dieser Wahl stärkste Partei. Der geringste Anstieg

(+3,6 Prozentpunkte) und gleichzeitig auch das niedrigste Stimmenergebnis (8,6 Prozent) wurde in Thüringen erzielt.

AfD und FDP konnten jeweils in allen Bundesländern Gewinne für sich verbuchen. Die AfD wurde in Sachsen und in Brandenburg stärkste Kraft. Dagegen musste die Partei DIE LINKE in allen Ländern Verluste verbuchen.

AfD erzielt
höchsten
Stimmenanteil
in Sachsen und
Brandenburg

Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), ist Mitarbeiterin im Referat „Veröffentlichungen“; Dr. Martin Jacobs ist Referent im Referat „Analysen Staat, Soziales“.

Statistische Analyse N° 50**„Europawahl 2019 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“**

Diese und weitere interessante Informationen zur Europawahl 2019 erhalten Sie in der Publikation „Europawahl 2019 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“. Sie steht im Internet zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de zur Verfügung.

Darin finden Sie neben einer textlichen Kommentierung der vorläufigen amtlichen Endergebnisse auch ausführliche Tabellen und Grafiken sowie kartografische Darstellungen.

**Vorankündigung:****Statistische Analyse „Europawahl 2019 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik“**

Im Rahmen der Repräsentativen Wahlstatistik untersucht das Statistische Landesamt die Wahlbeteiligung und das Wählerverhalten nach Alter und Geschlecht.

Dafür werden in ausgewählten Stimmbezirken die Stimmzettel mit entsprechenden Markierungen versehen. Darüber hinaus werden die Wählerverzeichnisse ausgewertet, um Erkenntnisse über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter zu erlangen.

Dadurch werden die Stimmzettel von rund fünf Prozent aller Wählerinnen und Wähler in Rheinland-Pfalz untersucht. Die Statistische Analyse wird im Herbst im Internet verfügbar sein unter www.statistik.rlp.de.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2018

Außenhandel



Von Diane Dammers

In der Veröffentlichung „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2018“ wird die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres detailliert dargestellt. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse des Themenbereichs „Außenhandel“ vorgestellt.

Der Außenhandel ist für die rheinland-pfälzische Wirtschaft von großer Bedeutung. Mehr als die Hälfte der Industrieproduktion wird exportiert. Der Wert der ausgeführten Waren ist 2018 kräftig gestiegen und erreichte einen neuen Rekordwert. Das Wachstum resultiert überwiegend aus einer starken Zunahme der Konsumgüterexporte, aber auch die Ausfuhren von Investitions- und Landwirtschaftsgütern lagen über dem Vorjahresniveau.

Exporte steigen das neunte Mal in Folge

Stärkster
Zuwachs
seit 2011

Der längerfristige Trend steigender Exporte blieb 2018 ungebrochen. Der Wert der aus Rheinland-Pfalz ausgeführten Waren nahm das neunte Jahr in Folge zu. Das Wachstum hat sich 2018 weiter beschleunigt. Der Wert der Ausfuhren stieg kräftig um 9,3 Prozent; dies war der stärkste Zuwachs seit 2011 (Deutschland: +3 Prozent). Unternehmen aus Rheinland-Pfalz exportierten Waren im Wert von 59,9 Milliarden Euro ins Ausland; das waren 5,1 Milliarden Euro mehr als 2017. Dieser Zuwachs wurde in einem weltwirtschaftlichen Umfeld erzielt, das sich schwächer entwickelte als im Vorjahr. Das Welthandelsvolumen erhöhte sich 2018 um 3,3 Prozent nach +4,7 Prozent im Jahr zuvor.

Eine Betrachtung der vier Quartale zeigt, dass das Wachstum der rheinland-pfälzi-

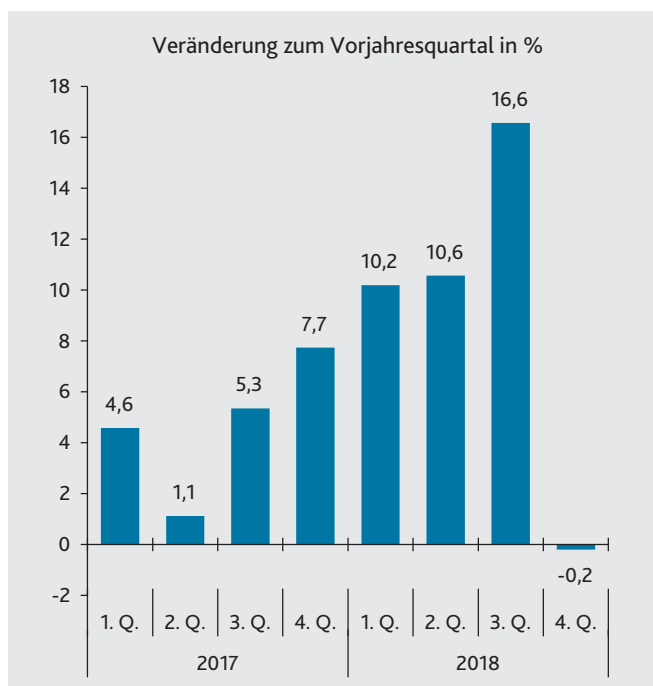
schen Ausfuhren zum Jahresende 2018 zum Erliegen kam. Nach Steigerungen um zehn bzw. elf Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in den ersten beiden Quartalen erreichte die Zuwachsrate mit +17 Prozent im dritten Quartal ihren höchsten Stand. Im vierten Quartal lagen die Exporte hingegen in etwa auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums (–0,2 Prozent).

Die außergewöhnlich starke Zunahme der Ausfuhren im Jahr 2018 ist im Wesentlichen auf die Steigerung der Konsumgüterexporte zurückzuführen. Es wurden Konsumgüter im Wert von 17,2 Milliarden Euro ins Ausland geliefert; das waren 29 Prozent der rheinland-pfälzischen Ausfuhren. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich ihr Wert um 4,5 Milliarden Euro bzw. 36 Prozent (Deutschland: +3,9 Prozent). Der Grund für diesen Anstieg

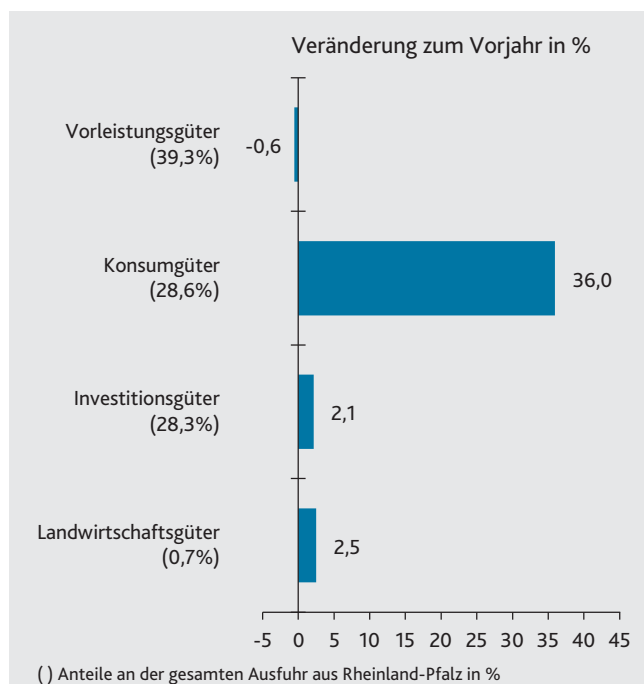
Höchste Zu-
wachsrate
im dritten
Quartal

Konsum-
güterexporte
nehmen
deutlich zu

G 1

Ausfuhren 2017 und 2018
nach Quartalen

G 2

Ausfuhren 2018
nach ausgewählten Güterhauptgruppen

ist die starke Zunahme der Ausfuhr „Pharmazeutischer Spezialitäten“ (insbesondere Medikamente), die sich um 72 Prozent auf 10,8 Milliarden Euro erhöhte. Im Jahr 2018 machten Pharmazeutische Spezialitäten 18 Prozent der rheinland-pfälzischen Ausfuhren aus und lösten damit „Chemische Grundstoffe, Düngemittel, Stickstoffverbindungen, Kunststoffe in Primärformen“ als wichtigstes Exportgut ab. Die Ausfuhr Pharmazeutischer Grundstoffe legte ebenfalls zu (+2,9 Prozent auf 1,2 Milliarden Euro).

Investitions-
güterexporte
steigen
ebenfalls

In geringerem Umfang als die Konsumgüter trugen auch die Investitionsgüter zum Anstieg der Ausfuhren bei. Ihr Exportwert erhöhte sich 2018 um 0,4 Milliarden Euro bzw. 2,1 Prozent auf 16,9 Milliarden Euro (Deutschland: +0,9 Prozent). Das entspricht einem Anteil von 28 Prozent an den gesamten Ausfuhren. Das bedeutendste Exportgut im Investitionsgüterbereich sind

„Kraftwagen und Kraftwagenmotoren“, die 9,6 Prozent zu den Ausfuhren beisteuerten. Ihr Wert belief sich auf 5,8 Milliarden Euro, was einen Anstieg um 2,5 Prozent bedeutet. Der Export von „Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige“ (z. B. Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen), die 5,7 Prozent der rheinland-pfälzischen Ausfuhren ausmachen, ging um 2,5 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro zurück.

Rund 39 Prozent der rheinland-pfälzischen Warenexporte entfallen auf Vorleistungsgüter einschließlich Energie. Ihr Exportwert ist 2018 gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,6 Prozent auf 23,6 Milliarden Euro gesunken (Deutschland: +4 Prozent). Rund 13 Prozent der rheinland-pfälzischen Warenlieferungen ins Ausland waren „Chemische Grundstoffe, Düngemittel, Stickstoffverbindungen, Kunststoffe in Primärformen“, die im Vorleistungsgüterbereich das wich-

Vorleistungs-
güterexporte
leicht rück-
läufig

tigste Exportgut sind. Ihre Ausfuhr nahm um 2,7 Prozent auf 7,9 Milliarden Euro ab; insbesondere in der zweiten Jahreshälfte gab es deutliche Einbußen. Dazu dürften unter anderem die Produktions- und Absatzschwierigkeiten aufgrund des extremen Niedrigwassers des Rheins beigetragen haben. Auch bei den anderen Warengruppen aus dem Chemiebereich waren Rückgänge zu verzeichnen. Die Ausfuhr von Metallen legte hingegen zu.

Starker Anstieg der Exporte in die Länder der Eurozone

Exporte nach Europa steigen um elf Prozent

Europa, die Europäische Union (EU) und der Euroraum sind die wichtigsten Absatzmärkte für die rheinland-pfälzischen Unternehmen, die 2018 Waren im Wert von 42,6 Milliarden Euro in Länder auf dem europäischen Kontinent exportierten. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine deutliche Stei-

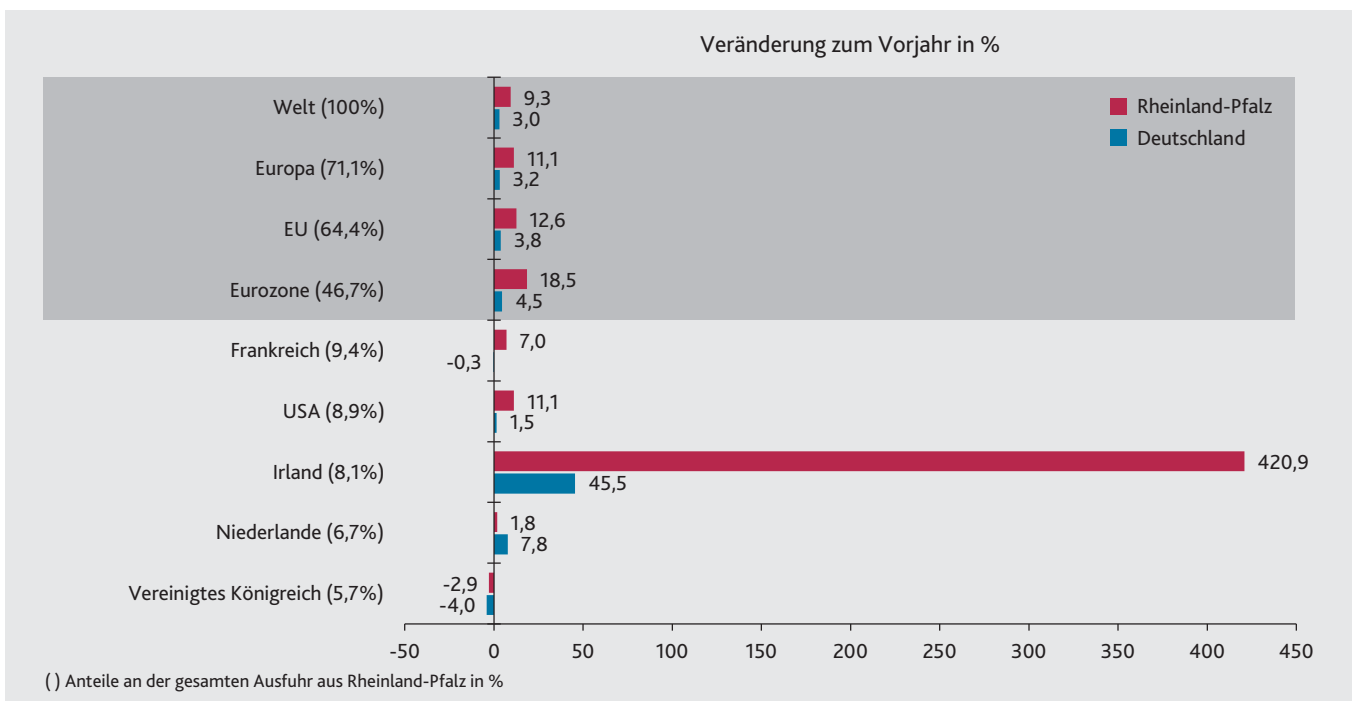
gerung (+11 Prozent; Deutschland: +3,2 Prozent). Der Zuwachs ist auf den Anstieg der Warenlieferungen in die EU zurückzuführen, die sich um 13 Prozent auf 38,6 Milliarden Euro erhöhten (Deutschland: +3,8 Prozent).

Der Grund für die starke Steigerung bei den Ausfuhren in die EU ist die günstige Entwicklung der Exporte in die Eurozone, die 2018 um 18 Prozent zulegten (Deutschland: +4,5 Prozent). In die 18 anderen Euroländer wurden Waren im Wert von 28 Milliarden Euro geliefert; das waren 47 Prozent der Ausfuhren. In die meisten Länder der Eurozone wurde mehr exportiert als im Vorjahr. Besonders stark fiel der Anstieg der Ausfuhren nach Irland ins Gewicht, die 2018 mit 4,8 Milliarden Euro etwa fünfmal so hoch waren wie im Vorjahr. Dadurch rückte Irland zum drittwichtigsten Handelspartner im Exportbereich auf (2017: Rang 16). Der Grund für dieses Wachstum ist der

Ausfuhren nach Irland nehmen besonders stark zu

G 3

Ausfuhren aus Rheinland-Pfalz und aus Deutschland 2018 nach ausgewählten Ländergruppen und Ländern



Boom bei der Ausfuhr von „Pharmazeutischen Spezialitäten“. Das Geschäft mit dem wichtigsten Handelspartner Frankreich lief ebenfalls wesentlich besser als im Jahr zuvor (+7 Prozent). Dies ist auf deutliche Zuwächse beim Export von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie Maschinen zurückzuführen. Nach Frankreich wurden Waren im Wert von 5,6 Milliarden Euro geliefert, was 9,4 Prozent der rheinland-pfälzischen Exporte entspricht.

Erneuter
Rückgang bei
Exporten in
das Vereinigte
Königreich

Die Ausfuhren in die neun EU-Länder außerhalb der Eurozone waren 2018 leicht rückläufig. Sie nahmen um 0,5 Prozent auf 10,6 Milliarden Euro ab (Deutschland: +2,7 Prozent). Ihr Anteil an den gesamten Exporten belief sich auf 18 Prozent. Bis zum EU-Austritt ist das Vereinigte Königreich der wichtigste Handelspartner in dieser Ländergruppe. Im Jahr 2018 wurden dorthin Waren im Wert von 3,4 Milliarden Euro exportiert. Unter allen Abnehmerländern belegte das Land Rang fünf mit einem Anteil von 5,7 Prozent an den rheinland-pfälzischen Ausfuhren. Die Exporte ins Vereinigte Königreich sind 2018 – wie im Vorjahr – gesunken (–2,9 Prozent). Einbußen gab es z. B. bei dem im Warenverkehr mit dem Vereinigten Königreich wichtigsten Exportgut Kraftwagen und Kraftwagenteile (–4,7 Prozent) sowie bei Chemischen und Pharmazeutischen Erzeugnissen (–11 bzw. –12 Prozent). Eine Ursache für den Rückgang könnte die Wechselkursentwicklung sein: Der Euro hat 2018 gegenüber dem Britischen Pfund weiter an Wert gewonnen, was Exporte aus der Eurozone in das Vereinigte Königreich verteuert und tendenziell dämpfend auf die Nachfrage wirkt. Zudem hat sich das Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds 2018 weiter abgeschwächt.

Die Ausfuhren in die europäischen Länder, die nicht der EU angehören, sind 2018 um 1,3 Prozent gesunken (Deutschland: –0,8 Prozent). In diese Länder wurden Waren im Wert von vier Milliarden Euro geliefert; das waren 6,7 Prozent der gesamten Exporte. Der bedeutendste Handelspartner in dieser Ländergruppe ist die Schweiz, die unter allen Abnehmerländern den zwölften Platz belegt. Die Ausfuhren in die Eidgenossenschaft nahmen um 3,8 Prozent zu, während auf anderen wichtigen Absatzmärkten deutliche Einbußen zu verzeichnen waren: Die Ausfuhren in die Türkei verringerten sich um zwölf Prozent und die Lieferungen in die Russische Föderation um 4,7 Prozent.

Exporte in europäische Länder außerhalb der EU sinken

Rund 29 Prozent der Ausfuhren gingen in Länder außerhalb Europas, vor allem nach Amerika und Asien. Die Exporte in die Länder auf dem amerikanischen Kontinent sind 2018 kräftig um 9,8 Prozent gestiegen (Deutschland: +2,9 Prozent). Nach Amerika wurden Waren im Wert von 7,6 Milliarden Euro geliefert, was einem Anteil von 13 Prozent an den rheinland-pfälzischen Ausfuhren entspricht. Der bedeutendste Handelspartner auf dem amerikanischen Kontinent und zugleich das zweitwichtigste Abnehmerland für Waren aus Rheinland-Pfalz sind die USA. Die Exporte in die Vereinigten Staaten stiegen 2018 kräftig um elf Prozent auf 5,3 Milliarden Euro. Ein wesentlicher Grund für diesen Zuwachs ist die starke Zunahme der Ausfuhr Pharmazeutischer Erzeugnisse um 29 Prozent. Aber auch der Wert der exportierten Maschinen erhöhte sich um 8,8 Prozent. Die Ausfuhr von Metallen schrumpfte hingegen um 18 Prozent. Unter den Zielländern auf dem amerikanischen Kontinent folgt Brasilien an zweiter Stelle; die Ausfuhren dorthin legten ebenfalls deutlich zu (+21 Prozent). Nahezu unverändert blieben die Exporte nach Mexiko (–0,1 Prozent).

Ausfuhren in die USA mit kräftigem Zuwachs

Exporte nach
China nehmen
deutlich zu

Die Ausfuhren in asiatische Länder nahmen 2018 nur leicht zu. Es wurden Waren im Wert von 7,6 Milliarden Euro auf den asiatischen Kontinent exportiert; das waren 0,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor (Deutschland: +3,6 Prozent). Der mit Abstand wichtigste Handelspartner in Asien ist die Volksrepublik China, die unter allen Abnehmerländern auf dem zehnten Rang liegt. Die Ausfuhren nach China stiegen deutlich um 14 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro. Besonders hohe Zuwächse gab es beim Absatz von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+93 Prozent). Aber auch die Exporte von Pharmazeutischen und Chemischen Erzeugnissen legten zu (+12 bzw. +3,6 Prozent). Dass die Lieferungen nach Asien trotzdem nur leicht stiegen, ist unter anderem auf den Rückgang der Ausfuhren nach Japan (-2,8 Prozent) und nach Korea (-11 Prozent) zurückzuführen.

Ausfuhren in
afrikanische
Länder steigen

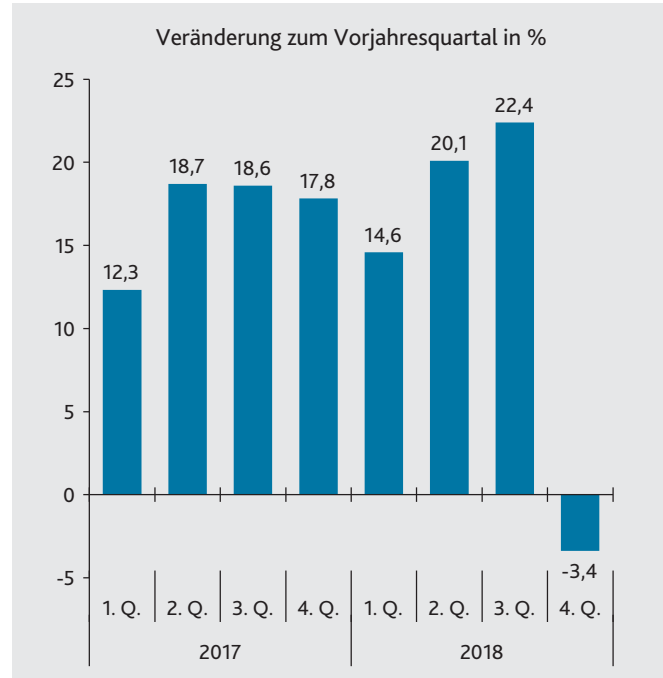
Die Kontinente Afrika sowie Australien und Ozeanien haben als Zielregionen für rheinland-pfälzische Exporte nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung (Anteile 2,4 bzw. 1,1 Prozent). Die Ausfuhren in afrikanische Länder erhöhten sich 2018 um 4,9 Prozent, und die Lieferungen nach Australien und Ozeanien nahmen um 5,8 Prozent zu.

Importe steigen stark

Die Einfuhren nach Rheinland-Pfalz sind 2018 kräftig gestiegen. Besonders stark nahmen die Konsumgüterimporte zu, aber auch die Einfuhren von Vorleistungsgütern erhöhten sich deutlich. Der Wert der Importe ist wesentlich niedriger als der Wert der aus dem Land exportierten Waren. Im Importbereich haben die EU-Länder einen noch höheren Stellenwert als im Exportgeschäft. Die bedeutendsten Handelspartner sind die Euroländer Italien, Niederlande,

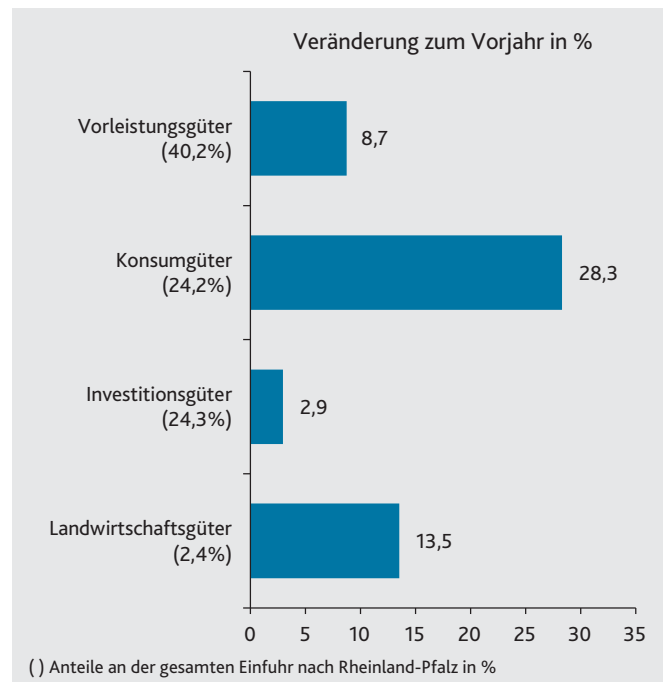
G 4

Einfuhren 2017 und 2018 nach Quartalen



G 5

Einfuhren 2018 nach ausgewählten Güterhauptgruppen



Frankreich, Belgien und Irland. Dahinter liegen die Vereinigten Staaten als wichtigster

außereuropäischer Handelspartner auf dem sechsten Rang.

Wert der
Importe um
13 Prozent
höher als 2017

Im Jahr 2018 wurden Waren im Wert von 45,7 Milliarden Euro nach Rheinland-Pfalz importiert; das waren 5,3 Milliarden Euro mehr als 2017. Mit +13 Prozent fiel der Anstieg erneut ungewöhnlich stark aus (2017: +17 Prozent; Deutschland 2018: +5,7 Prozent). Die Steigerung kommt durch die dynamische Entwicklung in den ersten drei Quartalen zustande, in denen zweistellige Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum zu verzeichnen waren. Im vierten Quartal fielen die Einfuhren hingegen um 3,4 Prozent geringer aus als ein Jahr zuvor.

Vorleistungs-
güterimporte
steigen um
8,7 Prozent

Auch für das Importgeschäft spielen Vorleistungsgüter (einschließlich Energie) eine große Rolle. Sie machten 2018 rund 40 Prozent der rheinland-pfälzischen Einfuhren aus. Die Vorleistungsgüterimporte sind gegenüber 2017 um 8,7 Prozent auf 18,4 Milliarden Euro gestiegen (Deutschland: +8,9 Prozent). Das wichtigste Importgut sind „Chemische Grundstoffe, Düngemittel, Stickstoffverbindungen, Kunststoffe in Primärformen“ mit einem Anteil von 13 Prozent an den gesamten Einfuhren. Ihr Importwert erhöhte sich deutlich um 25 Prozent, was aber zum Teil durch gestiegene Einfuhrpreise zu erklären ist. Rückläufig war hingegen trotz höherer Preise der Wert der importierten Mineralölerzeugnisse (–3,4 Prozent).

Kräftiger
Zuwachs bei
Konsumgüter-
importen

Konsumgüter trugen 24 Prozent zu den gesamten Einfuhren bei. Ihr Wert stieg 2018 kräftig um 28 Prozent (Deutschland: +1,3 Prozent). Die größte Bedeutung unter den importierten Konsumgütern haben „Pharmazeutische Grundstoffe“, die 9,8 Prozent der gesamten Einfuhren ausmachten.

Ihr Wert hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Einfuhr „Pharmazeutischer Spezialitäten“ legte um elf Prozent zu.

Die Investitionsgüterimporte beliefen sich 2018 auf 11,1 Milliarden Euro, was einem Anteil von 24 Prozent an den Einfuhren entspricht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Zunahme um 2,9 Prozent (Deutschland: +2,3 Prozent). Unter den importierten Investitionsgütern haben Kraftwagen und Kraftwagenmotoren die größte Bedeutung. Sie trugen 4,6 Prozent zu den gesamten Einfuhren bei. Ihr Wert stieg um 16 Prozent. Rückläufig waren hingegen die Importe von Luft- und Raumfahrzeugen sowie von „sonstigen Maschinen“.

Einfuhr von
Investitions-
gütern steigt
um 2,9 Prozent

Importe aus der Eurozone legen deutlich zu

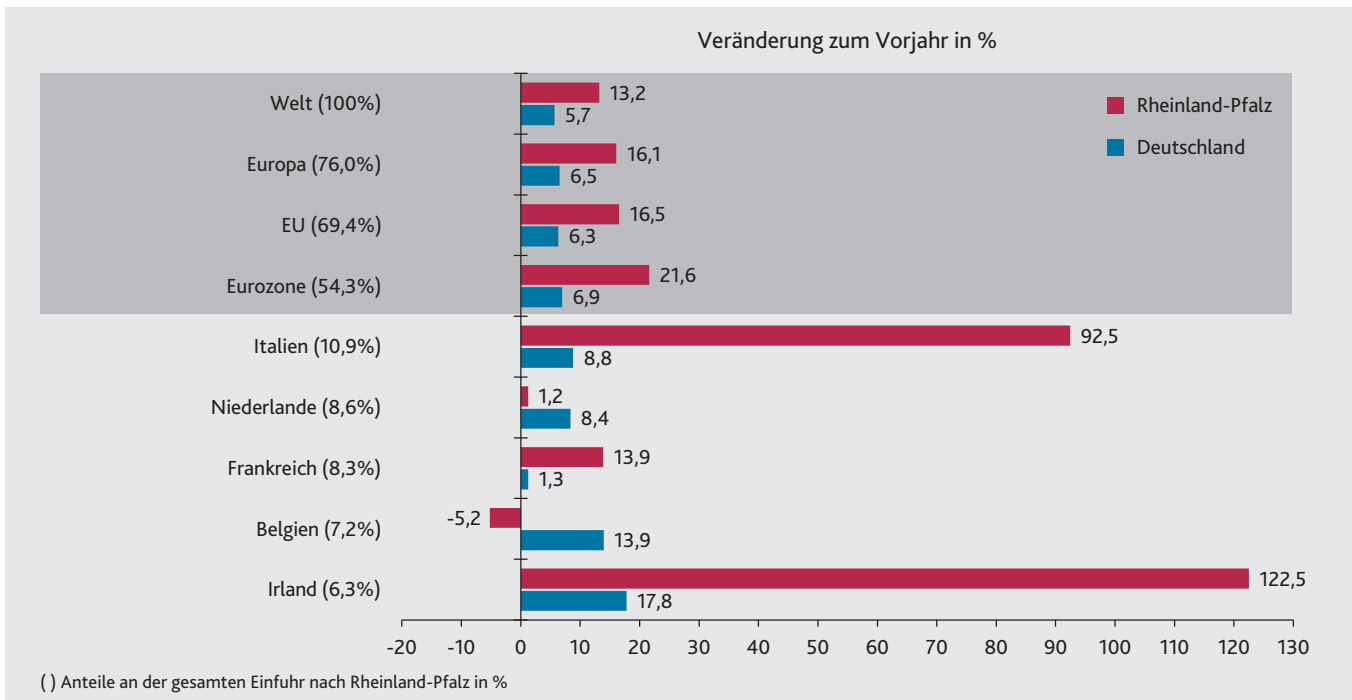
Aus europäischen Ländern wurden 2018 Waren im Wert von 34,7 Milliarden Euro importiert (+16 Prozent; Deutschland: +6,5 Prozent). Ein großer Teil der Lieferungen kam aus EU-Ländern: Die Einfuhren von dort beliefen sich auf 31,7 Milliarden Euro, was einen Anteil von 69 Prozent an allen rheinland-pfälzischen Importen ausmacht. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Lieferungen aus der EU um 17 Prozent (Deutschland: +6,3 Prozent).

69 Prozent
der Importe
kommen aus
EU-Ländern

Der starke Anstieg der Importe aus der EU ist in erster Linie auf die Zunahme der Einfuhren aus der Eurozone zurückzuführen. Die Lieferungen aus den Euroländern lagen mit 24,8 Milliarden Euro um 22 Prozent über dem Niveau von 2017 (Deutschland: +6,9 Prozent). Aus dem Euroraum kommt mehr als die Hälfte aller rheinland-pfälzischen Einfuhren. Die fünf wichtigsten Handelspartner im Importgeschäft – Italien, die

Die fünf wich-
tigsten Han-
delspartner
sind Teil der
Eurozone

G 6

Einfuhren nach Rheinland-Pfalz und nach Deutschland 2018
nach ausgewählten Ländergruppen und Ländern

**Starker Anstieg
der Einfuhren
aus Italien
und Irland**

Niederlande, Frankreich, Belgien und Irland – sind alle Teil der Eurozone. Die Einfuhren aus Italien sind 2018 sehr stark gestiegen (+92 Prozent). Dadurch rückte das Land von Rang fünf im Vorjahr zum wichtigsten Handelspartner im Importbereich auf. Der Zuwachs ist im Wesentlichen auf eine kräftige Steigerung der Einfuhr Pharmazeutischer Erzeugnisse zurückzuführen. Der Import Chemischer Erzeugnisse lag ebenfalls deutlich über dem Vorjahresniveau. Stark zugenommen haben auch die Lieferungen aus Irland, das von Rang 13 auf den fünften Rang der wichtigsten Lieferländer aufstieg. Die Hauptursache war der starke Anstieg bei der Einfuhr Chemischer Erzeugnisse; zugleich fielen aber auch die Lieferungen von Pharmazeutischen Erzeugnissen wesentlich höher aus als im Jahr zuvor. Die Importe aus den Niederlanden und aus Frankreich nahmen ebenfalls zu, der Wert der aus Belgien

eingeführten Waren war hingegen niedriger als 2017.

Rund 15 Prozent der rheinland-pfälzischen Importe stammen aus EU-Ländern außerhalb des Euroraums. Die Einfuhren aus dieser Ländergruppe erhöhten sich 2018 um 1,3 Prozent auf 6,9 Milliarden Euro (Deutschland: +5,2 Prozent). Der wichtigste Handelspartner in dieser Ländergruppe ist Polen. Der Wert der aus dem Land importierten Waren nahm um elf Prozent zu. Die Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich, das an zweiter Stelle folgt, stiegen um 4,8 Prozent.

Bei den Importen aus europäischen Ländern außerhalb der EU gab es 2018 einen kräftigen Zuwachs. Sie nahmen um zwölf Prozent auf drei Milliarden Euro zu (Deutschland: +7,6 Prozent). An den rheinland-pfälzischen Einfuhren hatte diese Ländergruppe einen

**Einfuhren aus
EU-Ländern
außerhalb
der Eurozone
steigen um
1,3 Prozent**

**Kräftiges Plus
bei den Ein-
fuhren aus der
Türkei**

Anteil von 6,6 Prozent. Die Schweiz ist in dieser Ländergruppe der wichtigste Handelspartner. Die Importe aus der Eidgenossenschaft lagen 2018 um 4,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. Besonders kräftig stiegen die Einfuhren aus der Türkei (+34 Prozent). Die Lieferungen aus der Russischen Föderation legten ebenfalls zu (+7,4 Prozent). Ein Grund dafür könnte die Abwertung der Türkischen Lira bzw. des Russischen Rubel gegenüber dem Euro sein, die die Einfuhren aus diesen Ländern in die Eurozone verbilligt hat.

Importe aus China steigen weniger stark als die Exporte in die Volksrepublik

Fast ein Viertel der rheinland-pfälzischen Importe kommt aus Ländern außerhalb Europas. Rund 15 Prozent der Waren stammten 2018 aus asiatischen Ländern. Der wichtigste Handelspartner in Asien ist die Volksrepublik China, die 6,1 Prozent zu den rheinland-pfälzischen Einfuhren beitrug. Die Importe aus China stiegen um 7,7 Prozent. Der Wert der Einfuhren aus China ist größer als der Wert der dorthin gelieferten Waren.

Diese Differenz hat sich 2018 verringert, da die Exporte stärker zulegten als die Importe.

Warenlieferungen aus amerikanischen Ländern machten 7,7 Prozent der Einfuhren aus. Der Großteil davon kam aus den USA mit einem Anteil von 6,3 Prozent an allen rheinland-pfälzischen Importen. Der Wert der Einfuhren aus den Vereinigten Staaten ist zwar 2018 um 9,9 Prozent gestiegen, trotzdem fiel das Land vom vierten auf den sechsten Rang der Handelspartner zurück. Aus den USA werden weniger Waren eingeführt als dorthin geliefert werden. Da 2018 die Importe aus den Vereinigten Staaten etwas schwächer stiegen als die Exporte, hat sich der Abstand zwischen dem Wert der Aus- und Einfuhr vergrößert.

USA auf Rang sechs der Handelspartner

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Analysen Wirtschaft“.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2018

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2018 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2018“. Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

Die Analyse steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/analysen/ zur Verfügung.



Pflegebedürftige Menschen 2017

**Immer mehr Menschen in Rheinland-Pfalz erhalten Pflegeleistungen;
Ausbau des ambulanten und stationären Angebots schreitet voran**



Von Markus Elz

Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen gewinnt angesichts des demografischen Wandels eine immer größere Bedeutung. Die Zahl Pflegebedürftiger hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht und wird infolge einer alternden Bevölkerung voraussichtlich auch zukünftig weiter steigen. Die pflegerische Versorgung erfolgt überwiegend zu Hause durch

Angehörige oder zusammen mit einem bzw. durch einen ambulanten Pflegedienst. Daneben ist rund ein Viertel der Pflegebedürftigen vollstationär in einem Heim untergebracht.

Immer mehr pflegebedürftige Menschen

Demografischer Wandel

Es gibt immer mehr Menschen, die im Alltag dauerhaft pflegerische Hilfe benötigen. Die Zahl der Pflegebedürftigen (im Sinne des Sozialgesetzbuches XI) ist seit der ersten Erhebung der amtlichen Pflegestatistik im Jahr 1999 von rund 92 300 auf knapp 161 200 im Jahr 2017 gestiegen (+68 900 bzw. +75 Prozent). Hintergrund dieser Entwicklung ist der demografische Wandel, der zu einer wachsenden Zahl älterer Menschen führt. Diese unterliegen natürlicherweise einem höheren Risiko pflegebedürftig zu werden. Acht von zehn Pflegebedürftigen (78 Prozent) sind 70 Jahre oder älter, sechs von zehn (58 Prozent) haben bereits das 80. Lebensjahr vollendet.

Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen

Landesamtes¹ mit dem Basisjahr 2013 wird die Zahl der Menschen im Alter ab 70 Jahren bis 2035 um fast 40 Prozent steigen. Bei rückläufiger Gesamtbevölkerung wird damit der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung erheblich wachsen. Dies bedeutet nicht, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen im gleichen Ausmaß erhöhen muss, verdeutlicht aber die erheblich zunehmenden Herausforderungen an die pflegerische Versorgung der Bevölkerung.

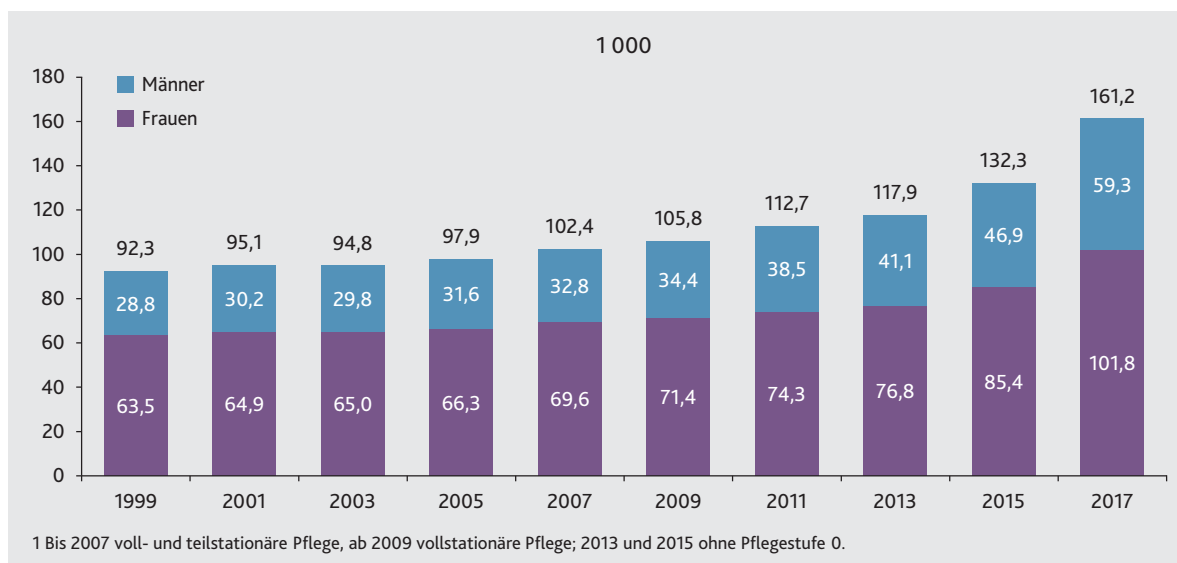
Im kurzfristigen Vergleich hat die Zahl der Pflegebedürftigen zur Vorerhebung im Jahr 2015 deutlich um 22 Prozent zugenommen. Neben den genannten demografischen Aspekten ist bei der Interpretation dieser Ent-

Fast 300 000 mehr 70-Jährige und Ältere im Jahr 2037

Weiter gefasster Pflegebedürftigkeitsbegriff lässt Fallzahlen im Vergleich zu 2015 deutlich steigen

² Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2060 – Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2017). Bad Ems 2019.

G 1

Pflegebedürftige¹ 1999–2017 nach Geschlecht


wicklung zudem der seit dem Jahr 2017 gültige weiter gefasste Pflegebedürftigkeitsbegriff im Rahmen des Pflegestärkungsgesetzes II zu berücksichtigen. Seitdem werden mehr Menschen als pflegebedürftig eingestuft als vor der Umstellung. Insbesondere sind hier geringfügig eingeschränkte Personen zu nennen, die dem neu geschaffenen Pflegegrad 1 zugeordnet werden. Der Anstieg der Empfängerzahlen relativiert sich, wenn die Gruppe der Pflegebedürftigen ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz (so genannte Pflegestufe 0) im Zeitverlauf berücksichtigt wird: Während der beiden vorangegangenen Erhebungen hat sich allein dieser Kreis von rund 4 600 Personen im Jahr 2013 auf 8 600 Personen im Jahr 2015 erhöht (+84 Prozent). Diese Menschen erhalten aufgrund von Einschränkungen infolge einer Demenz, einer geistigen Behinderung oder einer psychischen Erkrankung bereits seit 2013 Pflegeleistungen, werden jedoch erst seit Jahresbeginn 2017 als Pflegebedürftige im Sinne des SGB XI eingestuft.

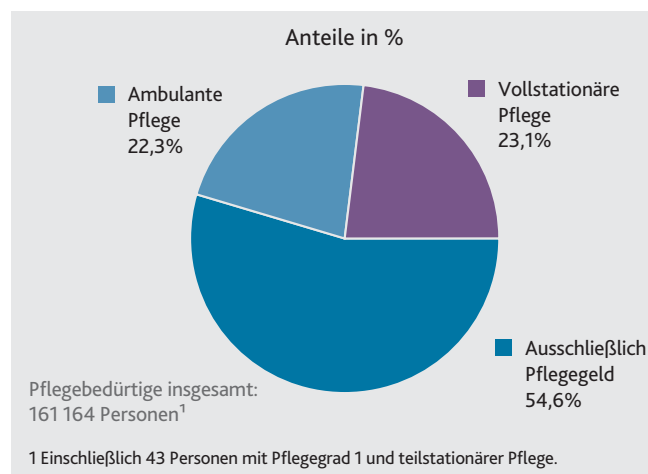
Pflegerische Versorgung überwiegend zu Hause

Nur knapp jede bzw. jeder vierte Pflegebedürftige ist im Rahmen einer vollstationären Versorgung in einem Heim untergebracht, im Jahr 2017 waren dies rund 37 100 Personen. Knapp 36 000 pflegebedürftige Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer (22 Prozent der Leistungsberechtigten) erhielten innerhalb

Vollstationäre Versorgung lediglich bei jeder bzw. jedem Vierten

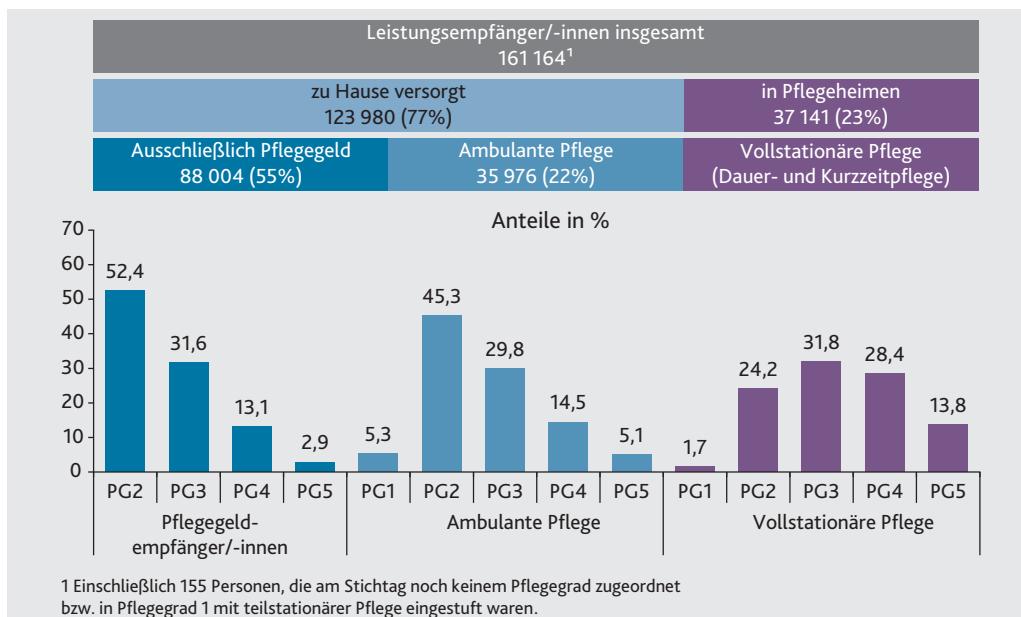
G 2

Pflegebedürftige 2017 nach Art der Pflegeleistung



G 3

Struktur der Pflegebedürftigkeit 2017 nach Art der Versorgung und Pflegegrad (PG)



Pflegeversicherung und Pflegestatistik

Die Pflegeversicherung wurde in den Jahren 1995 und 1996 als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung eingeführt. Auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches XI (§ 109 SGB XI) und der Pflegestatistik-Verordnung vom 24. November 1999 werden alle zwei Jahre Erhebungen zur Pflegestatistik durchgeführt.

Ziel der Statistik ist die Gewinnung von Informationen zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung.

Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen:

- Die statistischen Landesämter befragen jeweils zum 15. Dezember alle
 - ambulanten Pflegedienste und
 - stationären Pflegeeinrichtungen.
- Angaben zu den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern werden bei den Spitzenverbänden der Pflegekassen zentral durch das Statistische Bundesamt zum 31. Dezember erhoben und den Bundesländern zugeordnet.

Die Erhebungsteile werden zu einem Gesamtergebnis zusammengefasst. Dabei wird dem

Umstand Rechnung getragen, dass Empfängerinnen und Empfänger von Pflegegeld bereits in der ambulanten Pflegestatistik oder – in Fällen von Kurzzeit- oder Verhinderungspflege – bei der stationären Pflegestatistik erfasst sein können. Mehrfachzählungen werden also bei der Ermittlung der Gesamtzahl pflegebedürftiger Menschen herausgerechnet.

Anpassungen der Rechtsgrundlagen berücksichtigen die geänderten Anforderungen an die pflegerische Versorgung. Hier sind insbesondere das Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung, sowie das erste und das zweite Pflegestärkungsgesetz zu nennen.

Zur Verbesserung der Möglichkeiten regional tief gegliederter Ergebnisse wurde mit der Pflegestatistik 2013 die Erhebung wohnortbezogener Angaben zu den ambulant versorgten Pflegebedürftigen eingeführt. Mit der Pflegestatistik 2017 wurden zudem Angaben zum früheren Wohnort stationär versorgter Pflegebedürftiger erhoben. In Rheinland-Pfalz wurden diese Merkmale auf freiwilliger Basis bereits seit 2009 erhoben.

der eigenen vier Wände Unterstützung durch einen ambulanten Pflegedienst.

Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen weder ambulant noch stationär versorgt

Die meisten Pflegebedürftigen werden weder in einem Pflegeheim noch von einem ambulanten Pflegedienst versorgt. Sie erhalten ausschließlich Pflegegeld und werden zu Hause – überwiegend durch Angehörige – betreut. Im Rahmen der Erhebung 2017 traf dies auf 88 000 Menschen, also auf über die Hälfte aller Pflegebedürftigen, zu.

Grundsatz „ambulant vor stationär“

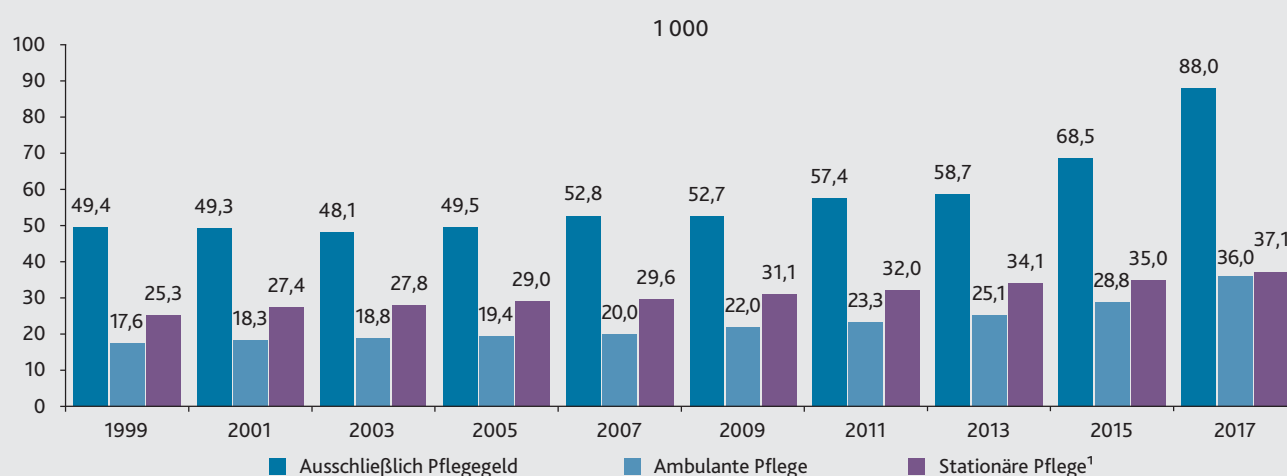
Die Betreuung pflegebedürftiger Menschen erfolgt somit überwiegend zu Hause durch Angehörige oder zusammen mit bzw. ausschließlich durch einen ambulanten Pflegedienst. Werden die Personen, die ausschließlich Pflegegeld erhalten sowie die ambulant Versorgten zusammenge-rechnet, zeigt sich, dass gut drei Viertel (77 Prozent) eine pflegerische Betreuung im vertrauten häuslichen Umfeld erhalten. Im Jahr 1999 lag dieser Anteil bei 73 Prozent, sank zwischen 2001 und 2013 auf

rund 71 Prozent, um dann ab 2015 wieder anzusteigen. Der im Sozialgesetzbuch (SGB XI – Soziale Pflegeversicherung) ausdrücklich eingeräumte Vorrang der häuslichen Pflege kommt hier auch zahlenmäßig zum Ausdruck.

Seit der ersten Erhebung im Jahr 1999 zeigen alle drei Arten der pflegerischen Versorgung einen nahezu kontinuierlichen Anstieg der Versorgungsfälle. In der ambulanten Pflege gab es zwischen 1999 und 2017 – relativ betrachtet – die größte Wachstumsdynamik (+105 Prozent bzw. +18 400 Personen). Die Zahl der reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 78 Prozent; absolut betrachtet ist dies mit einem Plus von 38 600 Personen der größte Zuwachs aller Versorgungsformen. Die geringsten relativen wie absoluten Zuwächse verzeichnete die vollstationäre Versorgung (+47 Prozent bzw. +11 800 Personen).

Ambulante Pflege wächst langfristig am stärksten

G 4 Pflegebedürftige 1999–2017 nach Art der Pflegeleistung



¹ Bis 2007 voll- und teilstationäre Pflege, ab 2009 nur vollstationäre Pflege; 2013 und 2015 ohne damalige Pflegestufe 0.

Gesamtzahl der Pflegebedürftigen und zeitliche Vergleichbarkeit

Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße (§ 15 SGB XI) der Hilfe bedürfen (§ 14 Absatz 1 SGB XI). Im Sinne dieser Legaldefinition wurden die in den Jahren 2013 und 2015 erfassten Personen ohne Pflegestufe mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz (Pflegestufe 0) nicht zu den Pflegebedürftigen gerechnet, damit die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen und deren Untergliederungen mit den Vorjahren vergleichbar bleiben.

Bei der Veröffentlichung werden ab dem Berichtsjahr 2017 Personen ohne Angabe zum männlichen oder weiblichen Geschlecht (§ 22 Absatz 3 Personenstandsgesetz (PStG)) dem weiblichen Geschlecht zugeordnet.

Folgende Sachverhalte schränken die zeitliche Vergleichbarkeit der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen ein:

(1) Bei der Ermittlung der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen werden seit der Erhebung zum 15. Dezember 2009 die teilstationär Versorgten nicht mehr einbezogen. Diese erhalten, vor allem seit der Reform der Pflegeversicherung im Sommer 2008, in der Regel parallel auch Pflegegeld und/oder ambulante Sachleistungen und werden somit bereits dort als Leistungsempfänger gezählt. Um Mehrfachzählungen zu vermeiden, werden deshalb die Empfänger teilstationärer Pflege nur nachrichtlich ausgewiesen. Ausgenommen sind ab dem Berichtsjahr 2017 auch teilstationäre Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1. Diese erhalten kein Pflegegeld, sondern haben lediglich Anspruch auf den Entlastungs-

betrag in Höhe von 125 Euro pro Monat. (Stand 2017). Anfallende Kosten für die teilstationäre Pflege über diesen Betrag hinaus sind von dem Pflegebedürftigen zu leisten.

(2) Die Zeitreihe der Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger weist im Jahr 2011 eine besonders hohe Wachstumsrate auf. Hier muss von einer statistischen Übererfassung durch die Pflegekassen ausgegangen werden, die sich jedoch nicht quantifizieren lässt.

(3) Ab dem Berichtsjahr 2013 wird bei Bezug von Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege zusätzlich parallel ein hälftiges Pflegegeld nach § 37 Absatz 2 Satz 2 SGB XI gewährt. Dieser Empfängerkreis wird nicht bei der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen berücksichtigt, da Personen mit hälftigen Leistungen bei Kurzzeit- bzw. Verhinderungspflege in der Regel bereits von den betroffenen ambulanten bzw. stationären Einrichtungen gemeldet werden. Die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen mit den vorangegangenen Berichtszeiträumen ist nur eingeschränkt vergleichbar.

(4) Mit dem Berichtsjahr 2017 wurde die Pflegestatistik an den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff im Rahmen des zweiten Pflegegeldgesetzes angepasst, der auf eine Gleichstellung körperlich, kognitiv und psychisch beeinträchtigter Menschen abzielt. Anstelle der bis Ende 2016 geltenden drei Pflegestufen gibt es seit 2017 fünf Pflegegrade. Personen, die bisher in Pflegestufe 0 mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz eingestuft waren, wurden im Zuge der gesetzlichen Anpassung einem entsprechenden Pflegegrad zugeordnet. Entsprechend hat sich der Kreis der erfassten Personen gegenüber der Erhebung 2015 vergrößert.

Vor allem alte Menschen pflegebedürftig

80 Prozent haben das 70. Lebensjahr bereits vollendet

Die grafische Darstellung der Zahl der Pflegebedürftigen nach dem Alter zeigt die Konzentration auf hohe Altersjahre. Ab einem Alter von etwa 40 bis 50 Jahren nimmt die Zahl der Pflegebedürftigen langsam zu. Ab etwa 70 Jahren ist ein sehr deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Ab dem 88. Lebensjahr gehen die Fallzahlen dann infolge einer zunehmenden Sterblichkeit wieder zurück. Der Einschnitt beim Altersjahr 84 resultiert aus dessen vergleichsweise schwachen Besetzung; vermutlich eine Folge der damaligen Weltwirtschaftskrise.

Zunehmendes Risiko der Pflegebedürftigkeit im Alter

Das zunehmende Risiko der Pflegebedürftigkeit mit dem Alter wird deutlich, wenn die Anzahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger eines jeden Jahrgangs in Relation zum Bevölkerungsstand der jeweiligen Altersgruppe gesetzt wird. Während im Alter von 70 Jahren nur rund fünf Prozent der Bevölkerung auf pflegerische Unterstützung angewiesen ist, steigt dieser Anteil in den Folgejahren massiv an; von etwas mehr als

17 Prozent bei den 80-Jährigen bis auf knapp 70 Prozent bei der Bevölkerung im Alter von 90 und mehr Jahren.

Junge pflegebedürftige Menschen werden nahezu ausschließlich durch Angehörige versorgt. Entsprechend ist der Anteil der in Heimen untergebrachten Pflegebedürftigen bis zu einem Alter von etwa 45 Jahren sehr gering und steigt erst dann allmählich an. Bei den 60- bis unter 70-Jährigen liegt er schon bei rund 17 Prozent, bei den 70- bis unter 80-Jährigen wird bereits jede bzw. jeder fünfte Pflegebedürftige (21 Prozent) in einem Heim versorgt. Mit steigendem Alter nimmt dieser Anteil weiter zu.

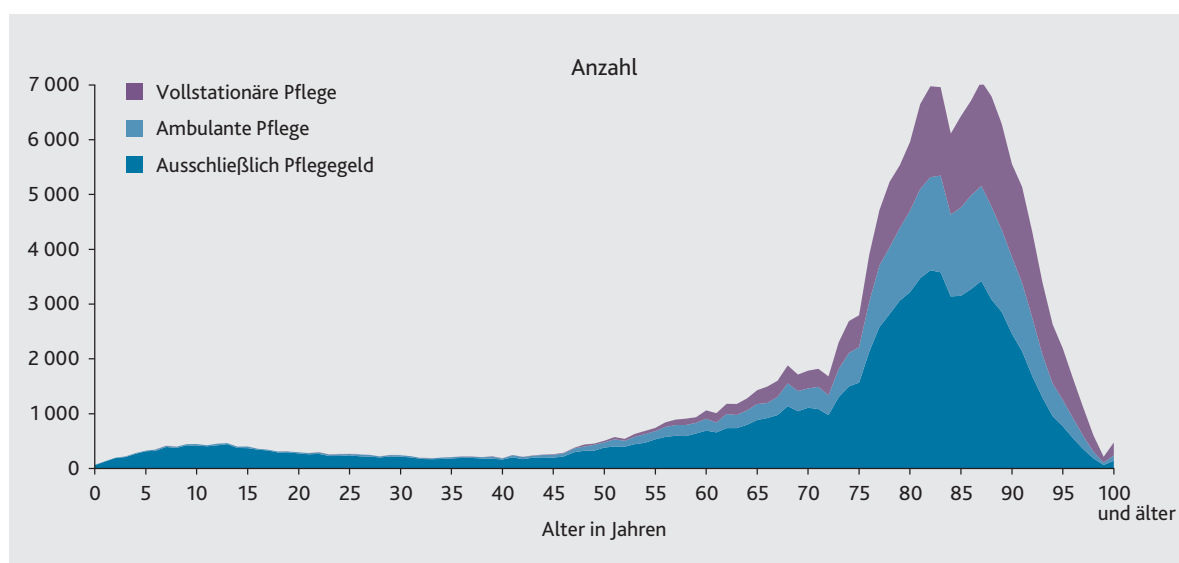
Anteil der stationär Versorgten steigt mit dem Alter

Eine Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt, dass knapp zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen weiblich sind. Dennoch überwiegen in der Altersgruppe der unter 65-Jährigen die Männer mit einem Anteil von 54 Prozent. Ab dem 70. Lebensjahr finden sich dagegen – unter anderem aufgrund ihrer höheren durchschnittlichen Lebenserwartung – anteilig mehr Frauen unter den Pflegebedürftigen. Deren Anteil steigert

In hohem Alter viel mehr pflegebedürftige Frauen

G 5

Pflegebedürftige 2017 nach Alter und Art der Pflegeleistung



sich mit zunehmendem Alter und liegt in der Gruppe der über 90-Jährigen bei fast 80 Prozent.

Fünf Pflegegrade ab 2017

Erweiterter
Pflegebedürftigkeitsbegriff
und neues
Begutachtungsverfahren

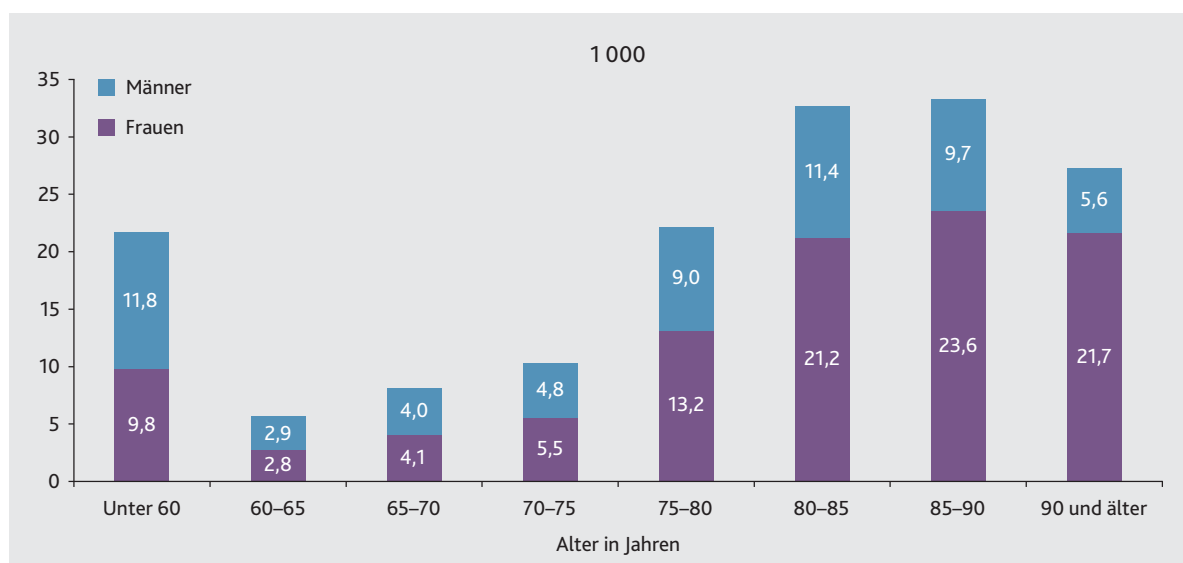
Im Zuge des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes (PSG II) gelten seit 2017 ein neuer erweiterter Pflegebedürftigkeitsbegriff sowie ein neues Begutachtungsverfahren. Mit dieser Neuausrichtung verschwindet die bislang unterschiedliche Behandlung von körperlichen und geistigen bzw. seelisch bedingten Einschränkungen.

Bessere Erfassung des Pflegebedarfs von Demenzkranken, geistig Behinderten und psychisch Kranken

Die Änderungen haben somit insbesondere die bessere Abdeckung und Erfassung des Pflegebedarfs von Demenzkranken, geistig Behinderten und psychisch Kranken zum Ziel. Anstelle der bislang geltenden drei Pflegestufen gibt es seit dem 1. Januar 2017 fünf Pflegegrade. Die Überleitung ist in § 140 SGB XI geregelt. Die Pflegebedürftigen werden anhand ihrer noch vorhandenen Selbstständigkeit eingestuft und erhalten dann entsprechende Leistungen aus der Pflegeversicherung:

- **Pflegegrad 1:** Personen mit geringer Beeinträchtigung der Selbstständigkeit.
- **Pflegegrad 2:** Personen mit erheblicher Beeinträchtigung der Selbstständigkeit, die zuvor in der „Pflegestufe 0“ mit eingeschränkter Alltagskompetenz und Pflegestufe 1 eingestuft wurden.
- **Pflegegrad 3:** Personen mit schwerer Beeinträchtigung der Selbstständigkeit, die zuvor in der Pflegestufe 1 mit eingeschränkter Alltagskompetenz und Pflegestufe 2 eingestuft wurden.
- **Pflegegrad 4:** Personen mit schwerster Beeinträchtigung der Selbstständigkeit, die zuvor in der Pflegestufe 2 mit eingeschränkter Alltagskompetenz und Pflegestufe 3 eingestuft wurden.
- **Pflegegrad 5:** Personen mit schwersten Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung, die zuvor in der Pflegestufe 3 mit eingeschränkter Alltagskompetenz und/oder als Härtefall eingestuft wurden.

G 6 Pflegebedürftige 2017 nach Altersgruppen und Geschlecht



T 1

Ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 1999–2017 nach Trägerschaft und Personal

Merkmal	1999	2001	2003	2005	2007	2009	2011	2013	2015	2017
Ambulante Pflegedienste										
Insgesamt	411	380	376	372	390	416	446	451	488	516
private Träger	209	185	189	188	213	239	265	274	311	332
freigemeinnützige Träger	197	191	184	180	174	173	178	174	175	180
öffentliche Träger	5	4	3	4	3	4	3	3	2	4
Personal	7 928	7 920	7 883	8 369	9 467	10 713	11 667	12 600	14 276	15 342
Vollzeitbeschäftigte	2 554	2 512	2 339	2 138	2 343	2 702	3 125	3 376	3 987	4 510
Teilzeitbeschäftigte	4 985	5 122	5 286	5 944	6 828	7 655	8 117	8 511	9 483	10 072
Sonstige ¹	389	286	258	287	296	356	425	713	806	760
Pflegeheime										
Insgesamt	390	395	410	421	435	454	472	492	516	539
private Träger	145	146	150	152	164	173	185	193	202	220
freigemeinnützige Träger	240	246	252	263	264	271	277	290	304	307
öffentliche Träger	5	3	8	6	7	10	10	9	10	12
Personal	21 698	23 067	24 693	25 805	26 523	28 719	30 900	31 509	33 544	34 929
Vollzeitbeschäftigte	9 090	9 505	9 607	8 953	8 578	9 047	9 652	9 215	9 825	10 594
Teilzeitbeschäftigte	9 944	10 982	12 629	14 156	15 172	16 846	18 368	18 906	20 293	21 021
Sonstige ¹	2 664	2 580	2 457	2 696	2 773	2 826	2 880	3 388	3 426	3 314

¹ Praktikanten/-innen, (Um-)Schüler/-innen und Auszubildende, Helfer/-innen im freiwilligen sozialen Jahr bzw. im Bundesfreiwilligendienst und Zivildienstleistende.

Infolge geringerer Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit wurden rund 2 500 Personen (Anteil an allen Pflegebedürftigen: zwei Prozent) dem neuen Pflegegrad 1 zugeordnet. Sie hatten somit infolge des Pflege-stärkungsgesetzes II erstmals Anspruch auf Leistungen aus der Pflegeversicherung.

Die größte Gruppe von insgesamt 71 400 Leistungsempfängerinnen und -empfänger (Anteil 44 Prozent) wurden aufgrund von erheblichen Einschränkungen in den Pflegegrad 2 eingruppiert. Weitere 50 400 Personen (Anteil 31 Prozent) mit schweren Beeinträchtigungen erhielten den Pflegegrad 3.

Schwerste Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit (Pflegegrad 4) lagen 2017 in 27 200 Fällen (Anteil 17 Prozent) vor; bei rund 9 500 Personen (Anteil sechs Prozent) wurde über den Pflegegrad 5 zusätzlichen Anforderungen an die pflegerische Versorgung Rechnung getragen.

Eine Betrachtung der Verteilung der Pflegegrade innerhalb der drei Versorgungsarten (Pflegegeld, ambulant, stationär) zeigt, dass höhere Pflegegrade mit einer stärker professionalisierten Versorgung einhergehen: Von den reinen Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern hatten 16 Prozent den Pflegegrad 4 oder 5; im Bereich der ambulanten Pflege lag dieser Anteil mit 20 Prozent leicht darüber. Dagegen sind gut 42 Prozent aller Leistungsbezieherinnen und -bezieher in vollstationärer Pflege den höchsten beiden Pflegegraden zugeordnet.

Versorgungsangebot durch ambulante Pflegedienste und in Heimen

Die Pflegestatistik 2017 umfasste 516 ambulante Pflegedienste in Rheinland-Pfalz. Deren Anzahl ist seit dem ersten Berichtsjahr 1999 deutlich um 105 Einrichtungen bzw. 26 Prozent gestiegen. Allein im Vergleich zur Vorerhebung 2015 ist ein

Je höher der Pflegegrad, desto professionalisierter die Versorgung

Immer mehr ambulante Pflegedienste in Rheinland-Pfalz

Zuwachs von 28 Diensten (+6 Prozent) zu verzeichnen.

In privater Trägerschaft befanden sich 332 dieser Dienste, weitere 180 wurden durch freie Träger geführt und – entsprechend dem Vorrang anderer Träger nach dem SGB XI – vier durch die öffentliche Hand. Der seit dem Berichtsjahr 2007 beobachtbare Aufbau zusätzlicher Pflegedienste geht nahezu ausschließlich auf private Initiativen zurück.

Aktuell versorgt ein ambulanter Pflegedienst in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt 70 Personen; im Jahr 1999 lag dieser Wert bei lediglich 43 Personen.

Deutlicher
Personalauf-
bau in der
ambulanten
Pflege

In den rheinland-pfälzischen Pflegediensten waren 2017 insgesamt rund 15 300 Menschen – darunter 13 600 Frauen – beschäftigt; davon zwei Drittel in Teilzeit. Gegenüber der Erhebung des Jahres 2015 (14 300 Beschäftigte) hat sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um sieben Prozent erhöht. Im Vergleich zum Berichtsjahr 1999 (7 900 Beschäftigte) beträgt das Personalwachstum sogar 94 Prozent. Parallel zur durchschnittlich gestiegenen Zahl der Betreuungsverhältnisse je Dienst hat somit in den vergangenen Jahren ein deutlicher Personalaufbau in der ambulanten Pflege stattgefunden.

Das Personalwachstum war in diesem Zeitraum bei den privaten Pflegediensten (+223 Prozent) deutlich ausgeprägter als bei freien oder öffentlichen Trägern (+39 bzw. +27 Prozent). Im Durchschnitt haben die privaten Dienste mit 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine kleinere Belegschaft als die freien oder öffentlichen Träger (42 bzw. 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).

Netz der
stationären
Versorgung
wird weiter
ausgebaut

Die vollstationäre Versorgung in Rheinland-Pfalz wurde im Jahr 2017 durch 539 Pflegeheime gewährleistet; davon 220 in privater, 307 in freigemeinnütziger und zwölf in

öffentlicher Trägerschaft. Gegenüber der Vorerhebung ist dies ein Plus von 23 Einrichtungen bzw. vier Prozent.

Seit 1999 wurden landesweit 149 zusätzliche Heime in Betrieb genommen (+38 Prozent). Die Anzahl der Einrichtungen in privater Trägerschaft (+52 Prozent) ist in diesem Zeitraum im Vergleich zu Einrichtungen freier Träger (+28 Prozent) deutlich stärker gewachsen.

Trotz der stark gestiegenen Anzahl pflegebedürftiger Personen hat sich die durchschnittliche Größe der Einrichtungen – gemessen an der Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner – in den vergangenen zwei Dekaden kaum verändert. Die durchschnittliche Anzahl betreuter Menschen je Pflegeheim liegt seit dem Jahr 2001 nahezu kontinuierlich bei 69 Personen.

Durchschnittlich 69 Pflegebedürftige je Heim

In den Heimen arbeiteten 2017 insgesamt etwa 34 900 Beschäftigte – darunter 29 765 Frauen. Davon waren 60 Prozent teilzeitbeschäftigt. Im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung des Jahres 2015 ist die Zahl der Beschäftigten um vier Prozent gestiegen. Gegenüber der Erhebung des Jahres 1999 (21 700 Beschäftigte) ergibt sich ein Personalzuwachs von 13 200 Personen (+61 Prozent) in den rheinland-pfälzischen Pflegeheimen.

Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Heimen langfristig gestiegen

Regionale Betrachtung

Die bedarfsgerechte Versorgung hilfebedürftiger Menschen erfordert eine regionalisierte Betrachtung der Nachfrage nach Pflegeleistungen sowie des pflegerischen Angebots.

Regionale Angaben zu den Pflegegeldempfängerinnen und -empfängern werden seit der ersten Erhebung nach deren Wohnsitz erfasst. Anders ist es bei den ambulant und

T 2

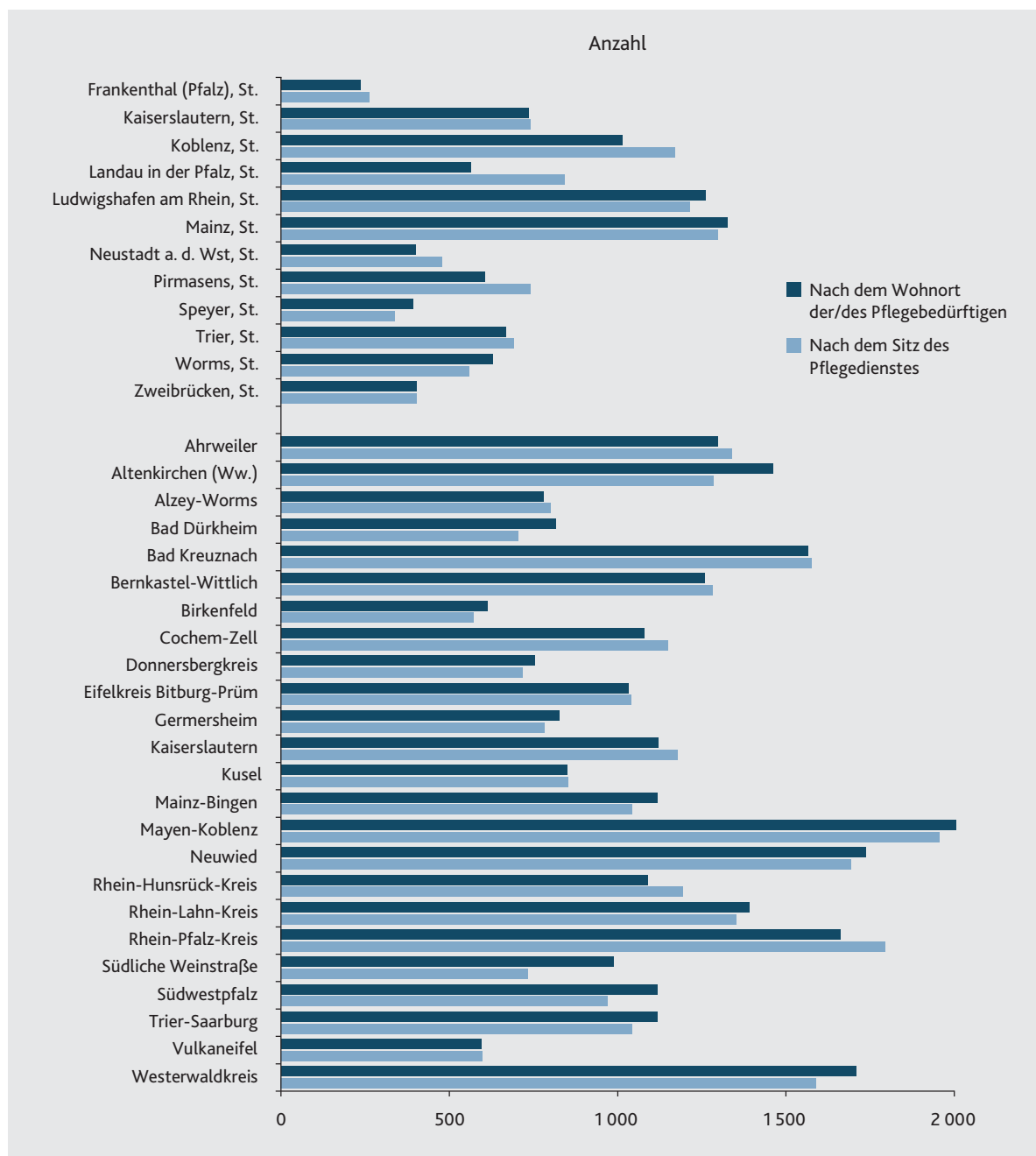
Pflegebedürftige, ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 2017 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis	Pflegebedürftige					Ambulante Pflegedienste		Pflegeheime	
	insgesamt	ab 70 Jahren je 1 000 Einwohner/ -innen ab 70 Jahren	in ambulanter Pflege ¹	in vollstationärer Pflege ²	Pflegegeld- empfänger/ -innen ³	insgesamt	Beschäf- tigte	insgesamt	Beschäf- tigte
Frankenthal (Pfalz), St.	1 780	170	262	533	985	8	194	6	383
Kaiserslautern, St.	3 437	177	742	1 017	1 677	15	349	13	910
Koblenz, St.	4 902	211	1 170	1 458	2 273	22	989	17	1 357
Landau i. d .Pfalz, St.	2 112	250	842	432	836	7	349	5	359
Ludwigshafen a. Rh., St.	5 886	176	1 215	1 357	3 314	24	692	15	1 007
Mainz, St.	5 781	159	1 297	1 549	2 934	24	856	20	1 434
Neustadt a. d. Weinstr., St.	2 051	167	478	453	1 120	9	286	6	412
Pirmasens, St.	2 441	246	740	610	1 091	10	354	6	566
Speyer, St.	2 095	198	337	795	963	10	227	10	779
Trier, St.	3 018	167	691	896	1 429	13	399	12	977
Worms, St.	2 907	177	558	827	1 521	10	278	17	790
Zweibrücken, St.	1 608	214	404	310	894	3	118	3	266
Ahrweiler	6 244	214	1 340	1 369	3 533	24	596	18	1 440
Altenkirchen (Ww.)	6 062	228	1 285	1 229	3 547	18	553	19	1 162
Alzey-Worms	4 056	180	800	879	2 376	13	330	15	792
Bad Dürkheim	4 700	163	704	1 351	2 645	13	316	16	1 028
Bad Kreuznach	6 476	198	1 576	1 377	3 522	17	627	20	1 254
Bernkastel-Wittlich	4 587	206	1 282	1 110	2 192	19	445	21	1 161
Birkenfeld	3 593	205	572	983	2 038	9	217	17	879
Cochem-Zell	3 716	282	1 150	779	1 785	10	430	13	758
Donnersbergkreis	3 149	230	717	827	1 605	8	225	12	749
Eifelkreis Bitburg-Prüm	4 081	233	1 039	835	2 203	9	406	16	835
Germersheim	4 484	188	783	826	2 872	11	344	13	809
Kaiserslautern	4 239	202	1 179	774	2 285	11	427	14	706
Kusel	3 372	233	853	649	1 870	5	238	9	550
Mainz-Bingen	5 936	156	1 042	1 476	3 417	26	434	20	1 363
Mayen-Koblenz	9 595	222	1 955	1 876	5 761	27	789	28	2 012
Neuwied	8 515	224	1 693	1 966	4 854	25	623	30	1 942
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 796	236	1 192	1 031	2 573	11	353	16	1 029
Rhein-Lahn-Kreis	5 192	202	1 352	1 065	2 775	11	333	15	1 074
Rhein-Pfalz-Kreis	5 802	186	1 794	1 032	2 971	17	480	15	1 030
Südliche Weinstraße	3 931	173	733	658	2 539	8	246	13	580
Südwestpfalz	4 452	211	970	730	2 751	12	315	10	620
Trier-Saarburg	5 026	190	1 042	1 450	2 530	15	329	16	1 334
Vulkaneifel	3 045	233	597	707	1 741	11	243	14	636
Westerwaldkreis	8 097	209	1 590	1 925	4 582	31	952	29	1 946
Rheinland-Pfalz	161 164	200	35 976	37 141	88 004	516	15 342	539	34 929

1 Einschließlich 43 Pflegebedürftige mit Pflegestufe 1 und teilstationärer Pflege. –2 Regionale Zuordnung nach dem Sitz des Pflegedienstes bzw. Heimes. – 3 Regionale Zuordnung nach dem Wohnort.

G 7

Ambulant versorgte Pflegebedürftige 2017 nach Verwaltungsbezirken und regionaler Zuordnung



stationär Versorgten; hier erfolgt die regionale Zuordnung nach dem Sitz des Pflegedienstes bzw. Heimes. Mit der Pflegestatistik 2013 wurden für den ambulanten Bereich erstmals wohnortbezogene Angaben mit Auskunftspflicht erhoben, die eine Analyse

von regionalen Verflechtungen ermöglichen. Für vergleichbare Angaben zur stationären Versorgung (Wohnort vor Bezug eines Pflegeheimes), besteht seit der Erhebung 2017 grundsätzlich eine Auskunftspflicht. In diesem Berichtsjahr liegen die

Angaben allerdings noch nicht vollständig für alle Einrichtungen vor, sodass eine regionalisierte Auswertung anhand des letzten Wohnorts vor Bezug des Heims noch nicht möglich ist. Die nachfolgende Darstellung konzentriert sich daher auf den Bereich der ambulanten Leistungen.

Regionalvergleich erfordert Bezug zu Bevölkerung

Bei Betrachtung der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen für die kreisfreien Städte und Landkreise zeigen sich sehr unterschiedliche Fallzahlen, die in erster Linie vom Bevölkerungsumfang abhängen. Die Bandbreite erstreckt sich von 1 608 Pflegebedürftigen in der Stadt Zweibrücken bis zu 9 595 Pflegebedürftigen im Landkreis Mayen-Koblenz. Für sinnvolle regionale Vergleiche muss ein Bezug zum Bevölkerungsumfang hergestellt werden. Da sich die Pflegebedürftigkeit weitgehend auf höhere Altersjahre konzentriert, werden hier nur die Personen im Alter ab 70 Jahren betrachtet. Die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter von 70 Jahren und älter bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gleichen Alters zeigt bei den kreisfreien Städten eine Bandbreite von 159 in der Landeshauptstadt Mainz bis 250 in Landau in der Pfalz. In den Landkreisen reichen die Werte von 156 im Kreis Mainz-Bingen bis 282 im Kreis Cochem-Zell.

Regionale Verflechtungen in der ambulanten Pflege

Methodik zur Analyse von Angebot und Nachfrage

Die bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanten und stationären Leistungen erfordert in erster Linie eine Orientierung an der Nachfrageseite, d. h. am Wohnort der hilfebedürftigen Personen. Die Methodik ambulant versorgte Pflegebedürftige einerseits nach dem Sitz des betreuenden Pflegedienstes und andererseits nach deren

Wohnort zuzuordnen, ermöglicht die Auswertung regionaler Verflechtungen von Angebot und Nachfrage. Sobald vollständige und valide Informationen über den letzten Wohnort der Bewohner von Pflegeheimen vorliegen, kann dieses Konzept in den Folgejahren auf den vollstationären Bereich ausgeweitet werden.

Im Jahr 2017 betreuten die rheinland-pfälzischen Pflegedienste knapp 36 000 hilfebedürftige Menschen; 310 bzw. 0,9 Prozent von ihnen hatten ihren Wohnsitz außerhalb von Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz mit „Nettoimport“ ambulanter Pflegeleistungen

Werden die ambulant Versorgten an ihrem Wohnort betrachtet, zählt Rheinland-Pfalz mehr als 36 300 hilfebedürftige Menschen und damit rund 300 bzw. 0,9 Prozent mehr Pflegebedürftige gegenüber der regionalen Zuordnung nach dem Sitz des Pflegedienstes. Von diesen pflegebedürftigen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern wurden 618 Personen bzw. 1,7 Prozent von einem Pflegedienst eines anderen Bundeslandes versorgt. Im Ergebnis werden also mehr pflegebedürftige Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer von einem Pflegedienst außerhalb des Landes betreut als rheinland-pfälzische Pflegedienste Menschen aus benachbarten Bundesländern versorgen.

Auch innerhalb der Landesgrenzen – auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte – sind mehr oder weniger stark ausgeprägte regionale Verflechtungen zwischen dem Angebot von und der Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen zu beobachten.

Unterschiede in der regionalen Verflechtung

Bei Betrachtung der Angebotsseite fällt das vergleichsweise große überregionale Einzugsgebiet der Pflegedienste in einigen kreisfreien Städten des Landes ins Auge:

T 3

Ambulant versorgte Pflegebedürftige 2015 nach Verwaltungsbezirken und regionaler Zuordnung

Kreisfreie Stadt Landkreis	Pflegebedürftige nach dem Sitz des Pflegedienstes				Pflegebedürftige nach deren Wohnort			
	insgesamt	davon betreute Personen mit Wohnort			insgesamt	davon betreut durch Pflegedienst mit Sitz		
		im gleichen Kreis	in einem anderen Kreis	außerhalb von Rheinland-Pfalz		im gleichen Kreis	in einem anderen Kreis	außerhalb von Rheinland-Pfalz
	Anzahl	Anteile in %			Anzahl	Anteile in %		
Frankenthal (Pfalz), St.	262	80,9	17,2	1,9	236	89,8	6,8	3,4
Kaiserslautern, St.	742	89,4	9,4	1,2	735	90,2	9,8	-
Koblenz, St.	1 170	76,0	23,8	0,3	1 015	87,6	12,4	-
Landau i. d. Pfalz, St.	842	65,6	31,0	3,4	564	97,9	2,1	-
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 215	90,4	7,5	2,1	1 261	87,1	10,5	2,4
Mainz, St.	1 297	88,3	11,3	0,4	1 327	86,3	7,6	6,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	478	77,0	22,8	0,2	400	92,0	7,5	0,5
Pirmasens, St.	740	80,1	18,9	0,9	607	97,7	2,3	-
Speyer, St.	337	93,5	5,6	0,9	391	80,6	17,1	2,3
Trier, St.	691	93,8	5,8	0,4	667	97,2	2,7	0,1
Worms, St.	558	96,6	3,4	-	628	85,8	12,6	1,6
Zweibrücken, St.	404	96,0	4,0	-	402	96,5	1,7	1,7
Ahrweiler	1 340	92,8	1,9	5,3	1 298	95,8	1,5	2,6
Altenkirchen (Ww.)	1 285	90,0	8,9	1,1	1 462	79,1	7,0	13,9
Alzey-Worms	800	86,8	13,3	-	779	89,1	10,4	0,5
Bad Dürkheim	704	90,2	9,4	0,4	815	77,9	21,3	0,7
Bad Kreuznach	1 576	94,4	5,4	0,2	1 566	95,0	4,3	0,6
Bernkastel-Wittlich	1 282	92,4	7,3	0,3	1 259	94,1	5,9	-
Birkenfeld	572	99,5	0,5	-	613	92,8	6,0	1,1
Cochem-Zell	1 150	90,3	9,4	0,3	1 079	96,3	3,6	0,1
Donnersbergkreis	717	91,4	8,1	0,6	753	87,0	12,9	0,1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 039	96,1	3,5	0,5	1 032	96,7	3,3	-
Germersheim	783	95,7	3,6	0,8	828	90,5	9,2	0,4
Kaiserslautern	1 179	85,7	14,2	0,1	1 122	90,0	9,8	0,2
Kusel	853	91,6	8,4	-	850	91,9	6,7	1,4
Mainz-Bingen	1 042	84,5	15,4	0,2	1 119	78,6	19,9	1,4
Mayen-Koblenz	1 955	88,0	12,0	0,1	2 072	83,0	16,7	0,3
Neuwied	1 693	89,6	7,9	2,5	1 737	87,3	9,4	3,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 192	85,6	14,4	-	1 089	93,7	6,3	-
Rhein-Lahn-Kreis	1 352	95,9	2,7	1,3	1 391	93,2	3,7	3,1
Rhein-Pfalz-Kreis	1 794	86,1	13,9	-	1 663	92,9	7,0	0,1
Südliche Weinstraße	733	94,4	5,6	-	987	70,1	29,8	0,1
Südwestpfalz	970	91,8	5,9	2,4	1 118	79,6	19,8	0,6
Trier-Saarburg	1 042	94,3	5,3	0,4	1 118	87,9	10,3	1,8
Vulkaneifel	597	92,3	7,4	0,3	594	92,8	6,6	0,7
Westerwaldkreis	1 590	92,5	6,7	0,8	1 707	86,2	12,0	1,9
Rheinland-Pfalz	35 976	X	X	0,9	36 284	X	X	1,7

Gut ein Drittel der Personen, die von in der Stadt Landau in der Pfalz ansässigen Diensten betreut werden, lebt nicht im Stadtgebiet; für Dienste aus den Städten Koblenz und Neustadt an der Weinstraße ist dies bei nahezu jeder bzw. jedem Vierten der Fall. Im Gegensatz dazu liegt dieser Anteil im Landkreis Birkenfeld bei unter einem Prozent.

Werden nun beispielhaft die Pflegeverhältnisse zwischen Koblenz bzw. Landau in der Pfalz und den angrenzenden Kreisen mithilfe der Wohnortangaben der Pflegebedürftigen analysiert, lassen sich konkrete Schwerpunkte der regionalen Verflechtungen herausarbeiten.

Verflechtungen zwischen Koblenz und dem Umland

Im Umland von Koblenz leben mehr Menschen, die ambulante Leistungen nachfragen, als von den jeweils dort ansässigen Pflegediensten betreut werden. Insbesondere im Landkreis Mayen-Koblenz ergänzen die Pflegedienste aus Koblenz die Nachfrage nach ambulanten Versorgungsleistungen. Rund 50 Prozent der ambulant versorgten Einwohnerinnen und Einwohner, die keinen im Kreis ansässigen Dienst in Anspruch nehmen, werden von Pflegediensten aus Koblenz betreut.

Verflechtungen zwischen Landau und der Südlichen Weinstraße

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für die Stadt Landau, die vom Kreis Südliche Weinstraße umschlossen wird. Im Landkreis leben rund 990 Menschen, die auf die Unterstützung von ambulanten Pflegediensten angewiesen sind. Von diesen Personen nehmen rund 70 Prozent die Leistungen der orts-

ansässigen Dienste in Anspruch. Die übrigen 30 Prozent werden von Pflegediensten außerhalb des Landkreises betreut; fast drei Viertel (73 Prozent) dieser Pflegebedürftigen nehmen Leistungen von Pflegediensten mit Sitz in Landau in Anspruch.

Die mit Abstand stärksten Verflechtungen über die Landesgrenze hinaus verzeichnet der Landkreis Altenkirchen. Von den 1 500 ambulant betreuten Pflegebedürftigen mit Wohnsitz im Kreis werden rund 14 Prozent von Pflegediensten außerhalb von Rheinland-Pfalz versorgt. Auf der anderen Seite betreuen die Pflegedienste im Landkreis Altenkirchen insgesamt fast 1 300 hilfebedürftige Menschen, von denen nur ein Prozent ihren Wohnsitz außerhalb des Landes haben.

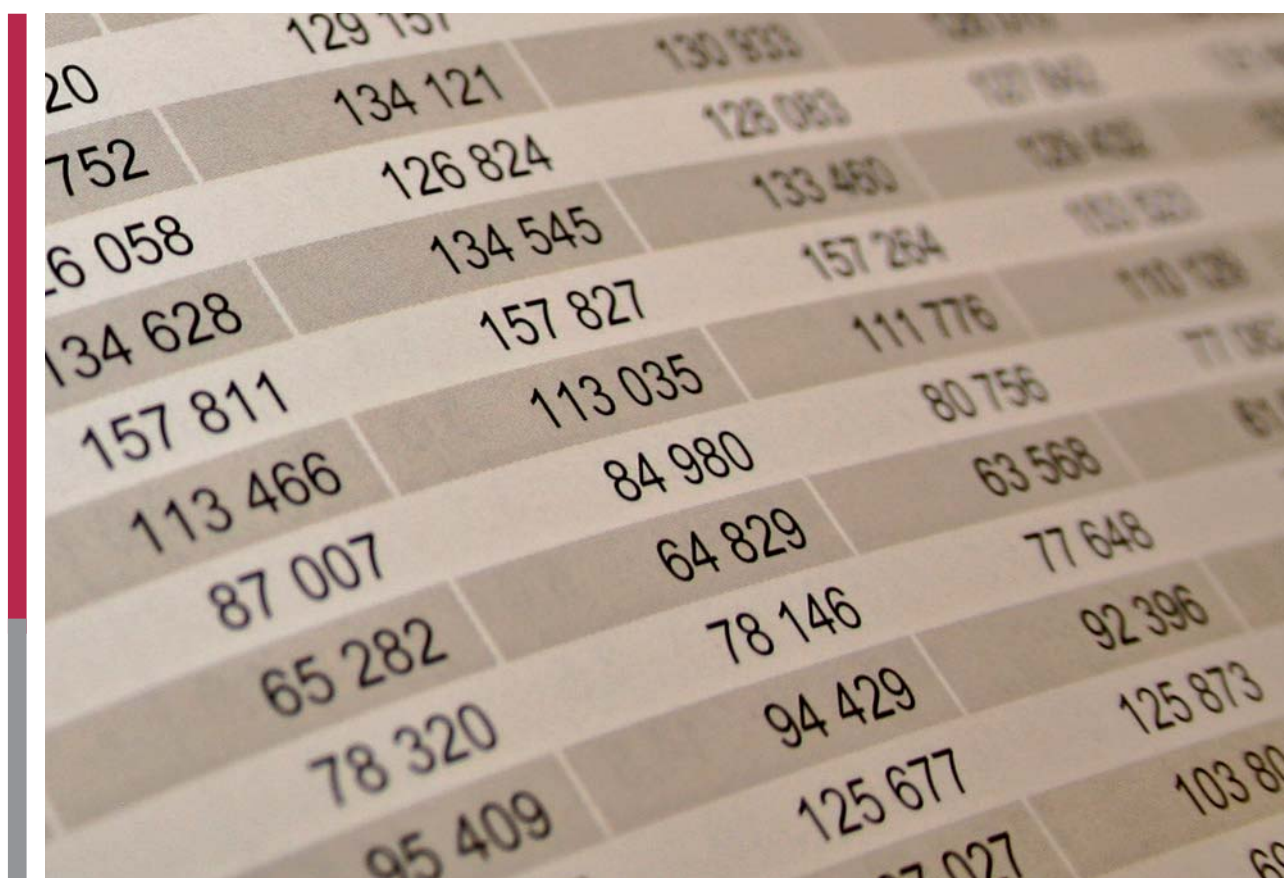
Verflechtungen mit anderen Ländern in Altenkirchen am stärksten

Alle kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz zeigen mehr oder weniger starke regionale Verflechtungen auf. Solche Verflechtungen können sich sowohl aus dem Angebot an Pflegediensten als auch aus der Nachfrage nach ambulanten Leistungen, also der Wahl eines Pflegedienstes aus Sicht der pflegebedürftigen Person oder ihrer Angehörigen, ergeben. Informationen zu überregionalen Einzugsgebieten stellen wertvolle Hinweise für regionale Pflegestrukturplanungen dar.

Informationen zu regionalen Verflechtungen als Grundlage für Pflegestrukturplanung

Markus Elz, Volkswirt M. Sc., leitet das Referat „Soziales, Gesundheit, Rechtspflege“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 942
752	134 121	128 093	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	153 523
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	94 429	125 677	103 801
		67 027	69 111

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

Bevölkerung	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ^{1,2}	4 070 ^{1,2}	4 074	4 075	4 075	4 086	4 085	4 087	4 087
darunter Ausländer ³	1 000	397 ^{1,2}	421 ^{1,2}	432	434	436	453	453	456	457

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 768	1 729	2 132	501	595	1 185	3 620	489	720
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 126	3 121	3 198	2 986	2 859	2 799	3 081	2 871	2 710
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	9,2	9,2	8,6	9,1	8,3	8,9	8,3	8,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 819	3 950	4 250	4 088	4 271	3 808	4 196	4 303	4 169
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,3	11,7	12,3	11,8	13,7	11,3	12,1	12,4	13,3
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	12	13	9	15	8	13	9	6
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,7	4,1	3,0	5,2	2,9	4,2	3,1	2,2
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-693	-829	-1052	-1102	-1412	-1009	-1115	-1432	-1459
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,1	-2,5	-3,0	-3,2	-4,5	-3,0	-3,2	-4,1	-4,7

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	13 487	11 783	9 223	12 247	10 901	11 360	9 290	13 317	11 102
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	7 137	5 796	4 095	6 427	5 698	5 853	4 397	7 233	6 099
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 595	10 337	9 928	9 907	9 405	9 405	9 489	10 034	9 500
* darunter in das Ausland	Anzahl	5 399	4 472	5 126	4 392	4 573	4 108	5 024	4 488	4 558
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 892	1 446	-705	2 340	1 496	1 955	-199	3 283	1 602
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	16 131	14 309	13 390	14 328	12 975	13 461	12 616	14 851	12 871

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2015	2016	2017			2018		
		30.06.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 345	1 365	1 379	1 389	1 416	1 405	1 406	1 412
* Frauen	1 000	627	637	646	648	659	657	656	669

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1, 2, 3}**

	Einheit	2015	2016	2017				2018		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	117	128	134	141	148	143	148	155	163
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	373	386	394	400	404	405	406	410	415
* darunter Frauen	1 000	309	318	324	328	331	332	332	334	338
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	13	13	14	11	12	14	14
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	424	427	430	437	432	432	434	445
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	294	299	301	304	311	309	309	312	320
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	213	216	218	221	227	225	225	227	228
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	403	413	420	420	427	428	428	425	434

Arbeitsmarkt⁵

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni		März	April	Mai	Juni
* Arbeitslose	Anzahl	106 299	98 764	100 232	97 960	97 808	99 059	96 055	95 893	96 163
* Frauen	Anzahl	48 166	44 729	45 202	44 392	44 699	43 907	42 843	43 033	43 350
Männer	Anzahl	58 132	54 035	55 030	53 568	53 109	55 152	53 212	52 860	52 813
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	42 178	40 147	39 885	38 158	38 384	42 578	39 627	38 550	39 160
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	64 121	58 617	60 347	59 802	59 424	56 481	56 428	57 343	57 003
* Arbeitslosenquote ⁸	%	4,8	4,4	4,6	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3
* Frauen	%	4,7	4,3	4,4	4,2	4,2	4,2	4,1	4,1	4,1
* Männer	%	5,0	4,6	4,7	4,5	4,5	4,7	4,5	4,4	4,4
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,6	4,1	4,0	3,9	4,2	4,0	3,9	3,8	4,1
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	2,9	2,7	2,7	2,8	2,8	2,9	2,7	3,0
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,7	4,4	4,5	4,3	4,3	4,3	4,2	4,2	4,1
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,2	4,8	5,0	4,7	4,7	4,8	4,7	4,6	4,6
* Ausländer/-innen	%	13,4	11,7	12,6	11,1	11,1	11,9	11,5	10,9	10,9
Deutsche	%	4,0	3,6	3,7	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	4 929	4 758	641	567	549
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	37 936	40 467	39 856	40 594	40 743	39 567	39 890	40 265	40 912

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹¹**

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Febr.	März	April		Jan.	Febr.	März	April
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	248 972	240 488	247 427	246 945	245 517	233 537	234 596	234 196	...
* darunter Frauen	Anzahl	122 480	118 759	121 550	121 347	120 726	115 723	116 087	115 857	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	169 173	161 337	166 837	166 625	165 483	156 079	156 996	156 834	...
* nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	68 036	66 455	67 729	67 663	67 335	64 965	65 096	65 047	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	66 032	64 479	65 734	65 671	65 337	63 067	63 174	63 134	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	546	510	405	548	564	517	468	552	590
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	486	446	363	477	510	457	410	491	539
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	5	2	5	4	2	2	4	7
Unternehmen	Anzahl	67	68	68	65	53	50	30	55	86
private Haushalte	Anzahl	476	437	335	478	507	465	436	493	497
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 113	1 174	802	1 260	900	984	1 096	1 034	1 058
* Umbauter Raum	1 000 m ³	696	701	546	743	622	667	703	679	696
* Wohnfläche	1 000 m ²	129	130	96	139	117	120	126	125	131
Wohnräume	Anzahl	5 138	5 171	3 726	5 464	4 704	4 651	4 878	5 017	5 236
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	228	230	161	240	205	213	233	220	234

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	134	122	104	131	124	98	114	111	110
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	17	14	12	18	17	12	16	15	12
Unternehmen	Anzahl	78	80	74	76	81	73	85	67	87
private Haushalte	Anzahl	39	27	18	37	26	13	13	29	11
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	10	23	9	2	7	3	15	15	15
* Umbauter Raum	1 000 m ³	713	892	817	1 519	609	546	826	571	683
* Nutzfläche	1 000 m ²	103	134	131	172	81	87	113	92	102
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	88	125	133	152	87	75	105	114	103

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 314	1 350	955	1 417	1 006	958	1 317	1 049	1 260
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 892	5 927	4 325	6 123	5 227	5 359	5 616	5 057	6 082

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 599	11 625	10 921	12 322	11 668	12 544	11 179	11 682	11 732
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 853	1 859	1 669	2 144	1 796	1 924	1 650	1 696	1 804
darunter										
* Kälber	t	8	8	6	11	4	6	5	8	11
* Jungrinder	t	8	9	10	12	4	7	5	8	11
* Schweine	t	9 695	9 714	9 204	10 118	9 823	10 584	9 491	9 949	9 867
* Eierzeugung ²	1 000	17 285	16 822	17 420	17 742	15 383	19 169	18 175	20 675	19 271

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 017	1 041	1 032	1 046	1 047	1 017	1 031	1 035	1 041
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	255 468	260 572	257 346	259 127	259 463	260 744	261 787	261 933	262 574
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 402	32 905	31 903	33 819	32 853	34 694	33 206	33 995	33 058
* Entgelte	Mill. EUR	1 102	1 145	1 017	1 067	1 153	1 097	1 073	1 129	1 157
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 820	8 361	7 972	9 136	8 510	7 800	7 753	8 486	8 099
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	4 253	4 372	4 247	4 735	4 399	4 673	4 302	4 597	4 336
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 181	2 282	2 146	2 575	2 328	1 907	2 295	2 651	2 435
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	94	86	84	98	90	68	76	90	92
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 293	1 620	1 495	1 727	1 692	1 153	1 081	1 147	1 236
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 433	2 462	2 446	2 720	2 452	2 785	2 457	2 612	2 406
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 046	1 091	975	1 245	1 072	855	1 120	1 346	1 168
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 368	4 813	4 676	5 306	4 948	4 491	4 468	4 876	4 551
Exportquote ⁶	%	55,9	57,6	58,7	58,1	58,1	57,6	57,6	57,5	56,2
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	112,4	119,5	122,6	132,9	120,8	109,0	106,9	111,8	109,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	113,6	110,8	115,2	123,7	116,6	119,0	111,0	120,7	110,4
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	107,6	114,0	114,2	129,0	110,0	99,2	104,4	99,9	102,1

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	161,8	150,1	131,9	176,8	157,1	120,0	141,4	188,0	202,6
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	122,0	173,1	183,1	181,4	175,4	104,6	96,9	114,7	122,0
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	114,7	110,0	113,2	122,8	118,3	116,0	111,4	124,0	110,2
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	102,6	115,0	114,3	132,9	108,8	86,1	99,7	96,3	98,6

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	173	173	173	173	173	173	173	172	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 531	9 807	9 756	9 753	9 744	9 852	9 852	9 858	9 821
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 141	1 186	1 158	1 181	1 184	1 282	1 191	1 210	1 195
* Entgelte ³	Mill. EUR	43	45	41	40	49	41	40	43	54
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	323	271	348	330	209	450	383	321	286
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	309	257	334	316	198	435	370	307	274

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	19 910	20 563	20 042	20 174	20 396	20 803	20 917	20 989	21 562
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 012	2 039	1 331	1 882	2 193	1 373	1 775	1 960	2 334
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	340	355	250	331	370	294	354	364	412
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	650	667	512	631	704	527	600	659	739
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 022	1 017	569	920	1 119	553	821	936	1 182
darunter Straßenbau	1 000 h	561	555	266	467	621	268	410	483	651
* Entgelte	Mill. EUR	65	71	54	61	68	63	62	67	77

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe**Bauhauptgewerbe¹**

Bauhauptgewerbe ¹		Einheit	2017	2018				2019			
			Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	286	321	185	244	293	179	228	276	340
davon											
*	Wohnungsbau	Mill. EUR	53	59	44	52	58	38	55	53	68
*	gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	97	107	68	93	96	64	86	107	121
*	öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	136	155	73	100	139	76	87	116	151
	darunter Straßenbau	Mill. EUR	72	81	30	48	68	37	38	54	77

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ³	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Betriebe ⁴	Anzahl	438	379	437	436	384	380	377	376	406
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 825	15 929	17 084	16 958	16 028	15 789	16 016	15 883	16 597
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 210	4 896	5 314	5 214	4 894	4 843	4 964	4 884	5 062
* Entgelte	Mill. EUR	138	136	137	149	130	134	134	146	138
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	485	473	478	600	360	460	478	595	414

Handel⁵**Großhandel⁶**

Großhandel ^{p, 6}	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Beschäftigte	2015=100	99,9	102,8	101,8	102,0	102,2	102,5	102,8	103,2	103,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	96,1	96,8	96,3	96,4	96,8	97,1	97,2	97,7	98,0
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	98,0	103,2	90,2	107,4	100,5	100,2	100,6	111,7	113,3
* Umsatz real ⁷	2015=100	96,6	99,7	88,1	104,9	97,6	96,9	97,0	107,5	108,7

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	102,4	102,9	102,4	102,7	102,5	102,6	102,5	102,1	102,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,4	103,6	102,4	102,9	103,0	103,2	103,1	103,1	103,0
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	105,7	107,5	92,4	111,7	108,2	99,8	97,2	108,6	112,6
* Umsatz real ⁷	2015=100	104,0	104,2	90,2	108,5	104,8	96,9	94,0	104,9	108,1

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{1,2}

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Beschäftigte	2015=100	104,1	106,6	104,9	105,1	105,2	108,0	107,6	107,8	107,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	105,8	107,9	106,3	106,3	107,1	109,3	109,0	109,2	109,8
* Umsatz nominal ³	2015=100	109,2	113,7	98,2	121,2	120,3	103,3	106,4	124,8	129,6
* Umsatz real ³	2015=100	106,7	110,0	95,5	117,8	116,7	98,7	101,6	119,1	123,5

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2015=100	100,4	99,8	92,6	97,3	99,9	89,6	91,5	94,8	100,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,1	100,5	92,7	97,8	101,1	90,1	92,8	95,6	101,2
* Umsatz nominal ³	2015=100	108,6	112,6	78,6	97,2	115,7	82,0	83,6	100,7	114,1
* Umsatz real ³	2015=100	104,1	105,7	74,6	92,0	109,3	76,6	77,8	93,8	105,3

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	739	753	406	574	749	362	402	576	761
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	160	76	96	157	58	70	100	163
* Gästeübernachtungen	1 000	1 852	1 884	1 002	1 383	1 818	921	966	1 378	1 951
* darunter von Auslandsgästen	1 000	437	442	188	222	404	146	171	250	433

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2017	2018					2019		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 835	1 814	1 524	1 516	1 592	1 744	1 532	1 391	1 645
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 234	1 247	982	897	935	1 066	910	914	1 074
* Getötete Personen	Anzahl	15	14	14	5	14	14	9	23	10
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	7	8	4	9	8	4	13	3
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	-	-	1	-	-	4	3
Radfahrer	Anzahl	1	1	-	-	1	1	1	3	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	6	-	2	4	4	1	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 594	1 616	1 270	1 187	1 262	1 430	1 187	1 197	1 390

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
schwer verletzte Personen	Anzahl	297	301	190	177	231	244	181	211	242
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	129	131	114	109	138	147	108	117	118
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	83	82	22	21	30	20	11	33	45
Radfahrer	Anzahl	44	47	17	17	20	18	13	23	36
Fußgänger	Anzahl	29	29	34	23	29	48	36	24	29

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 081	13 420	11 973	16 871	14 772	12 295	12 615	16 920	14 595
darunter										
Krafträder	Anzahl	622	696	388	1 256	1 187	258	623	1 446	1 186
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 959	11 174	10 324	13 958	11 947	10 539	10 538	13 555	11 605
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 036	1 090	963	1 215	1 083	1 094	1 059	1 302	1 209
Zugmaschinen	Anzahl	373	357	248	365	454	327	332	520	501

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	70 419	67 851	69 098	73 192	70 901	69 858	66 784	63 859	60 704
Personenkilometer ³	Mill.	717	746	740	734	760	752	748	724	677

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Güterempfang	1 000 t	943	947	947	1 042	1 198	986	1 164	1 050	1 066
* Güterversand	1 000 t	776	713	639	846	821	580	786	777	978

Außenhandel⁴Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 569	4 991	4 892	4 835	5 367	3 876	4 677	4 701	4 922
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	319	315	292	328	319	258	333	322	336
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 199	4 608	4 527	4 443	4 990	3 545	4 253	4 259	4 430

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2017	2018				2019			
			Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	25	25	22	24	25	20	23	21	27
*	Halbwaren	Mill. EUR	150	156	157	168	172	120	165	154	154
*	Fertigwaren	Mill. EUR	4 024	4 426	4 348	4 251	4 793	3 405	4 065	4 084	4 249
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 025	1 016	1 140	1 016	1 091	801	1 160	1 077	1 081
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 999	3 410	3 208	3 235	3 703	2 604	2 905	3 007	3 168
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	3 196	3 547	3 452	3 554	3 858	2 527	3 180	3 278	3 424
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 855	3 211	3 109	3 200	3 464	2 285	2 862	2 958	3 080
	Belgien	Mill. EUR	204	205	221	206	215	185	247	234	215
	Luxemburg	Mill. EUR	53	56	49	51	59	46	47	49	54
	Dänemark	Mill. EUR	51	50	54	47	53	40	49	53	57
	Finnland	Mill. EUR	35	33	30	39	43	25	29	33	36
	Frankreich	Mill. EUR	440	469	498	470	494	375	450	488	513
	Griechenland	Mill. EUR	33	34	32	32	34	30	38	44	29
	Großbritannien	Mill. EUR	295	286	285	275	300	249	309	356	397
	Irland	Mill. EUR	77	403	233	370	472	14	28	43	39
	Italien	Mill. EUR	272	274	271	304	301	189	278	270	262
	Niederlande	Mill. EUR	327	333	321	339	358	276	308	284	329
	Österreich	Mill. EUR	171	180	184	174	191	143	170	183	192
	Schweden	Mill. EUR	84	86	86	86	86	69	83	82	83
	Spanien	Mill. EUR	225	222	248	227	225	179	253	229	246
	Portugal	Mill. EUR	42	35	48	38	43	24	37	30	36
*	Afrika	Mill. EUR	113	119	109	96	131	135	103	108	148
*	Amerika	Mill. EUR	579	635	628	552	654	587	620	566	607
	darunter nach USA	Mill. EUR	399	443	443	372	459	422	443	384	421
*	Asien	Mill. EUR	630	635	648	588	676	596	732	708	704
	darunter nach China	Mill. EUR	164	187	197	169	200	207	243	243	201
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	52	55	54	45	48	31	42	41	39

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	3 362	3 801	3 805	3 566	3 658	3 049	3 662	3 331	3 648
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	270	272	298	258	272	237	271	263	254
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 927	3 313	3 307	3 124	3 173	2 583	3 105	2 751	3 017
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	37	37	37	33	32	40	37	38
* Halbwaren	Mill. EUR	290	285	409	288	249	277	270	279	307
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 600	2 992	2 862	2 799	2 891	2 274	2 794	2 434	2 672

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2017	2018					2019		
			Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	703	1 014	832	959	748	485	630	642	710
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 898	1 978	2 029	1 840	2 142	1 789	2 164	1 792	1 963
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 494	2 889	2 838	2 674	2 738	2 317	2 643	2 484	2 747
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	2 268	2 638	2 582	2 462	2 419	2 120	2 419	2 241	2 440
	Belgien	Mill. EUR	291	276	292	278	289	249	251	245	258
	Luxemburg	Mill. EUR	53	53	48	50	54	42	54	50	55
	Dänemark	Mill. EUR	30	22	16	28	28	19	22	20	20
	Finnland	Mill. EUR	15	15	15	18	20	13	16	12	14
	Frankreich	Mill. EUR	276	315	276	314	336	279	305	324	323
	Griechenland	Mill. EUR	8	11	9	8	8	17	10	9	20
	Großbritannien	Mill. EUR	118	130	115	124	134	118	144	118	117
	Irland	Mill. EUR	107	231	163	130	97	52	100	89	148
	Italien	Mill. EUR	216	416	301	433	205	176	208	248	232
	Niederlande	Mill. EUR	325	329	440	323	280	323	327	350	327
	Österreich	Mill. EUR	107	123	115	113	135	125	108	114	115
	Schweden	Mill. EUR	68	50	74	52	67	37	42	45	44
	Spanien	Mill. EUR	215	197	270	135	275	273	388	140	262
	Portugal	Mill. EUR	21	21	21	21	23	17	20	18	21
*	Afrika	Mill. EUR	53	47	55	49	56	57	55	49	64
*	Amerika	Mill. EUR	274	295	389	270	300	260	363	293	274
	darunter aus USA	Mill. EUR	217	238	318	224	246	221	292	241	217
*	Asien	Mill. EUR	528	560	513	563	556	407	591	494	551
	darunter aus China	Mill. EUR	214	231	267	229	250	223	282	224	240
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	5	6	6	3	3	6	5	5

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 638	2 664	2 674	2 956	2 618	3 502	2 633	2 808	2 760
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	442	461	511	517	461	621	433	475	497
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 732	1 725	1 707	1 870	1 728	2 247	1 755	1 891	1 823
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 678	2 671	2 660	2 910	2 288	3 651	2 407	2 627	2 475
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	385	394	383	416	316	597	392	392	423
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 815	1 791	1 766	1 985	1 499	2 387	1 551	1 747	1 560

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Insgesamt	Anzahl	451	404	400	451	411	387	382	371	418
davon										
* Unternehmen	Anzahl	60	60	65	69	70	71	59	60	63
* Verbraucher	Anzahl	267	238	237	261	217	208	220	216	250
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	104	88	83	99	106	91	86	83	91
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	20	18	15	22	18	17	17	12	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	55	59	66	63	52	61	45	78	87

Handwerk²

	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,1	99,5	100,8	99,2	98,8	98,9	101,2	99,7	99,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	110,6	115,0	113,9	123,7	95,7	115,3	118,9	130,2	103,4

Preise

Preise	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	101,7	103,4	102,7	103,4	103,5	103,7	104,7	104,9	105,1
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	101,4	102,8	102,4	102,6	102,6	104,1	104,3	104,4	104,5

Verdienste⁷

	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Brutton Monatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 999	4 118	3 688	3 703	3 694	3 748	3 782	3 823	3 800
* Frauen	EUR	3 483	3 593	3 254	3 257	3 279	3 302	3 352	3 379	3 402
* Männer	EUR	4 215	4 331	3 870	3 891	3 864	3 930	3 957	4 004	3 964
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 557	7 818	6 782	6 750	6 773	6 859	6 946	6 937	6 882
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 610	4 778	4 291	4 297	4 330	4 374	4 431	4 472	4 426
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 439	3 556	3 188	3 220	3 210	3 263	3 291	3 329	3 292
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 773	2 913	2 593	2 614	2 634	2 720	2 719	2 754	2 705
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 307	2 422	2 196	2 196	2 199	2 262	2 290	2 337	2 364

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 336	4 482	3 901	3 933	3 877	3 979	3 977	4 025	3 945
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 910	3 959	3 603	3 663	3 544	3 604	3 643	3 716	3 630
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 512	4 666	4 005	4 062	4 016	4 109	4 087	4 155	4 094
* Energieversorgung	EUR	5 296	5 585	4 729	4 742	4 739	4 790	4 912	4 935	5 037
* Wasserversorgung ²	EUR	3 411	3 481	3 200	3 231	3 193	3 235	3 295	3 261	3 329
* Baugewerbe	EUR	3 465	3 609	3 342	3 285	3 199	3 353	3 429	3 410	3 281
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 800	3 896	3 563	3 569	3 585	3 608	3 664	3 699	3 704
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 621	3 716	3 320	3 363	3 390	3 397	3 421	3 456	3 557
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 017	2 972	2 833	2 875	2 745	2 807	2 810	2 862	2 918
* Gastgewerbe	EUR	2 367	2 321	2 229	2 303	2 247	2 248	2 242	2 225	2 261
* Information und Kommunikation	EUR	5 175	5 610	4 780	4 806	4 982	5 097	5 185	5 276	5 043
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 272	5 252	4 450	4 437	4 440	4 365	4 555	4 481	4 698
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	/	4 258	(3 701)	(3 782)	(3 594)	3 796	3 825	3 846	3 824
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 008	5 126	4 431	4 390	4 559	4 544	4 526	4 609	4 548
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 539	2 685	2 405	2 434	(2 498)	2 559	(2 592)	(2 650)	2 618
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 832	3 920	3 782	3 724	3 742	3 742	3 826	3 861	3 810
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 212	4 422	4 187	4 103	4 270	4 259	4 318	4 308	4 272
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 916	4 024	3 697	3 728	3 669	3 723	3 845	3 863	3 774
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 842	3 862	3 495	3 553	3 553	3 576	3 590	3 705	3 214
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 486	3 571	3 274	3 293	3 280	3 335	3 361	3 438	3 444

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	125 291	120 539	120 115	120 624	121 502	122 740	122 902	124 560	125 627
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 512	10 125	10 093	10 016	9 838	9 889	9 879	9 991	10 156

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Verdienste¹

	Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 336	4 482	3 901	3 933	3 877	3 979	3 977	4 025	3 945
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 910	3 959	3 603	3 663	3 544	3 604	3 643	3 716	3 630
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 512	4 666	4 005	4 062	4 016	4 109	4 087	4 155	4 094
* Energieversorgung	EUR	5 296	5 585	4 729	4 742	4 739	4 790	4 912	4 935	5 037
* Wasserversorgung ²	EUR	3 411	3 481	3 200	3 231	3 193	3 235	3 295	3 261	3 329
* Baugewerbe	EUR	3 465	3 609	3 342	3 285	3 199	3 353	3 429	3 410	3 281
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 800	3 896	3 563	3 569	3 585	3 608	3 664	3 699	3 704
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 621	3 716	3 320	3 363	3 390	3 397	3 421	3 456	3 557
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 017	2 972	2 833	2 875	2 745	2 807	2 810	2 862	2 918
* Gastgewerbe	EUR	2 367	2 321	2 229	2 303	2 247	2 248	2 242	2 225	2 261
* Information und Kommunikation	EUR	5 175	5 610	4 780	4 806	4 982	5 097	5 185	5 276	5 043
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 272	5 252	4 450	4 437	4 440	4 365	4 555	4 481	4 698
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	/	4 258	(3 701)	(3 782)	(3 594)	3 796	3 825	3 846	3 824
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 008	5 126	4 431	4 390	4 559	4 544	4 526	4 609	4 548
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 539	2 685	2 405	2 434	(2 498)	2 559	(2 592)	(2 650)	2 618
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 832	3 920	3 782	3 724	3 742	3 742	3 826	3 861	3 810
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 212	4 422	4 187	4 103	4 270	4 259	4 318	4 308	4 272
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 916	4 024	3 697	3 728	3 669	3 723	3 845	3 863	3 774
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 842	3 862	3 495	3 553	3 553	3 576	3 590	3 705	3 214
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 486	3 571	3 274	3 293	3 280	3 335	3 361	3 438	3 444

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	125 291	120 539	120 115	120 624	121 502	122 740	122 902	124 560	125 627
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 512	10 125	10 093	10 016	9 838	9 889	9 879	9 991	10 156

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2017	2018			2019			
	Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	25	26	3	5	92	38	3	5	54
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	20	-	-	88	34	0	-	47
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	136	89	533	47	1	18	309	42	16
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-31	-	-	-57	17	-	-	-6
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 075	3 199	2 854	3 015	3 181	3 703	2 948	3 214	3 285
Umsatzsteuer	Mill. EUR	558	552	437	526	600	686	441	487	601
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 517	2 647	2 417	2 489	2 581	3 016	2 508	2 726	2 684

Zölle

Mill. EUR	220	226	212	213	190	274	237	213	214
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	88	89	131	71	81	53	120	72	79
-----------	----	----	-----	----	----	----	-----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	30	31	36	32	35	16	31	31	28
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	58	58	94	39	46	36	89	41	51

Landessteuern

Mill. EUR	83	87	100	82	92	92	93	89	97
-----------	----	----	-----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	21	24	31	21	28	29	19	21	26
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	44	44	41	46	43	47	47	53	52
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	15	18	11	18	13	18	11	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	8	2	1	2	8	2	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	2	2	2	2	2	3

Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	718	789	706	723	794	876	773	712	738
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	6	4	5	5	6	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	140	142	155	130	134	143	163	130	136
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	549	615	518	566	630	700	576	554	574
sonstige Gemeinde Steuern ¹	Mill. EUR	24	26	27	23	25	28	28	24	23

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2017	2018	2017		2018				2019
	Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.

verbände	Mill. EUR	1 119	1 206	1 080	1 509	783	1 323	1 159	1 559	748
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	449	504	416	393	605	587	448	374	551
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	438	454	415	832	14	489	438	875	32
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	62	75	61	127	-0	71	75	152	1

Einheit	2017	2018				2019			
	Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai

Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 066	1 064	984	805	1 092	1 085	1 371	811	1 131
Landessteuern	Mill. EUR	83	87	100	82	92	92	93	89	97
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	520	529	767	276	531	525	700	317	561
Lohnsteuer	Mill. EUR	313	336	211	232	433	486	224	240	461
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	80	88	270	8	13	6	311	29	37
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	47	48	17	10	45	9	9	24	31
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	11	12	1	2	40	17	1	2	24
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	68	44	266	24	0	9	155	21	8
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	436	418	108	376	448	455	577	356	464
Umsatzsteuer	Mill. EUR	329	296	-40	295	337	385	408	273	337
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	107	121	148	81	112	70	169	83	126
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	7	8	3	19	5	3	0	15	3
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	1	6	2	1	0	-1	-
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	15	16	6	38	11	7	0	29	6
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	1	8	2	1	0	6	1
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 114	2 216	2 331	1 866	2 237	2 363	2 275	1 981	2 295
Bundessteuern	Mill. EUR	88	89	131	71	81	53	120	72	79
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	586	598	833	344	646	589	772	388	688
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 433	1 521	1 365	1 432	1 504	1 718	1 383	1 507	1 526
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	7	8	3	19	5	3	0	15	3

Neuerscheinungen im Juni 2019

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden am 30. Juni 2018
Kennziffer: A1033 201821

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau und Ernte von Strauchbeeren 2018
Kennziffer: C1113 201800

Schlachtungen, Legehennenhaltung
und Eierzeugung 2019
Kennziffer: C3053 201941

Aquakultur in Rheinland-Pfalz 2018
Kennziffer: C3113 201800

Agrarstrukturhebung – Landwirtschaftszählung 2016 –
Ergebnisse für Betriebe mit Weinbau
Kennziffer: C4733 201601

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im März 2019
Kennziffer: D1023 201903

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im April 2019 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201904

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe im April 2019
Kennziffer: E1033 201904

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe
im April 2019
Kennziffer: E1113 201904

Bauhauptgewerbe im April 2019 – Vorbereitende
Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201904

Ausbaugewerbe im 1. Vierteljahr 2019 – Bauinstalla-
tion und sonstiges Baugewerbe (Ergebnisse der viertel-
jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben
von Unternehmen mit 23 und mehr Beschäftigten)
Kennziffer: E3023 201941

Elektrizitäts- und Wärmezeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im März 2019
Kennziffer: E4023 201903

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk
im 1. Vierteljahr 2019
Kennziffer: E5023 201941

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im April 2019
Kennziffer: F2033 201904

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im März 2019
Kennziffer: G1023 201903

Gäste und Übernachtungen im Tourismus
im April 2019
Kennziffer: G4023 201904

Verkehr

Binnenschifffahrt im Februar 2019
Kennziffer: H2023 201902

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten
Dienstleistungsbereichen im 1. Quartal 2019
Kennziffer: J1033 201941

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 1. Vierteljahr 2019 –
Kassenergebnisse
Kennziffer: L3023 201941

Die Umsätze und ihre Besteuerung 2017 –
Voranmeldungen
Kennziffer: L4013 201700

Die Umsätze und ihre Besteuerung 2014 –
Veranlagungen

Kennziffer: L4023 201400

Das körperschaftsteuerpflichtige Einkommen
und seine Besteuerung 2014

Kennziffer: L4063 201400

Die steuerpflichtigen Einkünfte der Personen-
gesellschaften und Gemeinschaften 2014

Kennziffer: L4073 201400

Gewerbesteuer 2014

Kennziffer: L4133 201400

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im März 2019

Kennziffer: Z1013 201903

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Juni 2019

Kennziffer: Z2201 201906

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Methodenbericht zur Flächenerhebung, Ausgabe 2018

Kennziffer: A5025 201800

Standard-Arbeitsvolumen in den kreisfreien Städten
und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland
2000 bis 2017 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2
(Berechnungsstand: August 2018)

Kennziffer: A6325 201700

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: VanderWolf Images – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte